

Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen  
- Abteilung Köln -  
Fachbereich Sozialwesen

# **Bachelorarbeit**

im Studiengang Soziale Arbeit

## **Menschenrechte für Migrantinnen**

### **Eine empirische Studie zu feministischer Frauenberatung**

vorgelegt von:

Dominique Fileccia  
Matr.-Nr.: 511115  
am: 04.09.2017

Erstprüferin: Prof. Dr. Angelika Schmidt-Koddenberg  
Zweitprüferin: Prof. Dr. Katharina Motzke

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Abbildungsverzeichnis</b> .....	5
<b>II. Tabellenverzeichnis</b> .....	6
<b>III. Abkürzungsverzeichnis</b> .....	7
<b>1. Einleitung</b> .....	8
<b>2. Themenfelder der Migration</b> .....	10
2.1 Zur Bedeutung von Migration .....	10
2.2 Formen und Ursachen von Migration .....	11
2.3 Zielort Deutschland: Zahlen und Fakten zu Migrantinnen .....	15
2.4 Die Lebenssituation von Migrantinnen in Deutschland .....	18
2.4.1 Aufenthaltsrechtliche Situation .....	18
2.4.2 Wohnsituation .....	21
2.4.3 Arbeitssituation .....	23
2.4.4 Bildungs- und Ausbildungssituation .....	26
2.4.5 Gesellschaftliche und politische Partizipation .....	29
2.4.6 Psychosoziale und gesundheitliche Situation .....	30
<b>3. Feministische Frauenberatung für Migrantinnen</b> .....	34
3.1 Entwicklungsgeschichte feministischer Frauenberatung .....	34
3.2 Aktuelle Ansätze und Arbeitsprinzipien feministischer Frauenberatung .....	36
3.3. Entwicklungsgeschichte der Migrantinnenberatung .....	38
3.4 Aktuelle Ansätze und Arbeitsprinzipien der Migrantinnenberatung .....	41
3.5 agisra e. V.: Beispiel einer feministischen Beratungsstelle für Migrantinnen.....	43
<b>4. Eigene empirische Untersuchung</b> .....	45
4.1 Forschungshypothese und methodische Umsetzung .....	45
4.1.1 Expertinneninterviews .....	45
4.1.2 Entwicklung des Leitfadens .....	46
4.1.3 Auswahl der Expertinnen .....	46
4.1.4 Durchführung der Expertinneninterviews .....	48
4.2 Dokumentation und Auswertungsergebnisse der Expertinneninterviews .....	50
4.2.1 OK I: Bedeutung des Begriffs Feminismus .....	52
4.2.2 OK II: Feministische Arbeit .....	55
UK II.I: Haltung der Beraterin .....	55
UK II.II: Praktische Umsetzung der Beratung.....	56
UK II.III: Umsetzung auf politischer Ebene.....	58

4.2.3 OK III: Beratungskonzept .....	59
4.2.4 OK IV: Grenzen in der Beratung .....	61
UK IV.I: Sozial-gesellschaftliche Ursachen .....	61
UK IV.II: Strukturelle Ursachen .....	65
UK IV.III: Individuelle Ursachen .....	68
4.2.5 OK V: Möglichkeiten und Chancen durch die Beratung .....	69
4.2.6. OK VI: Ziele der Beratung .....	71
4.2.7. OK VII: Belastung der Beraterinnen .....	72
4.2.8. OK VIII: Persönliche Relevanz der Arbeit .....	73
4.2.9. Bedeutung der soziodemographischen Daten .....	74
4.3 Kritische Reflektion und Evaluation der empirischen Untersuchung .....	75
<b>5. Interpretationsergebnisse und Diskussion .....</b>	<b>78</b>
5.1 Menschenrechte für Migrantinnen durch eine feministische Frauenberatung .....	78
5.2 Theorie-Praxis-Transfer .....	80
5.3 Fazit und Ausblick .....	82
<b>IV. Anhangsverzeichnis .....</b>	<b>84</b>
<b>V. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>88</b>
<b>VI. Eidesstattliche Erklärung .....</b>	<b>98</b>

## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Menschen bedanken, die mich in der Anfertigung dieser Arbeit unterstützt und motiviert haben.

Ich danke den ratsuchenden Frauen bei agisra e. V., die mir Einblicke in ihr Leben gewährt und somit erste Anstöße zu diesem interessanten und wichtigen Thema gegeben haben. Mein weiterer Dank gilt den Beraterinnen und Interviewpartnerinnen von agisra e. V..

Ein besonderer Dank gilt auch meiner Erstprüferin Frau Prof. Dr. Angelika Schmidt-Koddenberg, die mich in ihrer Sprechstunde und in ihrem Kolloquium bei dieser Arbeit unterstützte und beriet sowie Frau Prof. Dr. Katharina Motzke, die sich bereit erklärte Zweitprüferin meiner Arbeit zu sein.

Zuletzt möchte ich meinen Korrekturlesern, Akasha Jethwa und Jasmin Schüle, die mir Geduld und ein Stück ihrer Zeit schenkten danken sowie meinem Freund Jack, der mir Freiraum für neue Gedanken schenkte.

## **I. Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Interviewleitfaden .....	46
Abbildung 2: Beispielseiten eines Transkripts .....	50

## II. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Herkunftsland und Geschlecht im Jahr 2015 .....	16
Tabelle 2: Asylersantragstellerinnen und kumulierter Frauenanteil nach Herkunftsland, 2012-2016 .....	17
Tabelle 3: Übersicht der Expertinneninterviews .....	49

### III. Abkürzungsverzeichnis

<b>agisra e. V.</b>	Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung
<b>AsylG</b>	Asylgesetz
<b>AufenthG</b>	Aufenthaltsgesetz
<b>BAMF</b>	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
<b>BMFSFJ</b>	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
<b>BMI</b>	Bundesministerium des Innern
<b>BMJV</b>	Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz
<b>BMZ</b>	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>bpb</b>	Bundeszentrale für politische Bildung
<b>BQFG</b>	Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz
<b>BVFG</b>	Bundesvertriebenengesetz
<b>CEDAW</b>	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women
<b>DaMigra e. V.</b>	Dachverband der Migrantinnenorganisationen
<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>GG</b>	Grundgesetz
<b>IOM</b>	International Organization for Migration
<b>OK</b>	Oberkategorie
<b>UdSSR</b>	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
<b>UK</b>	Unterkategorie
<b>UNHCR</b>	United Nations High Commissioner for Refugees

## 1. Einleitung

**„Es geht nur um Frauenrechte,  
es geht nur um Menschenrechte.“**

(Beraterin III, Z. 457, agisra e. V.,  
24.11.2016, siehe Anhang 5)

Frauen machen einen hohen Anteil in den Migrationsbewegungen aus, sodass in den letzten Jahren die Zahl zugewanderter Frauen in der Bundesrepublik Deutschland stark zugenommen hat. Aufgrund aktueller Weltgeschehnisse sind vor allem Geflüchtete und Asylsuchende in den Fokus der Öffentlichkeit und der Medien gerückt. Dabei setzt sich die Gruppe der Migrantinnen nicht nur aus geflüchteten und asylsuchenden Frauen zusammen, sondern auch aus Spätaussiedlerinnen, Arbeitsmigrantinnen und Frauen, die im Kontext der Familienmigration wandern. Sie überqueren Länder, Kontinente und Meere um dem gemeinsamen Traum eines besseren Lebens ein Stück näher zu kommen. Dabei gestaltet sich die erste Zeit ihres Aufenthaltes in der erhofften neuen Heimat als schwierig und perspektivlos.

Die Motivation zur wissenschaftlichen Ausarbeitung dieses Themas entstand durch eine Praxisphase bei agisra e. V., einer Beratungsstelle für Migrantinnen. Durch Hospitationen bei Beratungsgesprächen und Begleitungen der ratsuchenden Frauen wurde ein tieferer Einblick in unterschiedlichen Thematiken gewonnen. Es entstand die Hypothese, dass die Ratsuchenden frauen- und migrationsspezifische Probleme haben und deswegen eine spezielle Beratung benötigen – eine feministische Frauenberatung für Migrantinnen.

Ziel dieser Arbeit ist es daher, die spezifischen Problemlagen von Migrantinnen in ihrer Komplexität herauszustellen und die erwähnte Annahme zu überprüfen.

Die Ausarbeitung dieses Themas geschah durch Informationen aus unterschiedlichen literarischen Quellen sowie aus eigenst erhobenen empirischen Daten, die durch Expertinneninterviews gewonnen wurden.



Im ersten Teil dieser Arbeit wird zunächst der Begriff der Migration erläutert und näher auf die verschiedenen Ursachen und Formen von Migration eingegangen. Es folgen statistische Daten zur Veranschaulichung des aktuellen Migrationsgeschehens in Deutschland und eine Beschreibung der äußeren, gesellschaftlichen und politischen Lebensbedingungen, als auch der inneren psychischen und gesundheitlichen Situationen der Frauen.

Um die Bedeutung einer feministischen Frauenberatung für Migrantinnen hervorzuheben wird im zweiten Teil dieser Arbeit die Entwicklungsgeschichte der Frauen- und Migrantinnenberatung mit ihren spezifischen Arbeitsprinzipien und Ansätzen dargestellt und die Beratungsstelle agisra e. V. als exemplarisches Beispiel vorgestellt.

Im darauffolgenden Kapitel wird die Vorbereitung und die Umsetzung der empirischen Untersuchung mit den Expertinneninterviews in ihren einzelnen Schritten dargestellt sowie auch die Auswertung des empirischen Materials anhand des dazugehörigen Kategoriensystem. Zudem wird die gewählte Methode, der Forschungsprozess und die Interpretation der Ergebnisse kritisch reflektiert.

Letzter Teil dieser wissenschaftlichen Ausarbeitung beinhaltet eine Zusammenfassung der Interpretationsergebnisse wodurch noch einmal die Notwendigkeit einer feministischen Frauenberatung für Migrantinnen hervorgehoben wird. Es wird ein Vergleich zur Theorie sowie ein Fazit aus den Ergebnissen gezogen und ein Ausblick für die Soziale Arbeit geboten.

Zitate und Literaturverzeichnis dieser Arbeit werden gemäß der Harvard-Methode angegeben in Orientierung an dem Skript der Georg-August-Universität Göttingen und dem Skript des Instituts für Praxisforschung, welches von der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen Abteilung Köln empfohlen wurde.

## 2. Themenfelder der Migration

### 2.1 Zur Bedeutung von Migration

Der Begriff Migration „[...] stammt von dem lateinischen Wort „migrare bzw. migratio“ (wandern, wegziehen, Wanderung)“ (Han 2010: 5). Gemeint ist „[...] der auf Dauer angelegt bzw. dauerhaft werdende Wechsel in eine andere Gesellschaft bzw. in eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen“ (Treibel 2008: 21). Dabei setzt die Migration „[...] erwerbs-, familienbedingte, politisch oder biographisch bedingte Wandermotive und einen relativ dauerhaften Aufenthalt in der neuen Region oder Gesellschaft voraus [und] schließt den mehr oder weniger kurzfristigen Aufenthalt zu touristischen Zwecken aus“ (Treibel 2008: 21). Die Migration kann freiwillig oder erzwungen erfolgen wobei die Motive „[...] in der Regel das Ergebnis eines Zusammenspiels von mehreren Ursachen [sind], die sowohl auf der gesellschaftlich strukturellen als auch auf der persönlich individuellen Ebene angesiedelt werden können“ (Han 2010: 7).

Eisenstadt beschreibt in seiner Theorie *The Absorption of Immigrants* vier Aspekte, die ausschlaggebend für die Migration sind. Nach ihm verlassen Menschen ihre Herkunftsländer, wenn dort die Existenzsicherung nicht mehr möglich ist, die eigenen ökonomischen Ziele nicht erreicht werden können und wenn die Identifikation mit der Ideologie und Werten der eigenen Gesellschaft und die Möglichkeit der Selbstverwirklichung nicht mehr gegeben ist (vgl. Treibel 2008: 42 f.).

Zudem spielen sogenannte *Push-Pull-Faktoren* eine Rolle, also Aspekte in den Heimatländern, die Menschen vertreiben und Aspekte in den Zielregionen, die Menschen anziehen. Dabei spielen die Einkommens- und Beschäftigungssituation sowie Informationen durch Menschen, die sich bereits am Zielort befinden, eine wichtige Rolle bei der Entscheidung zur Migration (vgl. Treibel 2008: 40).

Migrationsbewegungen hat es in der Geschichte der Menschheit schon immer gegeben, nur haben sich ihre Formen im Laufe der Zeit ausdifferenziert (vgl. Han 2010: 5). Migrationsbewegungen sind daher nur zu verstehen, wenn sie im historischen Kontext im „[...] Zusammenhang von Industrialisierung, (De-)Kolonialisierung und der beiden Weltkriege [...]“ betrachtet werden (Oswald 2007: 43).

Da die ausführliche Beschreibung aller Migrationsbewegungen den Rahmen dieser Arbeit übersteigen würde, werden im weiteren Verlauf historische und moderne Bewegungen, die auch gegenwärtig in Deutschland relevant und zu spüren sind, angerissen.

## 2.2 Formen und Ursachen von Migration

Die Zuwanderung von *Aussiedlern* bzw. *Spätaussiedlern* „[...] wurzelt in der Geschichte der jungen Bundesrepublik“ (bpb 2005). Aussiedler sind deutsche Staatsangehörige, die in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ihren Wohnsitz in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und in der ehemaligen UdSSR hatten. Während des Zweiten Weltkriegs wurden sie aus ihren Siedlungen vertrieben oder in andere Gebiete umgesiedelt (vgl. Treibel 2008: 32-35). Auch noch danach wurden die sogenannten „Rußlanddeutschen, Rumäniendeutschen und die Mitglieder anderer deutscher Kolonien verfolgt, diskriminiert, ihre soziale und räumliche Mobilität eingeschränkt [...]“ (Treibel 2008: 35). So kam es, dass 1950 „[...] nach dem Ende der Flucht- und Vertreibungsmigration [...] rund vier Millionen Deutsche außerhalb der alten Reichsgrenzen von 1937 im Osten Europas, viele von ihnen in der Sowjetunion, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei [lebten]“ (bpb 2005).

Da Deutschland sich für die Geschehnisse verantwortlich sah, folgte die Aufnahme von Aussiedlern im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes (vgl. Han 2010: 105-107). Seit 1993 erfolgt die Aufnahme nach dem Kriegsvereinigungsgesetz, [...] demzufolge sie nun als Nachzügler der allgemeinen Vertreibung gelten und daher als Spätaussiedler bezeichnet werden“ (Han 2010: 105).

Eine weitere Form der Migration ist die *Arbeitsmigration*, die primär ökonomisch motiviert ist. Sie entsteht wenn die Arbeitsmarktsituation der Zielregion attraktiver ist als die im eigenen Heimatland (vgl. Treibel 2008: 40). Zudem kann die Arbeitsmigration durch Anwerbung aus dem Ausland entstehen, wenn dort durch eine florierende Wirtschaft ein Mehrbedarf an Arbeitskräften besteht, der durch den eigenen Arbeitsmarkt nicht gedeckt werden kann. Solche wirtschaftlichen Dynamiken sind in der Vergangenheit und auch gegenwärtig die Ursache von freiwilliger oder erzwungener Arbeitsmigration (vgl. Han 2010: 74).

Die Einwanderung von Arbeitsmigranten in Deutschland hatte ihren Höhepunkt in der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1950 bis 1974. Aufgrund der florierenden Wirtschaft in Deutschland und Mangel an vorhandenen Arbeitskräften im eigenen Land wurden sogenannte Gastarbeiter aus dem Ausland gezielt angeworben. Zielgruppen waren Menschen aus den Anrainerstaaten des Mittelmeers, aus Italien, Spanien, dem damaligen Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Algerien, Marokko und Tunesien (Maillat 1987, vgl. nach Han 2010: 75). Der Aufenthalt dieser Gastarbeiter sollte nur temporär zur Überbrückung der wirtschaftlichen Hochphase sein (vgl. bpb 2012). 1974 fand die Arbeitsmigration mit der Energiekrise ihr Ende.

Deutschland verhängte ein Anwerbestopp für Gastarbeiter, da die Zahl der Einwanderer unüberschaubar wurde und führte eine verschärfte Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik ein (vgl. Han 2010: 76). Zu diesem Zeitpunkt befanden sich vier Millionen Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen in Deutschland. Sie wurden vor die Wahl gestellt in ihr Heimatland zurückzukehren oder dauerhaft in Deutschland zu bleiben (vgl. bpb 2012).

Zuwanderung im Rahmen von Arbeitsmigration ist seit dem, mit einigen wenigen Ausnahmen, nicht mehr erlaubt (vgl. Han 2010: 76). Eine dieser Ausnahmen bildet die moderne Form der Arbeitsmigration im Kontext des *Brain-Drain*. Hochqualifizierte Fachkräfte aller Fachrichtungen und Wissenschaftler, insbesondere junge Erwachsene, werden für eine bestimmte Zeit von Industriellen auf dem internationalen Arbeitsmarkt angeworben um den Fachkräftemangel im eigenen Land auszugleichen und die eigene Wirtschaft anzukurbeln (vgl. Han 2010: 29-35). In diesem Zusammenhang steigt auch die Zahl junger Menschen, die ins Ausland migrieren um dort zu studieren. Durch den Erwerb von Sprachkenntnissen und kulturellen Erfahrungen erhöhen sie ihre Chancen auf dem globalen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig sehen die Industrieländer die Studierenden als Fachkräfte, die ihre Wirtschaft sichern und so werden Migrationsbewegungen von Studenten weltweit finanziell unterstützt und politisch gefördert (vgl. Han 2010: 107-111).

Eine Migrationsform, die eng mit der Arbeitsmigration zusammenhängt ist die *Familienzusammenführung*. Diese findet statt, wenn der arbeitsbedingte und ursprünglich nur temporär geplante Aufenthalt im Ausland zum permanenten wird, weil die wirtschaftlichen Ziele noch nicht erreicht sind. So kommt es, dass Ehepartner und Kinder aus Angst vor der Entfremdung und Einsamkeit nachgeholt werden. Dies ist oft der Anfang einer dauerhaften Niederlassung, welche jedoch von der Gesetzgebung des Aufnahmelandes abhängt (vgl. Han 2010: 86). So ist auch zu erklären, dass die Gastarbeiter, die sich nach dem Anwerbestopp für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland entschieden, ihre Familien nachholten (vgl. bpb 2012).

Eine weitere Form der Familienzusammenführung ist die *Heiratsmigration*, die oft bei Migranten aus der Türkei und Ländern Nordafrikas vorkommt. Folgegenerationen der in Deutschland lebenden Migranten heiraten Partner aus dem Herkunftsland ihrer Eltern und holen diese in die Bundesrepublik. Zudem gibt es noch den *Nachzug von Familienangehörigen* im erweiterten Sinne, wie Geschwister oder angeheiratete Personen (IOM, 2008, vgl. nach Han 2010: 86 f.).

Weiter existiert Migration in Form von *irregulärer Zuwanderung*. Wenn umgangssprachlich die Rede von „[...] »Undokumentierten« [...] »Statuslosen« [oder] »Illegalen« [...]“ ist, dann sind irreguläre Migranten gemeint, Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltstitel in Deutschland (Alt/Cyrus 2002, zitiert nach Oswald 2007: 170). Diese Situation kann durch eine „[...] irreguläre Einreise, durch den irregulären Aufenthalt [entstehen], nachdem die Aufenthaltsgenehmigung erloschen, aber die Ausreise nicht erfolgt ist, oder durch irreguläre Beschäftigung“ (Oswald 2007: 170). So sind es meist Asylbewerber oder Bürgerkriegsflüchtlinge, deren Asylantrag nicht bewilligt worden ist oder Arbeitsmigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung, die sich in die Irregularität begeben, weil ihnen eine Abschiebung droht. Weitere Fälle ergeben sich im Kontext des Familiennachzugs oder des Verbleibes von Menschen ohne Visum (vgl. Oswald 2007: 170).

Im engen Zusammenhang mit der irregulären Migration steht der Schmuggel von Menschen und der Menschenhandel (vgl. Han 2010: 117). Dieser hat sich als ein höchst lukrativer, wenn auch illegaler Geschäftszweig weltweit etabliert und zieht weite Kreise unter den Akteuren. Beteiligte sind kriminelle Schlepperbanden und Kriminelle von staatlicher Seite, die an den Gewinnen finanziell beteiligt werden. Menschen werden für hohe Summen in ihre Zielländer geschleust oder müssen die Kosten des Transports abarbeiten (vgl. Oswald 2007: 171-172). So existiert eine moderne Form der Sklaverei und Ausbeutung durch „[...] Schuldknechtschaft, Kinderarbeit, Zwangsverheiratung und Zwangsprostitution“ (FAZ 2006, zitiert nach Oswald 2007: 172). Im Frauen- und Kinderhandel spielt zudem Pornographie und Pädophilie eine Rolle (vgl. Han 2003: 189-195).

Eine weitere Form ist die *Fluchtmigration*. Diese basiert auf Ursachen, wie „[...] Kriege, Bürgerkriege und politischem Terror, die auf dem Hintergrund von Rassismus, religiösem Fanatismus und Genozid entstehen und Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Armut sowie Hungerepidemien nach sich ziehen (Höfling-Semnar, zitiert nach Rohr 2002: 11). Auch zählen Umweltzerstörung und Naturkatastrophen zu den Gründen warum Menschen aus ihren Heimatländern fliehen (vgl. Han 2010: 96). Streng genommen ist dabei nochmal zwischen Asylsuchenden und geflüchteten Menschen zu unterscheiden. Menschen, die vorrangig aus politischen Gründen und Verfolgung in Deutschland Zuflucht suchen, werden als Asylsuchende bezeichnet (vgl. Oswald 2007: 183). Als Flüchtling gilt nach der Genfer Flüchtlingskonvention diejenige Person, die

„[...] aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder [...] will“ (BMZ o. J.).

Demnach sind neben politischen Gründen auch Rasse, Nationalität, Gruppenzugehörigkeit sowie religiöse Überzeugung zusätzliche Verfolgungsaspekte, die zur Bezeichnung des Flüchtlings bzw. auch zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus führen (vgl. Han 2010: 94).

Darüber hinaus gibt es spezifische Gründe warum Frauen aus ihren Heimatländern fliehen. Sie flüchten aus patriarchalischen Gesellschaften weil dort „[...] Menschenrechtsverletzungen geschlechtsspezifische Formen [annehmen] [...]“ (Rohr 2002: 17). Dabei wird häufig sexuelle Gewalt eingesetzt.

Der Begriff „sexualisierte Gewalt“ [Hervorhebung im Original] umfasst sowohl den Aspekt struktureller Gewalt – Instrumentalisierung von Sexualität zur Ausübung von Macht und Aggression – als auch den der direkten interpersonalen Gewalt. Er [...] [berücksichtigt] neben invasiven Formen der Machtausübung (wie der Vergewaltigung) auch nicht-körperliche sexuelle Übergriffe, wie anzügliche Gesten, Blicke oder Bemerkungen [...]. (Neumann 2012: 170)

Darüber hinaus, gibt es weitere Gründe, warum Frauen allein aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Stellung in der Gesellschaft verfolgt werden und fliehen. So gibt es in vielen patriarchalisch geprägten Ländern unterschiedliche frauenspezifische Verfolgungsgründe, wie „[...] Verschleierungs- und Beschneidungs-, bzw. sexuelle Verstümmelungszwänge, [...] Witwenverbrennung, Verätzung, Auspeitschungen und Steinigungen [...]“ (Rohr 2002: 18). Weitere frauenspezifische Verfolgungen finden oft in Bezug auf junge Frauen statt, wenn diese gegen für sie geltenden Normen und Werte verstoßen, „[...] wie vorehelicher Sexualverkehr und Verheiratsgebote etc.[...]“ (Rohr 2002: 18). Frauen trauen sich vielfach, aus Scham, sozialem Druck und Angst vor Ausgrenzung nicht Gewalterfahrungen öffentlich anzuklagen. Dies führt dazu, dass „[...] Gewalt, die überwiegend oder ausschließlich Frauen [betrifft], nicht als Menschenrechtsverletzung erachtet [wird]“ und es keine internationalen Menschenrechtsanklagen gegen die Täter gibt (Duscha et al. 2005: 182). Frauenspezifische Gewalt wird „[...] als individuelle [Tat] von einzelnen Männern begriffen [...] [und] [...] aus dem internationalen Menschenrechtsdiskurs ausgeklammert“ (Duscha et al. 2005: 182). Die verheerende Folge ist, dass bedrohte Frauen weder Unterstützung noch Schutz in ihren Heimatländern finden und gezwungen sind diese zu verlassen.

Folglich wird in der weiteren Ausführung der Fokus weiter auf Frauen in der Migration gelegt. Im aktuellen Migrationsgeschehen zeigt sich, dass der Anteil von Frauen, besonders von jüngeren, zugenommen hat und sie fast die Hälfte des Anteils aller Migranten ausmachen (IOM 2008, vgl. nach Han 2010: 26).

### 2.3 Zielort Deutschland: Zahlen und Fakten zu Migrantinnen

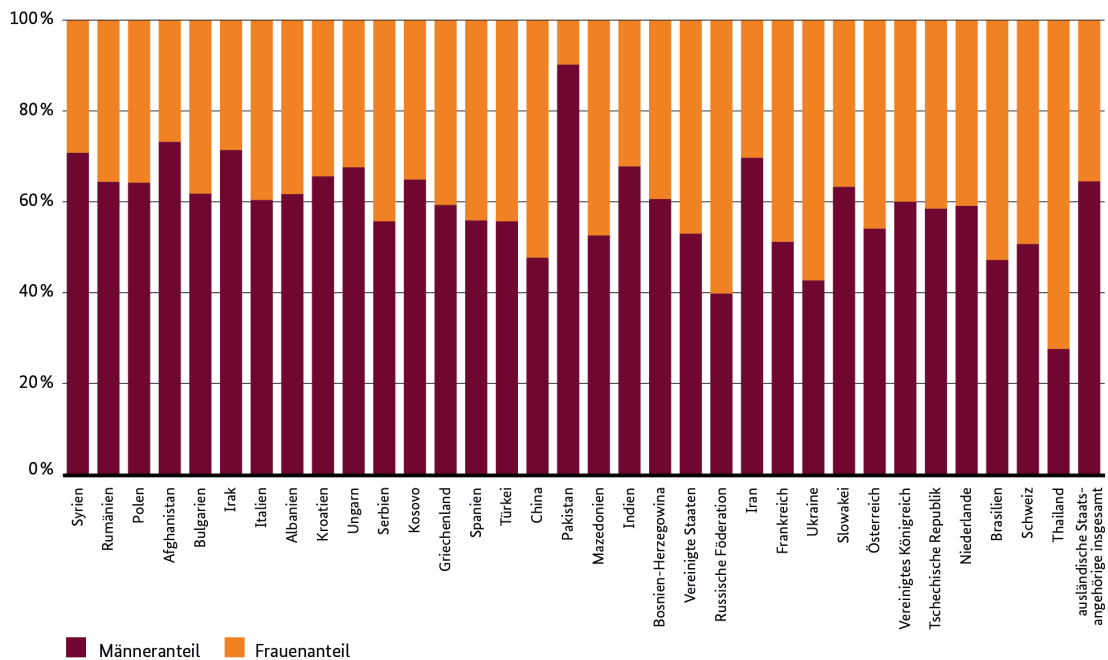
Zu Beginn dieses Kapitels ist zu erwähnen, dass in aktuellen Veröffentlichungen des BAMF verschiedene Zuwanderungsgruppen wie Spätaussiedlerinnen, Asylbewerberinnen, Arbeitsmigrantinnen, EU-Bürgerinnen und Schutzsuchende unter dem Begriff Migrantinnen zusammengefasst werden (vgl. BAMF 2016: 28). Dies mag daran liegen, dass eine klare Einteilung nicht immer sinnvoll und möglich ist, da die einzelnen Formen fließend ineinander übergehen und auch die Faktoren Freiwilligkeit und Unfreiwilligkeit sich überschneiden (vgl. Treibel 2008: 21 f.). Auch im Sechsten Familienbericht des BMFSFJ wird betont, dass eine eindeutige und sichere Unterscheidung schwierig ist, „[...] von statistischen und erhebungstechnischen Problemen einmal ganz abgesehen“ (BMFSFJ 2000: 30).

Deutschland ist im Vergleich zu anderen EU-Staaten ein attraktives Hauptzielland vieler Migrantinnen. Für das Jahr 2015 ist die höchste Zuwanderungszahl seit Erstellung der ersten Migrationsstatistiken im Jahr 1950 zu verzeichnen. Generell betrachtet migrierten insgesamt rund 2,2 Millionen ausländische Personen nach Deutschland. Bei der Betrachtung einzelner Migrationsgruppen ist jeweils ein Anstieg der Personen zu verzeichnen, die im Rahmen von Familiennachzug, Arbeits- und Bildungsmigration nach Deutschland kamen. Auch stieg die Zahl der Zuzüge im Rahmen der Spätaussiedlermigration (vgl. BAMF 2016: 9 f.).

Tabelle 1 aus dem aktuellen Migrationsbericht verschafft einen Überblick über Herkunftsstaaten und verdeutlicht, dass im Hinblick auf die Geschlechtsstruktur der Frauenanteil bei den Zuzügen etwas geringer als der Männeranteil ist. Seit 1994 liegt dieser zwischen 40 % und 43 %. Bei der Betrachtung einzelner Herkunftsstaaten fällt jedoch auf, dass bei einigen Staaten ein deutlich höherer Frauenanteil bei den Zuzügen zu verzeichnen ist. So liegt z. B. bei Thailand der Frauenanteil bei 72,4 % und bei der Russischen Föderation bei 60,2 % (vgl. BMI 2016: 38).



Tabelle 1: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Herkunftsland und Geschlecht im Jahr 2015



Quelle: BMI 2016: 39

Auch hat in den letzten Jahren die Zahl geflüchteter Mädchen und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland stark zugenommen. In den Jahren 2012 bis 2016 haben mehr als eine halbe Million weibliche Personen einen Asylerstantrag in Deutschland gestellt (vgl. Worbs et al. 2017: 2).

Tabelle 2 zeigt wie sich der Zuzug von weiblichen Asylerantragstellerinnen aus den zehn Hauptherkunftsländern in den Jahren 2012 bis 2016 entwickelt hat. Die Asylantragstellerinnen machen in etwa ein Drittel des gesamten Zuzugs von Asylsuchenden aus. Die meisten weiblichen Personen stammen aus nicht-europäischen Ländern, wie Syrien, Afghanistan und dem Irak. In den vergangenen fünf Jahren kamen insgesamt, aus diesen drei Staaten, mit 264.841 Personen bzw. 52,3 % mehr als die Hälfte aller Asylantragstellerinnen. Bei der Entwicklung der absoluten Zahlen ist seit 2012 ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten, besonders ab dem Jahr 2014. Ein deutlicher Rückgang ist bei Albanien und Serbien im Jahr 2016 zu beobachten, was mit der Einstufung dieser Staaten als sicheres Herkunftsland zu begründen ist (vgl. Worbs et al 2017: 3).



Tabelle. 2: Asylersantragstellerinnen und kumulierter Frauenanteil nach Herkunftsland, 2012-2016

Herkunftsland	2012	2013	2014	2015	2016	Summe 2012-2016	Kumulierter Frauenanteil 2012-2016
Alle Länder	24.670	40.109	57.891	136.315	247.804	506.789	33,5%
darunter: TOP 10 Länder							
Syrien	2.348	4.075	11.419	41.527	96.817	156.186	32,4%
Afghanistan	2.447	2.282	2.740	8.459	40.379	56.307	30,8%
Irak	2.502	1.859	2.261	8.675	37.051	52.348	37,2%
Iran	1.779	1.961	1.335	1.767	7.630	14.472	33,1%
Albanien	107	534	3.432	21.339	6.102	31.514	40,4%
Eritrea	282	951	2.673	2.649	5.720	12.275	26,0%
Russische Föderation	1.533	7.304	2.114	2.727	5.436	19.114	49,1%
Nigeria	418	848	1.619	1.856	4.582	9.323	37,8%
Somalia	404	1.015	1.486	1.476	3.282	7.663	30,0%
Serbien	4.212	5.661	8.342	8.188	3.113	29.516	49,0%

Quelle: Worbs et al. 2017: 3

Aus einer Sonderauswertung der Asylgeschäftsstatistik des BAMF geht hervor, dass in etwa der Hälfte aller Asylanträge in den Jahren 2015 und 2016 zugestimmt und somit eine Bleibeperspektive für die Antragsstellerinnen geschaffen wurde. Außerhalb des Asylverfahrens sind Frauen über sogenannte humanitäre Aufnahmeverfahren für geflüchtete Menschen nach Deutschland gekommen. Über diese Programme wurden in den Jahren 2012 bis 2015 insgesamt 635 weibliche Personen aus afrikanischen und arabischen Staaten aufgenommen und zwischen 2013 und 2015 insgesamt 9.414 weibliche Zufluchtsuchende aus Syrien. Im Vergleich zu den Asylantragstellerinnen ist die Zahl der Frauen, die über ein Aufnahmeprogramm in Deutschland bleiben jedoch gering (Worbs et al 2017: 3). Die Zahl der Frauen, die jährlich über diese Programme aufgenommen werden und in Deutschland bleiben dürfen liegt im drei- bis vierstelligen Bereich, die Zahl der anerkannten Asylsuchenden hingegen seit 2013 im sechsstelligen (Worbs et al 2017: 2).

Obwohl Frauen einen hohen Anteil in den Migrationsbewegungen ausmachen werden ihre Lebenslagen und Integrationschancen in der Öffentlichkeit kaum oder nur unzureichend dargestellt. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen Themen, die eher mit Männern in Verbindung gebracht werden, wie religiös motivierte Radikalisierungen, Gewalt oder Kriminalität etc. (vgl. Worbs et al 2017: 2). Gerade deswegen soll folglich der Blick auf die Lebenslage und Teilhabe von Migrantinnen in der deutschen Gesellschaft gerichtet werden.

## 2.4 Die Lebenssituation von Migrantinnen in Deutschland

Frauen treffen die Entscheidung zu migrieren „[...] (selbst-)bewusst und aus vielfältigen Gründen [...], aus wirtschaftlichen, politischen, sozialen, gesellschaftlichen, familiären und/oder persönlichen“ (Duscha et al. 2005: 174). Sie verlassen ihre Heimat „[...] auf der Suche nach besseren Lebensverhältnissen [...] (Duscha et al. 2005: 174). Dabei teilen sie den gemeinsamen Wunsch „[...] nach einem besseren Leben, einem Leben ohne Angst, Unterdrückung und Gewalt, einem Leben, das Teilhabe an seinen Freiheiten, Chancen und Reichtümern gewährt“ (Rohr et al. 2002: 9). In Deutschland angekommen, treffen Migrantinnen auf Herausforderungen auf die sie nicht vorbereitet sind. Die Verschiebung des Lebensmittelpunktes birgt Problematiken in den unterschiedlichen Lebensbereichen auf politischer, ökonomischer, sozialer, und persönlicher Ebene (UNHCR 1997, vgl. nach Rohr 2002: 21; vgl. Oswald 2007: 13). Zudem werden die zugewanderten Frauen von der „[...] Bevölkerung, [...] [der] Regierung und [...] [der] Verwaltung [...] als Problem [behandelt], selbst dann, wenn man sie selbst ins Land ‚geholt‘ [Hervorhebung im Original] hat [...]“ (Treibel 2008: 225).

Oftmals sind Migrantinnen von mehreren Diskriminierungsformen gleichzeitig betroffen, „[...] d. h. Frau\* zu sein, nicht – deutsch bzw. nicht weiß zu sein, aus einer benachteiligten sozialen Schicht zu kommen, hohen Alters und/ u. a. oder mit einer Behinderung zu leben, homo-, trans-, oder intersexuell zu sein, führt dazu, dass viele gesellschaftliche Ausschlüsse ineinander verschränkt bzw. intersektional erlebt werden“ (DaMigra e. V. o. J.a). Beim Ansatz der Intersektionalität wird davon ausgegangen, dass verschiedene soziale und ungleichheitsproduzierende Kategorien in Wechselwirkung zueinander stehen u. a. Nationalität, Ethnie, Geschlecht und Klasse. Crenshaw hat in ihrem Ansatz der Intersektionalität beschrieben, dass sich diese Diskriminierungsformen in einer Person überschneiden und verstärken können. So sind Migrantinnen von Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus betroffen. Migrantinnen sind nicht nur von alltäglicher, sondern auch von struktureller und institutioneller Diskriminierung betroffen, die häufig in einem organisierten Netzwerk von Institutionen stattfindet und zum Ausschluss oder zu einem eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildungseinrichtungen und zum Gesundheitswesen führt (vgl. DaMigra e. V. o. J.a; do Mar Castro Varela 2011: 91 f.).

### 2.4.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

Deutschland war und ist kein Einwanderungsland und hat dementsprechend keine ausgestaltete Einwanderungspolitik, was sich historisch gesehen schon bei den Gastarbeiterinnen zeigte. Bei ihnen ging die Bundesrepublik zunächst davon aus, dass ihr

Aufenthalt nur temporär sei und somit kein Bedarf an Integrationsmaßnahmen besteht, was nachwirkend negative Auswirkungen auf die Integration dieser Gruppe hatte und hat (vgl. bpb 2017).

Seit 2005 existiert ein Zuwanderungsgesetz, dass die Zuwanderung steuern und begrenzen und die Aufenthalte, Erwerbstätigkeit und Integration der Zugewanderten regeln soll. Zudem umfasst es das Freizügigkeitsgesetz und Aspekte des Asylverfahrens und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es wird jedoch stark kritisiert, dass den verschiedenen Zuwanderungsgruppen unterschiedliche Rechte zustehen und somit unterschiedliche Chancen der Integration. So werden qualifizierte Arbeitsmigranten, die für die deutsche Wirtschaft im Sinne des brain drain von Nutzen sind gegenüber anderen Gruppen, wie Geflüchteten oder Asylsuchenden, bevorteiligt behandelt. Zudem gelten für die einzelnen Gruppen unterschiedlichen Regelungen zum Aufenthalte und zur Erwerbstätigkeit (vgl. Han 2010: 183; Oswald: 2007: 183, 186 f.). Da die Gesetzgebung sehr umfangreich und komplex ist kann folglich lediglich ein Überblick über die rechtliche Situation der Migrantinnen geboten werden.

Die Aufnahmen von Aussiedlerinnen finden, wie bereits angesprochen, aus humanitären Gründen statt (vgl. Han 2010: 169). Voraussetzung ist der Nachweis der deutschen Volkszugehörigkeit nach Art. 116 Abs. 1 GG und nach § 6 BVFG (vgl. Nuscheler 1995: 124). Demnach ist Deutsche:

[...] wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat [und] [...] wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird. (BMJV o. J.r; BMJV o. J.o)

Von Seiten der Rechtsstellung scheinen Aussiedlerinnen bzw. Spätaussiedlerinnen im Vergleich zu anderen Migrantinnen bevorteiligt, da sie deutschen Staatsbürgern gleichgestellt sind. Dies bedeutet eine Rechtssicherheit, die den anderen Migrantinnen nicht zuteil wird (vgl. Han 2010: 106).

Irreguläre Migrantinnen befinden sich in der Bundesrepublik ohne Aufenthaltstitel. Sie „[...] bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone, ohne genaue Regelung dessen, was [ihnen] mindestens gewährleistet werden muss [...]“ (Thierse 2006: 20). Sie sind faktisch rechtslos. Der Umgang mit ihnen scheint ein komplexes und ungelöstes Problem darzustellen, was von der Regierung jedoch ausgeblendet wird. Von gesetzgeberischer Seite existieren noch keine konkreten, lösungsorientierten Ansätze und Anordnungen über den

Umgang mit irregulären Migrantinnen. Da die Zahl der irregulären Einwanderungen steigt, wird versucht mit Hilfe des Zuwanderungsgesetzes irreguläre, unkontrollierbare Migration kontrollierbar und legal zu gestalten (vgl. Heiner Bielefeld 2006: 82 f.; Sonntag-Wolgast 2006: 128-131).

Geflüchteten Frauen, denen nach der *Genfer Flüchtlingskonvention* der Flüchtlingsstatus zugesprochen wurde, genießen nach § 60 Abs.1 AufenthG *Abschiebeschutz*. Die Anerkennung des Flüchtlingsstatus kann auch, wie bereits angesprochen, bei geschlechtsspezifischer Verfolgung stattfinden (vgl. BMJV o. J.l; Han 2010: 191). Handlungen die darunter fallen werden im § 3a Abs. 2 AsylG festgehalten, darunter sexuelle Gewalt und Handlungen, die an die Geschlechtszugehörigkeit anknüpfen (BMJV o. J.a).

Um nicht in die Irregularität abzurutschen, muss in der Bundesrepublik ein *Asylantrag* gestellt werden. Asyl wird nach Art. 16a des GG zunächst ausschließlich politisch Verfolgten gewährt. Keinen Anspruch auf Asyl haben diejenigen, die aus einem vom Gesetzgeber als sicher erachtetem Herkunftsland stammen oder diejenigen, die über einen sicheren Drittstaat eingereist sind gemäß § 26a AsylG. Staaten, in denen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention Anwendung finden, gelten als sicher. Länder, die an Deutschland grenzen sowie Länder der EU werden somit als sicher angesehen. Norwegen und die Schweiz sind nach Anlage 1 des § 26a AsylG sichere Drittstaaten. Weiter gelten aktuell als sichere Herkunftstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, die ehemalige jugoslawische Republik, der Kosovo, Mazedonien, Montenegro, der Senegal und Serbien (vgl. Han 2010: 185-187; BMJV o. J.q; BMJV o. J.b; BMJV o. J.c; BAMF 2016b).

Asylbewerberinnen erhalten während des Asylverfahrens eine *Aufenthaltsgestattung*. Dies bedeutet, dass sie bis zur Entscheidung über den Asylantrag, in der Bundesrepublik bleiben dürfen. Fällt die Entscheidung negativ aus, kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine *Duldung* nach § 60a AufenthG ausgestellt werden. Dies bedeutet eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung für drei Monate. Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Duldung verlängert werden, z. B. aufgrund eines laufenden Strafverfahrens oder einer Berufsausbildung. Eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung berechtigen nur bedingt und unter bestimmten Voraussetzung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (vgl. BMJV o. J.m; BAMF 2016c).

Bei positiver Entscheidung des Asylverfahrens erhalten die Antragsstellerinnen nach den §§ 7-9a AufenthG eine *Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis* oder eine Erlaubnis zum *Daueraufenthalt-EU*. Die Aufenthaltserlaubnis ist zunächst befristet und kann verlängert, bzw. unter bestimmten Voraussetzungen in eine unbefristete Niederlassungserlaubnis

umgeändert werden. Dafür muss die Person u. a. bereits fünf Jahre eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland besitzen, ihren Lebensunterhalt allein sichern können und der deutschen Sprache mächtig sein. Zudem berechtigt die Niederlassungserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Beim Daueraufenthalt-EU handelt es sich um einen unbefristeten Aufenthaltstitel, der der Niederlassungserlaubnis gleichgestellt ist. Die Voraussetzungen um diesen Titel zu erhalten gleichen den Voraussetzungen zur Niederlassungserlaubnis. Zudem bietet er, wie die Niederlassungserlaubnis, Zugang zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Leistungen und berechtigt zudem zur Mobilität innerhalb der EU. Bei der Niederlassungs- und Aufenthaltsgenehmigung besteht zudem nach den §§ 44 und 44a AufenthG ein Anspruch auf einen staatlich finanzierten Integrationskurs und die Pflicht an diesem teilzunehmen, da ansonsten staatliche Leistungen gekürzt werden können oder der Aufenthaltstitel nicht verlängert oder entzogen werden kann. Für Migrantinnen, die Unionsbürgerinnen sind, gelten die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen des § 2 FreizügG/EU. Nach dem *Freizügigkeitsgesetz* sind sie u. a. zur freien Mobilität innerhalb der EU-Staaten und zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit berechtigt (vgl. Han 2010: 190 f.; BAMF 2016a; BMJV o. J.e-h; BMJV o. J.j,k; BMJV o. J.p).

Heute in Deutschland lebende Ausländer können zudem einen Antrag auf *Einbürgerung* stellen, was mit gewissen Anforderungen verbunden ist u. a. einer Aufenthaltsdauer von acht Jahren, die Beherrschung der deutschen Sprache und die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes (vgl. Oswald 2007: 181,189). Die Einbürgerung ist oftmals mit langen Wartezeiten von etwa fünf Jahren verbunden, was den Einschluss und die Einbeziehung in die Gesellschaft in dieser Zeit verhindert (vgl. Ragunathan et al. 2017: 4).

### 2.4.2 Wohnsituation

Laut dem Sechsten Familienbericht des BMFSFJ leben 90 % aller Ausländer in Mietwohnungen, 6,5 % besitzen eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus und 3,3 % sind in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (vgl. BMFSFJ 2000: 153).

Zugewanderte leben meist in Wohnvierteln, die von Seiten der Wohnqualität und des sozialen Umfeldes als benachteiligt beschrieben werden können. Die Konzentration von Migrantinnen auf diese Viertel liegt zum einen an einem geringen Erwerbseinkommen und zum anderen an Vorbehalten ihnen gegenüber auf dem Wohnungsmarkt. Oftmals treffen sie auch selbst die Entscheidung in diese Viertel zu ziehen um mit Menschen aus den selben Herkunftsländern zusammen zu leben. Letzterer Aspekt ist daher nicht als mangelnde Integration, sondern als funktionierende Netzwerke unter den Migrantinnen und als Selbsthilfepotenziale zu betrachten. Dennoch zeigen aktuelle Konzepte, dass

eine erfolgreiche Integration nur gelingt, wenn es ein soziales und kulturelles Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung gibt um u. a. Vorurteile abzubauen. Daher sind ethnische Enklavenbildungen aus vielerlei Hinsicht problematisch zu bewerten, da sie zu sozialer und wirtschaftlicher Ausgrenzung führen (vgl. BMFSFJ 2000: XXVI). Diese Wohnviertel befinden sich meist in den Großstädten in der Nähe von Industriegebieten, in denen schon die Gastarbeiterinnen gearbeitet haben. Diese Viertel sind oft in einem schlechtem baulichen Zustand, jedoch sind dort die Mieten günstig und es gibt eine gute Infrastruktur. Ein hoher Ausländeranteil ist auch in Wohngebieten des sozialen Wohnungsbaus zu finden. Hier herrschen jedoch schlechte Integrationsmöglichkeiten aufgrund der Randlage dieser Gebiete (vgl. BMFSFJ 2000: 156). Auch werden Migrantinnen durch Gentrifizierungsprozesse in den Städten in solche Randgebiete gedrängt. Aufgrund der schlechten Infrastruktur dort, wird ihnen der Zugang zu Arbeit, Freizeit- und Bildungsangeboten sowie zu Kinderbetreuungsangeboten verwehrt, was längerfristig zur Isolation führt (vgl. Ragunathan et al. 2017: 5).

Asylsuchende werden für die Zeit des Asylverfahrens in Aufnahmeeinrichtungen untergebracht. Dort leben sie oftmals für einen unbestimmten Zeitraum mit mehreren Personen verschiedener Nationalitäten in einem Raum zusammen. Problematisch gestaltet sich dabei für die Frauen eine oftmals nicht geschlechtsgetrennte Unterbringung, der Mangel an Privatsphäre und auch die schlechte Ausstattung der Sanitärräume (Süddeutsche Zeitung 1994, vgl. nach Han 2010: 189; Rohr 2002: 20). Auch Aussiedlerinnen leben oftmals bis zu mehreren Jahren unter belastenden Bedingungen in sogenannten Übergangsheimen. Sie leben dort mit Familienangehörigen auf engstem Raum ohne Ruhezonen für Kinder oder Kranke (vgl. BMFSFJ 2000: 197).

Zudem herrschen diskriminierende Gesetze, wie die sogenannte Residenzpflicht. Nach den §§ 56 AsylG und 61 AufenthG dürfen Asylsuchende und Geduldete drei Monate den Bezirk der Ausländerbehörde, bei der sie gemeldet sind, nicht verlassen (vgl. DaMigra e. V. o. J.a; BMJV o. J.d.; BMJV o. J.n). Seit 2016 existiert zudem die Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG. Demnach sind Asylsuchende verpflichtet für drei Jahre in dem Bundesland und in dem Ort zu wohnen, in dem sie auch während des Asylverfahrens gelebt haben. Ziel dieser Regelung ist laut Gesetzgebung die Integration dieser Menschen, jedoch wird ihr Recht sich frei bewegen zu dürfen stark eingeschränkt (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2016; BMJV o. J.i).

Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus leben meist in beengten Wohnungen, die sie aus Angst entdeckt zu werden häufig wechseln. Oftmals schaffen sie es aber über Jahre hinweg ohne Aufenthaltstitel unbemerkt in Deutschland zu leben (vgl. Franz 2006: 187; Oswald 2007: 171).



Die schwierigen Lebensverhältnisse der Migrantinnen zeigen sich aber nicht nur in der Wohnsituation, sondern auch in weiteren Bereichen, so auch auf dem Arbeitsmarkt.

### 2.4.3 Arbeitssituation

Nach Hoffmann Nowotny findet in dem Arbeitsmarktsektor ein Prozess der *ethnischen Unterschichtung* statt. Dies bedeutet, dass zugewanderte Personen niedrigrangigere Positionen auf dem Arbeitsmarkt einnehmen, die von den Einheimischen aufgegeben werden, weil sie diese als nicht mehr attraktiv genug empfinden (vgl. Oswald 2007: 117 f.; Treibel 2008: 229). So „[...] ‚rückten‘ [in der Bundesrepublik] die zugewanderten [...] Gastarbeiterinnen in die Saisonarbeit, [...] in die Gastronomie, Raumpflege und Bereiche des Einzelhandels ‚nach‘ [Hervorhebung im Original] (Treibel 2008: 229 f.). Auch in anderen „[...] unqualifizierten Arbeitsbereichen einiger Branchen im verarbeitenden Gewerbe wie Elektronik, Textil und Bekleidung, in denen die Arbeitsbedingungen sich [verschlechterten], [substituierten] die ausländischen die deutschen Frauen“ (Toksöz 1992, zitiert nach Treibel 2008: 122). Jedoch war bei der Beschäftigung von Gastarbeiterinnen Arbeitslosigkeit nicht bedacht worden und so wurden sie bei schlechter Arbeitsmarktsituation als erste entlassen und davon ausgegangen, dass sie in ihre Heimatländer zurückkehren (Gaitanides 1983; Castles 1987, vgl. nach Westphal 1997: 37). Dementsprechend war die Arbeitslosenquote der Gastarbeiterinnen wesentlich höher als die der Einheimischen. Zudem übten die meisten eine un- oder angelernten berufliche Tätigkeit aus und hatten kaum beruflichen Aufstiegschancen (Kühne/Schäfer 1986, vgl. nach Westphal 1997: 37). Auch heute noch sind die meisten Arbeitsmigrantinnen in un- oder angelernten Arbeitspositionen in bestimmten Sektoren zu finden (Geißler 1992, vgl. nach Westphal 1997: 38).

Dabei gibt es seit 2012 das Anerkennungsgesetz des Bundes, das die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen regeln und eine vergleichbare Beschäftigung ermöglichen soll. Für bestimmte Berufe regeln die einzelnen Bundesländer die Anerkennung durch eigene Länderregelungen u.a durch das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz. Seit 2005 werden bereits in der EU erworbene Berufsqualifikationen durch die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie als gleichwertig anerkannt. Vor Verabschiedung des Anerkennungsgesetzes wurden bei Spätaussiedlern ihre beruflichen Qualifikationen bereits durch das BVFG anerkannt. Die Anerkennung nach den neuen Regelungen des BQFG kann für sie nun vorteilhafter sein, da hierbei Unterschiede in der Ausbildung durch berufliche Erfahrungen ausgeglichen werden können. Geflüchtete Menschen bzw. Asylsuchende können in Deutschland, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Staatsangehörigkeit, einen Antrag zur Anerkennung

ihrer Berufsqualifikationen stellen (vgl. BMBF 2016; BMBF o. J.a-d).

Vor den neuen gesetzlichen Regelungen profitierten Aussiedlerinnen ursprünglich von Hilfen zur beruflichen Eingliederung und Hilfen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes, wie z. B. Förderungen zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit oder Möglichkeiten der Umschulung und Weiterbildung (vgl. BMFSFJ 2000: 57). Ihre berufliche Position auf dem deutschen Arbeitsmarkt entsprach jedoch, wie auch bei den meisten anderen Migrantinnen, oftmals nicht ihrer vorherigen Qualifikation im Heimatland. Aufgrund anderer Ausbildungs- und Arbeitsstrukturen in den Herkunftsländern galten die vorher erworbenen Qualifikationen auf dem deutschen Markt als wertlos. (vgl. Treibel 2008: 39; Westphal 1997: 111). So wurden nach Erfassungen des Arbeitsamtes zwei von drei Migrantinnen als unqualifiziert eingestuft und gezwungen Stellen jenseits ihrer Qualifikationen anzunehmen. Demnach fand also „[...] eine systematische und bewusste Dequalifizierung und damit gleichzeitige Deklassierung von Migrantinnen statt“ (Toksöz 1991; Farrokzhad 2003; zitiert nach do Mar Castro Varela 2003: 20).

Trotz der Anerkennung von Berufsqualifikationen, sind Migrantinnen im Vergleich zu deutschen Frauen überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen und weisen generell eine niedrigere Beschäftigungsrate auf (Rommelspacher 1998, vgl. nach do Mar Castro Varela 2003: 13). Ebenso befinden sie sich wesentlich häufiger in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Gerade irreguläre Migrantinnen ohne Papiere sind von Ausbeutung betroffen, da sie erpressbar sind und für wesentlich weniger Geld arbeiten. Obwohl der Staat von diesen Beschäftigungsverhältnissen weiß, wird oft nichts dagegen unternommen (vgl. do Mar Castro Varela 2003: 13). Über die Zahl der Menschen, die sich in der sogenannten Schattenwirtschaft bewegen gibt es nur ungenaue Schätzungen (vgl. Enste und Schneider 2006: 39). Arbeitgeber ziehen ihren Nutzen aus den illegalen Beschäftigungen indem sie „[...] Steuern, Sozialabgaben und die Kosten eines Arbeitsschutzes [sparen] [...] [und] so ihre Gewinne, Flexibilität und Wettbewerbsvorteile [erhöhen]“ (Sonntag-Wolgast 2006: 129). So werden Migrantinnen im reproduktiven Dienstleistungsbereich als Reinigungskraft, Altenpflegerin oder Dienstmädchen in private Haushalte vermittelt (vgl. Apitsch und Schmidbaur 2010: 11, 143; do Mar Castro Varela 2003: 13; Albrecht 2006: 6). Dies stellt in Europa längst keine Seltenheit mehr dar und so mutiert „[...] die »Dienstleistungsgesellschaft« [Hervorhebung im Original] zu [...] einer »Dienstmädchengesellschaft« [Hervorhebung im Original] (Randeria 1998, zitiert nach do Mar Castro Varela 2003: 13 f.) DaMigra e. V., Dachverband der Migrantinnenorganisationen, kritisiert, dass „[...] Frauen, die nachweislich als Programmiererinnen, als Ingenieurinnen oder Dozentinnen arbeiten könnten [...] bei den zuständigen Behörden und auf dem Arbeitsmarkt nicht ernst genommen, und stattdessen in den Niedrigsektor, in den Bereich der Care-Arbeit gedrängt [werden]“ (DaMigra e. V. 2017).



Dies betrifft nicht den Einzelfall, sondern stellt die gängige Praxis dar (vgl. DaMigra e. V. 2017). Folglich übernehmen eine „[...] große Zahl weiblicher Migrantinnen [...] die traditionell schlecht bezahlte Care-Arbeit in den Haushalten [...]“ (Apitsch und Schmidbauer 2010: 13). Weitere Sektoren stellen die Sexindustrie oder Heiratsmärkte dar (vgl. Albrecht 2006: 63).

Weitere Quellen belegen die prekäre Arbeitssituation der Migrantinnen. Laut dem Sechsten Familienbericht des BMFSFJ sind Migrantinnen „[...] im formellen Sektor in den Beschäftigungsbereichen, Handel, Gesundheits-/Veterinärwesen, Gaststätten und Beherbergung sowie Reinigung und Körperpflege und jeweils in den unteren Stufen der Betriebshierarchie zu finden (BMFSFJ 2000: 152). Im informellen Sektor sind Migrantinnen „[...] im Reproduktionsbereich gefragt – als Hausangestellte, Kinderfrauen, in der häuslichen Kranken- und Altenpflege, Kleinstunternehmerinnen, aber auch im Unterhaltungssektor und der Prostitution“ (BMFSFJ 2000: 152). Auch nach Informationen des BAMF sind geflüchtete Frauen überwiegend in weniger qualifizierten Tätigkeiten in Teilzeitanstellungen oder geringfügigen Beschäftigungen u. a. im Reinigungsbereich und der Gastronomie anzufinden. Dabei arbeiten sie oftmals in ethnischen Nischen wo gute Deutschkenntnisse nicht von Relevanz sind (Worbs et al. 2016, vgl. nach Worbs et al. 2017: 11 f.).

Auffallend ist, dass Migrantinnen, die bereits in der zweiten und dritten Generation in der Bundesrepublik leben, auf gleiche Bedingungen wie ihre Eltern treffen und immer noch in prekären Arbeitsverhältnissen zu finden sind oder Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben, obwohl sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, Deutsch als Erstsprache sprechen und einen hohen Bildungsabschluss erlangt haben. Ihre beruflichen Qualifikationen werden oftmals nicht anerkannt oder herabgesetzt (vgl. do Mar Castro Varela 2003: 14-19; Westphal 1997: 38 f.). Die Ursachen liegen in diskriminierenden Strukturen, wie „[...] Ausgrenzung durch juristische Vorgaben, [...] Diskriminierungen am Arbeitsplatz, [...], Stigmatisierung [...] und Unsichtbarmachung bei gleichzeitiger ›Besonderlichung‹ [Hervorhebung im Original] [...]“ (do Mar Castro Varela 2003: 14). Auch DaMigra e. V. betont, dass in Deutschland geborene und aufgewachsene Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierung erfahren und Bewerberinnen mit einem deutschen Namen bei Einladungen zum Bewerbungsgespräch bevorzugt werden (vgl. DaMigra e. V. 2017).

Weiterhin werden Migrantinnen durch geschlechtsspezifische und ethnische Einteilungen des Arbeitsmarktes auf bestimmte Sektoren festgeschrieben, wodurch sich sexistische und rassistische Stereotype etablieren, wie z. B. „[...] die ›geduldige asiatische Krankenschwester‹ [Hervorhebung im Original], die ›besonders geschickte

südländische Fließbandarbeiterin« [Hervorhebung im Original], die ›freundliche türkische Verkäuferin [Hervorhebung im Original] und die ›immer lächelnde thailändische Kellnerin« [Hervorhebung im Original]“ (Haritaworn 2003, zitiert nach do Mar Castro Varela 2003: 21). Basierend darauf fußen zudem fatale kulturelle Zuschreibungen, dass Migrantinnen sich in stetiger Abgängigkeit ihrer Familie und Community befinden, nicht selbständig einen Beruf ausüben dürfen und daher nicht auf dem Arbeitsmarkt eingegliedert werden können (Brah 1993, Rätzzel/Sarica 1994; vgl. nach do Mar Castro Varela 2003: 21).

Weiter gestaltet sich der Arbeitsmarktzugang für die verschiedenen Migrationsgruppen sehr unterschiedlich. Das Arbeitsgenehmigungsrecht ist sehr verstrickt und schwer zu überblicken. Demnach haben alle Arbeitsmarktinländerinnen, dazu zählen Deutsche und Staatsbürgerinnen aus einem EU-Land und Staaten des EWR, zunächst unbegrenzten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Zudem gilt das sogenannte Inländerprimat, nachdem diese Gruppe auf dem deutschen Arbeitsmarkt gegenüber Drittstaatlerinnen bevorzugt wird (vgl. do Mar Castro Varela 2003: 14; DGB Bildungswerk o. J.).

Erschwerend kommt hinzu, dass die Aufenthaltserlaubnis oftmals an die Arbeitserlaubnis gebunden ist und bei Verlust der Arbeitsstelle entzogen werden kann (Toksöz 1991, vgl. nach do Mar Castro Varela 2003: 22). Zudem haben viele geflüchtete Frauen aufgrund ihrer unklaren Bleibeperspektive kaum eine Chance, sich in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Viele von ihnen befinden sich noch im Asylverfahren und haben daher noch keine Arbeitserlaubnis (vgl. DaMigra e. V. 2017; Worbs et al 2017: 10).

Festzuhalten ist, dass Formen struktureller Diskriminierung, Stereotype und kulturelle Zuschreibungen folglich also zur Verstärkung der schlechten Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen führen (vgl. do Mar Castro Varela 2003: 21 f.). Grundvoraussetzung zur Integration in den Arbeitsmarkt sind vor allem aber auch schulische und berufliche Qualifikationen.

#### **2.4.4 Bildungs- und Ausbildungssituation**

Bildung und Ausbildung sind wichtige Faktoren bei der gesellschaftlichen Integration und ausschlaggebend für die berufliche Stellung und den Zugang zum kulturellen Leben (vgl. BMFSFJ 2000: XXIII). Zudem sind ein „[...] qualifizierter Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung [...] entscheidende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Platzierung in den sozialen Strukturen der deutschen Gesellschaft (BMFSFJ 2000: XXIII).

In einer Analyse des BAMF zu schulischen und beruflichen Qualifikationen von geflüchteten Frauen wird angegeben, dass die Schul- und Ausbildungssysteme in den Herkunftsländern anders aufgebaut sind als in Deutschland. Berufsausbildungen werden nicht unbedingt mit einem Zertifikat abgeschlossen, was es schwierig macht Qualifikationen nachzuweisen. Genauso sind Schulabschlüsse, die in den Herkunftsländern erworben worden nur schwer mit denen des deutschen Schulsystems vergleichbar (vgl. Worbs et al. 2017: 8 f.). Unter bestimmten Voraussetzungen können im Ausland erworbene Schulabschlüsse durch die Zeugnisanerkennungsstellen der Bundesländer mit deutschen Schulabschlüssen gleichgestellt werden. Für die Anerkennung von Zeugnissen zur Aufnahme eines Studiums und für die Anerkennung eines Studiums selbst sind die Hochschulen zuständig (vgl. BMBF o. J.e,f).

Aus Auswertungen ging hervor, dass 2015 und 2016 ein hoher Anteil an Asyl-antragsstellerinnen gar keine Schulbildung oder nur eine Grundschulbildung genossen hat (Neske/Rich 2016; Rich 2016, vgl. nach Worbs et al. 2017: 8). Auch in der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014 wurde bereits festgestellt, dass ein Großteil der befragten Frauen in ihren Heimatländern nicht zur Schule gehen konnten. Zudem besuchten sie seltener als männliche Geflüchtete weiterführende Schulen (Worbs et al. 2016, vgl. nach Worbs et al. 2017: 8). Weiterhin waren nach der Studie geflüchtete Frauen oft nicht beruflich qualifiziert und hatten auch in Deutschland noch keine Ausbildung oder Studium begonnen oder abgeschlossen (Romiti et al. 2016, vgl. nach Worbs et al. 2017: 9). Bei vielen Frauen ist auch aufgrund ihrer Fluchtgeschichte ihre Bildungsbiografie unterbrochen (vgl. Worbs et al. 2017: 9). Neben Sprachkursen von der Bundesagentur für Arbeit und von den Ländern und Kommunen werden Integrationskurse vom BAMF angeboten. Letztere gelten jedoch nur für Asylbewerberinnen mit guter Bleibeperspektive. Für das Jahr 2016 schloss dies nur Frauen aus Eritrea, dem Irak, dem Iran, Somalia und Syrien ein (vgl. Worbs et al. 2017: 5 f.). Insgesamt besuchten nur eine geringe Anzahl an Frauen die Integrationskurse oder erst nach einem bereits über fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland (vgl. Worbs et al. 2016; Romiti et al 2016, vgl. nach Worbs et al. 2017: 7). Dies liegt wie auch bei der geringen Arbeitsbeteiligung daran, dass das Wohl ihrer Familien im Vordergrund steht (Baraulina/Bitterwolf 2016, vgl. nach Worbs et al. 2017: 8). Viele können aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsangebote keine Integrationskurse besuchen, was laut Bundesministerium des Innern im Jahr 2017 geändert werden soll (BMI 2017, vgl. nach Worbs et al. 2017: 12).

Laut der Bundeszentrale für politische Bildung haben viele junge Spätaussiedlerinnen ähnliche Integration- und Sprachprobleme wie andere zugewanderte Frauen, weil sie Eingliederungsmaßnahmen nicht wahrnehmen können. Ihnen ist, im Gegensatz zu den ersten Aussiedlerinnen, die deutsche Sprache und Kultur fremd (vgl. bpb 2005).

Auch im Sechsten Familienbericht wird angegeben, dass bei den Aussiedlern der 90er Jahre Integrationsprobleme bestehen. Dies betrifft vor allem Menschen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Sie beherrschen die deutsche Sprache schlecht und ihre im Herkunftsland erworbenen schulischen und beruflichen Qualifikationen werden den deutschen Ansprüchen nicht gerecht und sind mit deutschen Abschlüssen nicht vergleichbar. Auch unterscheidet sich die schulische Bildung stark vom deutschen Bildungssystem, sodass die schulischen Kenntnisse nicht vergleichbar sind. Ihr Lernsystem ist immer noch an sozialistischen Strukturen ausgerichtet, was die Umgewöhnung an das deutsche Schulsystem erschwert. Folglich besuchen junge Generationen seltener weiterführende Schulen. Die meisten Probleme ergeben sich jedoch für diejenigen, die in Deutschland keine Schule mehr besuchen weil sie nicht mehr als schulpflichtig gelten. Es besteht zwar die Möglichkeit Sprachkurse zu absolvieren, jedoch qualifizieren diese nicht für einen weiterführenden Schulbesuch oder eine Berufsausbildung (vgl. BMFSFJ 2000: 183).

Dass Migrantinnen sich in schlecht bezahlten und informellen Tätigkeiten befinden hängt zum einen mit ihren niedrigen schulischen Qualifikationen zusammen, aber zum anderen auch mit diskriminierenden Strukturen auf dem Ausbildungsmarkt. Auch hier werden sie aufgrund negativer Stereotype, im Vergleich zu deutschen Mitbewerberinnen benachteiligt behandelt (vgl. Rohr 2002: 28). Auf dem Ausbildungsmarkt herrschen Vorbehalte wie mangelnde Anpassungsfähigkeit und Durchhaltevermögen, sprachliche Defizite und Angst vor mangelnder Akzeptanz seitens der Kundschaft (Boos-Nünning 1994, vgl. nach BMFSFJ 2000: 181). Dabei herrscht ein hoher Bedarf an Ausbildungsstellen, da viele Migrantinnen keine weiterführenden Schulen besuchen. Problematisch ist jedoch, dass sich viele nur in bestimmten Berufszweigen bewerben, was zunehmende Konkurrenz und sinkende Chancen auf eine Ausbildungsstelle bedeutet. Das Angebot an Ausbildungsstellen für weibliche Personen ist dabei noch begrenzter als für männliche Personen, was dazu führt, dass viele ohne einen beruflichen Abschluss bleiben. Berufsvorbereitungsjahre sollen eine Alternative bzw. Überbrückungsmöglichkeit darstellen, die jedoch oft nicht zum Ziel führen (vgl. BMFSFJ 2000: XXIV, 181).

Diskriminierung beginnt dabei oft schon vorher in der schulischen Laufbahn wenn LehrerInnen, trotz guter Noten und Deutschkenntnisse, herabsetzende Empfehlungen für weiterführende Schulen aussprechen. Oft zeichnen sich hier die Anfänge einer schlechten beruflichen Laufbahn ab, indem schon vor Eintritt in das Berufsleben Zugänge und Chancen verwehrt werden (vgl. do Mar Castro Varela 2003: 19).

Es sind aber nicht nur Möglichkeiten im Bereich der Arbeit und Bildung, die eingeschränkt werden, sondern auch die der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe (vgl. BMFSFJ 2000: XXV).

### 2.4.5 Gesellschaftliche und politische Partizipation

Die Bundesregierung erklärt im Sechsten Familienbericht, dass die hier in Deutschland „[...] rechtmäßig lebenden Ausländerinnen [...] in vielen Bereichen die gleichen Rechte und Pflichten wie Deutsche [haben]“ (BMFSFJ 2000: XIV). Dazu zählen Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Mitbestimmung in Ausländerausschüssen sowie -Beiräten und die politische Partizipation. Zudem gelten für sie die gleichen sozialstaatlichen Regelungen wie für die deutsche Bevölkerung (vgl. BMFSFJ 2000: XIV). Fraglich bleibt nur welche Personen von dem Begriff rechtmäßig eingeschlossen werden und wem welche Rechte zustehen bzw. wahrgenommen werden können.

Das uneingeschränkte Wahlrecht auf kommunaler-, landes- und bundesweiter sowie europäischer Ebene gilt nur für Menschen deutscher Staatsangehörigkeit. EU-Staatsangehörige dürfen sich nur an Kommunalwahlen beteiligen. Drittstaatenangehörige besitzen keinerlei Wahlrecht (vgl. Rangunathan et al. 2017: 5). 10 bis 15 % der in Deutschland lebenden Frauen werden vom Wahlrecht ausgeschlossen und „[...] entmündigt [obwohl sie] schon lange in Deutschland leben, Steuern zahlen und sich aktiv am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenleben beteiligen (Rangunathan et al. 2017: 5). Auch wird durch das bereits genannte Einbürgerungsrecht die politische Teilhabe stark eingeschränkt. Viele Migrantinnen sehen aufgrund der Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft von einer Einbürgerung ab, da sie ihre Zugehörigkeit zum Herkunftsland nicht aufgeben wollen. Ohne Einbürgerung bleibt ihnen jedoch die politische Partizipation vorenthalten. Obwohl Migrantinnen einen Anteil von 19 % in der deutschen Bevölkerung ausmachen sind sie im Bundestag unterrepräsentiert. Bei 631 Abgeordneten haben nur 6 % einen Migrationshintergrund. In den einzelnen Parteien sieht dies mit einem Anteil von 1,6 bis 12 % ähnlich aus (vgl. Rangunathan et al. 2017: 5).

Aus gemeinsamer Betroffenheit haben Migrantinnen in Deutschland Selbsthilfeinitiativen, Vereine und Organisationen gegründet um sich gegenseitig in den ersten Jahren der Migration zu unterstützen. Die Selbsthilfeinitiativen haben sich vor allem unter den ausländischen Familien und Nachbarn entwickelt mit dem Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie haben die wichtige Funktion der Netzwerkarbeit untereinander aber auch mit deutschen Institutionen und Sozialarbeitern und ergänzen wohlfahrtsstaatliche Angebote und vermeiden dadurch gleichzeitig eine bevormundende Fürsorge dieser. Zudem bilden sich eigene Netzwerke unter Frauen außerhalb der Familien, in denen sie nicht in ihre traditionellen Rollen gedrängt werden, autonom agieren und sich gegenseitig unterstützen können. Zudem sind Frauen eher in den Selbsthilfeinitiativen aktiv, da hier weniger hierarchische Strukturen als in den Ausländervereinen herrschen und sich der Zugang für sie leichter gestaltet.

Aus den anfänglich kleinen Selbsthilfeinitiativen entwickeln sich oftmals Vereine und Organisationen. Die Angebote dort ähneln denen der Initiativen und bestehen u. a. aus Informations- und Beratungsarbeit, Begleitung bei Behördengängen und Freizeitangeboten. Dabei spielt die Aufklärung über Rechte und Pflichten in der Aufnahmegesellschaft eine wichtige Rolle. Die verschiedenen Vereine dienen, wie die Initiativen, als Plattform zum Informationsaustausch, zur Interessenvertretung der Zugewanderten gegenüber deutschen Institutionen und zur Netzworkebildung. Sie bilden eine Brücke zwischen den Zugewanderten und den Institutionen und sorgen für eine Verständigung auf Augenhöhe. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Antidiskriminierungsarbeit, indem sie Weiterbildungen und interkulturelle Veranstaltungen für deutsche MitbürgerInnen anbieten. Oft schließen sich in den Organisationen und Vereinen Menschen der gleichen Nationalität zu einer Gruppe zusammen, was hilft die eigene kulturelle Identität zu wahren aber auch gemeinsam eine neue zu entwickeln. So entstehen auch ethnische Berufsverbände, die die eigene Konkurrenzfähigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt verbessern und gleichzeitig wichtige Verbindungen zu deutschen Arbeitgebern schaffen, die ausländische Fachkräfte oder Multiplikatoren suchen (vgl. BMFSFJ 2000: 165-168).

Unter dem Aspekt der Religionsfreiheit haben sich religiöse Vereine gebildet, die ihre Rechte der Religionsausübung einfordern. Muslimische Vereine versuchen für mehr Transparenz zu sorgen, indem sie die sogenannten Hinterhofmoscheen in öffentliche und für alle zugängliche umgestalten wollen, um den Vorurteilen des Fundamentalismus und Extremismus entgegen zu wirken (Gaitanides 1998, vgl. nach BMFSFJ 2000: 168).

Trotz der Unterstützungsangebote, die einen wichtigen Beitrag zur Orientierung, Bestärkung und Integration der Zugewanderten in die deutsche Gesellschaft bedeuten, erhalten die Eigeninitiativen und Selbstorganisationen keine staatlichen Förderungen und finanzieren sich größten Teils aus Spendengeldern ihrer Mitglieder (vgl. BMFSFJ 2000: 167).

Neben den bereits angesprochenen äußeren Lebensbedingungen, gilt es als letzten Aspekt noch die innere, psychische und gesundheitliche Situation der Frauen anzuschauen.

#### **2.4.6 Psychosoziale und gesundheitliche Situation**

Angekommen in der neuen Heimat leiden die Frauen unter „Gefühlen der Entmündigung, der Entwurzelung, der Heimatlosigkeit, des Ausgeliefertseins und der Fremdheit [...]“ (UNHCR 1997, zitiert nach Rohr 2002: 21). Zudem entstehen durch die neue Situation Anpassungsanforderungen, die erhebliche Belastungen verursachen. Die Bewältigung dieser hängt mit dem sozialen Umfeld und der dort gebotenen Unterstützung



zusammen. Dabei kann Familie eine schützende und stärkende Funktion einnehmen, allerdings auch zusätzlich belastend wirken bei z. B. beengten Wohnverhältnissen oder Arbeitslosigkeit. Neben einer kulturellen Neuorientierung und der Entwicklung eines neuen Selbstbildes müssen innerhalb der Familien zudem traditionelle Rollen neu ausgehandelt werden (vgl. BMFSFJ 2000: 186). Besonders Frauen aus patriarchalischen Gesellschaften sind durch das Zusammentreffen zweier konträrer Kulturen überfordert. Sie fühlen sich orientierungslos in der Vielzahl an neuen Möglichkeiten, die sich ihnen theoretisch in einer modernen pluralisierten Gesellschaft bieten und sind in ihrer neugewonnenen Entscheidungsfreiheit gelähmt durch die Verantwortung und den Druck einen eigenen Lebensentwurf gestalten zu müssen. Dabei ist die Situation vieler Frauen gekennzeichnet durch soziale Isolation und fehlende familiäre und soziale Netzwerke, die ihnen Schutz, Halt und Unterstützung bieten (Mehari 1994, Jocken-hövel-Schiecke 1985, Potts und Prasske 1993, vgl. nach Rohr 2000: 23).

Die physischen wie psychischen Gesundheitszustände von Migranten werden durch die enormen Anpassungsbelastungen, Lebensbedingungen sowie die psychosoziale und ökonomische Situation beeinflusst (vgl. BMFSFJ 2000: 187). In den verschiedenen Phasen der Migration kann es daher zu unterschiedlichen psychischen Erkrankungen kommen. So treten in der Anfangszeit der Migration oftmals Depressionen auf, die später gerade bei Frauen in psychosomatische Beschwerden übergehen (vgl. BMFSFJ 2000: 191). Zudem herrscht ein hohes Suchtrisiko, wobei Frauen zu Medikamentenmissbrauch neigen. Aus Angst der Stigmatisierung oder Ausweisung aus Deutschland nehmen sie jedoch oftmals keine professionellen Hilfen in Anspruch (vgl. BMFSFJ 2000: 196 f.).

Geflüchtete und asylsuchende Frauen unterscheiden sich in ihrer gesundheitlichen Situation nicht wesentlich von den anderen Gruppen. Bei ihnen ist jedoch eine mangelnde Krankheitsprävention durch fehlende Impfungen zu verzeichnen. Zudem leiden viele aufgrund ihrer Fluchtgeschichte und erfahrener Gewalt an Traumatisierungen (Korporal 1998, vgl. nach BMFSFJ 2000: 189). Zudem bedeutet die Unterbringung in Sammel- und Gemeinschaftsunterkünften eine zusätzliche psychische Belastung, welche sich neben psychosomatischen Beschwerden auch in Form von Angst- und Panikzuständen zeigt. Da es oftmals keinen eigenen, von Männern abgegrenzten Bereich gibt, können sie sich nicht unbeschwert bewegen und sind von Gefühlen der Scham und Angst des Ansichtsverlustes umgeben. Oftmals sind sie erneuter Gewalt ausgesetzt, wodurch eine Traumatisierung aufrecht erhalten oder verschlimmert werden kann. Hinzu kommt die permanente Unsicherheit über ihren Aufenthaltsstatus (Gottstein 1986, vgl. nach Rohr 2000: 20 f.; DaMigra e. V. o. J.b). Wenn das neue soziale Umfeld ihnen zusätzlich ablehnend und feindselig entgegentritt, reagieren die Frauen unter anderem mit „[...] sozialem Rückzug, Frustration, Wut, Depression,

psychosomatischen Störungen, Suchtverhalten, Identitäts- und Sinnkrisen bis hin zum Suizidverhalten“ (Mehari 1994, zitiert nach Rohr 2000: 23).

Bei Aussiedlerinnen ist teilweise, wie auch bei anderen Migrantinnen, der Missbrauch von Tabletten zu verzeichnen. Dies betrifft vor allem jüngere Frauen (vgl. BMFSFJ 2000: 198). Weiter leiden sie auch unter Depressionen, Schlafstörungen, Erschöpfungszuständen und anderen krankheitlichen Symptomen. Die Ursachen für Erkrankungen liegen in den spezifischen Belastungen dieser Gruppe (Riecken 1999, vgl. nach BMFSFJ 2000: 197). Im Vergleich zu Migrantinnen anderer Gruppen stehen sie unter einem besonderen Assimilationsdruck. Sie empfinden sich als Deutsche, werden jedoch als Fremde behandelt und ausgegrenzt (Herwartz-Emden 1997, vgl. nach Treibel 2008: 39). Anders als andere Migrantinnen sind sie oftmals gezwungen ihre Herkunftsidentität zu verleugnen was sich längerfristig auf den Gesundheitszustand auswirkt. Die Zeit in den Übergangsheimen stellt, wie auch bei den geflüchteten und asylsuchenden Frauen, eine zusätzliche Belastung dar. Es hat sich jedoch gezeigt, dass vorhandene Ressourcen wie gute Deutschkenntnisse und eine Erwerbstätigkeit das Risiko einer Erkrankung zeitlich verschieben und eine Genesung beschleunigen können (Riecken 1999, vgl. nach BMFSFJ 2000: 197). Auffallend ist, dass viele schon bei der Einreise in die Bundesrepublik Behinderungen sowie chronische Erkrankungen und Suchterkrankungen aufgrund belastender frühkindlicher Erfahrungen aufweisen. Es wird vermutet, dass dies auch zur Genehmigung der Ausreisen geführt hat (vgl. BMFSFJ 2000: 198).

Aufgrund der genannten Symptome benötigen Migrantinnen therapeutische, psychosoziale und medizinische Versorgung (vgl. Rohr 2000: 21). Dabei können bei der Diagnose und Behandlung genannter Symptome Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen Arzt und Patientin auftreten und sogar Fehlentscheidungen getroffen werden. Oft entstehen aufgrund von Sprachbarrieren sogenannte Verlegenheitsdiagnosen und es werden psychosomatische Erkrankungen vermutet, die aufgrund fehlender Sprachkenntnisse medikamentös anstatt psychotherapeutisch behandelt werden. Dies hat oftmals Fehlbehandlungen und lange Genesungsprozesse zur Folge. Erschwerend kommt hinzu, dass die Betroffenen eine andere Wahrnehmung und Interpretation von Krankheiten und Symptomen haben. Oftmals werden auch Beratungs- und Behandlungsangebote sowie Rehabilitationsmaßnahmen nicht wahrgenommen und auf nachbarschaftliche und familiäre Hilfen zurückgegriffen, was schnelle Heilungschancen behindert (vgl. BMFSFJ 2000: 189-191).

Neben den auftretenden Behandlungsschwierigkeiten und -fehlern herrscht zudem in der Versorgungslandschaft ein Mangel an adäquaten Hilfs- und Unterstützungsangeboten. Vorhandene muttersprachliche Angebote in Bereichen der gesundheitlichen



Information und Beratung existieren meist nur für Migrantinnen aus den damaligen Anwerbestaaten. Die Defizite zeigen sich u. a. in den Bereichen Schwangerschaft, Alter und Sucht. Aufgrund mangelnder Angebote in den Herkunftssprachen nehmen nur wenige Frauen Vorsorgeuntersuchungen, schwangerschaftsbeleitende Kurse oder Schwangerschaftsberatungen in Anspruch. Einige Schwangerschaftsberatungsstellen ziehen Übersetzerinnen zu Hilfe, was sich jedoch als problematisch erweisen kann, wenn diejenige dem gleichen Kulturverein wie die Betroffene angehört und diese dadurch um ihre Anonymität fürchtet (vgl. BMFSFJ 2000: 193, 198).

Im Bereich der Altenpflege und häuslichen Pflege mangelt es an sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter um den speziellen Bedürfnissen der alten Menschen gerecht zu werden. Bei Suchtproblematiken sind die Familienangehörigen von Suchterkrankten oftmals hilflos und bei den institutionellen Hilfen mangelt es an Wissen über die spezifischen Problematiken der Suchtabhängigkeit und auch an sprachlichen Kompetenzen. Es zeigt sich, dass in allen Bereichen Fortbildungen und Qualifizierungen der Mitarbeiter nötig sind (vgl. BMFSFJ 2000: 195-197).

Eine besondere Gruppe bilden die Menschen ohne Aufenthaltspapiere. Sie sind aufgrund ihres Status nicht versichert und werden vom medizinischen Regelsystem ausgeschlossen. Ihr Gesundheitszustand wird durch ihre erschwerten Lebensumstände bedingt und so leiden sie durch die beengten Wohnverhältnissen und der stetigen Angst entdeckt zu werden unter stressbedingten Erkrankungen. Zudem können sie ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung und Kleidung aufgrund mangelnder finanzieller Mittel nicht decken. Da sie häufig in risikoreichen und ungesicherten Tätigkeiten arbeiten sind sie oftmals von Arbeitsunfällen betroffen. Aus Angst entdeckt und ausgewiesen zu werden vermeiden sie es medizinische Hilfen in Anspruch zu nehmen, was im Nachhinein Behandlungen schwieriger und langwieriger gestaltet (vgl. Franz 2006: 187-189). Bei schwangeren Frauen hat oftmals gar keine Untersuchung stattgefunden oder erst sehr spät (vgl. Franz 2006: 185). Damit Nichtversicherte eine medizinische Versorgung geboten werden kann sind Beratungsstellen eingerichtet worden, die auf ein Netzwerk von Ärzten, Psychologen und Krankenhäusern zurückgreifen. Hier können die Betroffenen anonym behandelt werden (vgl. Franz 2006: 181 f.). Problematisch ist nur, dass hierfür keine staatlichen Gelder bereitgestellt werden und die Behandlungen durch Spenden finanziert werden. Unerlaubter Aufenthalt gilt in der Bundesrepublik als Straftatbestand durch den der Staat das Recht ableitet Menschen medizinische Versorgung zu entsagen. Ärzte die dem zuwider handeln können mit einer Strafe belangt werden. Erlaubt sind nur Behandlungen bei akuten Notfällen (vgl. Franz 2006: 188 f.). Dies bedeutet, dass „[...] die an sich höherwertigen Menschenrechte und allgemeine Grundsätze ärztlicher Ethik ausländerpolitischen Überlegungen

zum Opfer gefallen [sind]“ (Franz 2006: 189). Auch wird die Versorgung mit Essen und einer Unterkunft als Straftatbestand gesehen. Folglich bewegen sich viele Hilfsorganisationen in einer rechtlichen Grauzone (vgl. Franz 2006: 190).

Es ist anzumerken, dass die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und verschiedenen Vereinen und Organisationen, darunter auch Migrantenorganisationen, einen *Nationalen Integrationsplan* ausgearbeitet hat, der 2007 vorgestellt wurde, mit dem Ziel eine bessere Integration der in Deutschland lebenden MigrantInnen zu erreichen. Dabei wird explizit auf die Gleichberechtigung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Frauen und Mädchen eingegangen. Themenfelder sind ihre sozial-gesellschaftliche und politische Teilhabe, Bildung und Ausbildung und die Berücksichtigung spezifischer Bedürfnisse u. a. im Bereich der Gesundheit, Sexualität und Alter. Zudem soll mehr Prävention und Schutz bei häuslicher und frauenspezifischer Gewalt gewährleistet werden (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007: 13 f.). 2008 folgte über die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ein erster Fortschrittsbericht. Zum Thema Zwangsverheiratung wurden Daten und Informationen gesammelt und zusammengetragen und Unterstützungsangebote in Form einer anonymen Onlineberatungsstelle geschaffen. Das Thema Opferschutz soll rechtlich ausgearbeitet werden. Um die politische Partizipation zu stärken wurden verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet u. a. Tagungen und Aktionsbündnisse (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2008: 25 f.).

Abschließend zu diesem Kapitel ist anzumerken, dass ein Integrationsplan mit seinen Zielen zwar positiv zu werten ist, es jedoch aufgrund der beschriebenen komplexen Problemlagen von Migrantinnen individuelle und spezielle Angebote für diese geben muss, damit ihre Lebenssituation verbessert werden kann.

### **3. Feministische Frauenberatung für Migrantinnen**

#### **3.1 Entwicklungsgeschichte feministischer Frauenberatung**

Frauenberatung ist das Beraten von Frauen und ggf. Mädchen mit einem emanzipatorischen bzw. die [...] Geschlechterverhältnisse reflektierenden Anspruch, zumeist in eigens ausgewiesenen Beratungsstellen. Mit dem Begriff der Frauenberatung verbinden sich sowohl ein konzeptioneller Zugang in der psychosozialen und sozialpädagogischen Beratung wie ein inzwischen im sozialpädagogisch-psychosozialen Feld gut etabliertes [...] Praxisfeld [...]. (Sickendiek 2011: 137)

Beratungsangebote speziell für Frauen sind die Errungenschaften feministischer Frauenbewegungen. Bereits die erste Frauenbewegung trug zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit durch die Gründung und Anerkennung sozialpädagogischer Frauenschulen bei und führte zu ersten Ansätzen emanzipatorischer Frauenberatung. Letztere entstand durch gesellschaftliche Umbrüche und der aufkommenden Geschlechterfrage nach dem ersten Weltkrieg sowie Reformen innerhalb verschiedener Institutionen und Vereine. Beratungsarbeit bestand zu dieser Zeit vorrangig aus Information und Aufklärung und besaß noch keine professionell-wissenschaftlich fundierte pädagogische oder psychologische Methodik. Zur Zeit des zweiten Weltkriegs ist in der Entwicklungsgeschichte der Frauenberatung zunächst ein Stillstand zu verzeichnen. Dies ändert sich jedoch mit der zweiten Frauenbewegung in den 60er/70er Jahren. Unter dem Motto *das Private ist politisch* wurden private und tabuisierte Themen in die Öffentlichkeit getragen und die Unterdrückung und Einschränkung von Frauen in ihren Lebenswelten durch das Patriarchat diskutiert. Durch neu aufkommende Fragen der Frauen entstand eine zeitgemäße Beratung, in der aktuelle Themen und Problemstellungen zum Gegenstand wurden, wie z. B. die strukturelle Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, ihre berufliche Selbstverwirklichung, Scheidung und Trennung, Suchtabhängigkeiten, Identitätsprobleme und psychosomatische Erkrankungen. Auch standen Themen, wie neue Verhütungsmittel, legaler Schwangerschaftsabbruchs, Gewalt in der Ehe und sexuelle Belästigung und Missbrauch nun im Zentrum der Aufmerksamkeit. Es fand eine Professionalisierung psychosozialer Beratung statt und die Methodik der Gesprächsführung und das Individuum rückten in den Vordergrund der Beratung. Parallel dazu analysierte im Bereich der Wissenschaft die feministische Forschung die Ursachen und Auswirkungen psychosozialer Problematiken von Frauen vor dem Hintergrund der Geschlechterverhältnisse und patriarchalischer Strukturen. Sie bekräftigte das psychosoziale Modell zur Erklärung von Krankheiten und trug zur Entwicklung von Methodik, Praxiskonzepten und Professionalisierung von Beratung bei. Von Seiten der Sozialpolitik wurde Beratung als Interventionsform wahrgenommen und finanziell gefördert. (vgl. Großmaß et al. 2004: 544-547; Sickendiek et al. 2011: 74-76).

Psychosoziale Beratungsangebote brachten einen enormen Erkenntnisgewinn über verleugnete oder verschleierte Sachverhalte wie innerfamiliäre Gewalt, sexuelle Ausbeutung und geschlechterdiskriminierende Strukturen in Institutionen (Großmaß und Schmerl 2004: 549 f.). Seit Mitte der 1990er Jahre sind Frauenberatungsstellen ein thematisch und inhaltlich passendes Arbeitsfeld für Sozialarbeiterinnen, mit Möglichkeiten der Weiterbildung in Beratung und speziellen Therapieansätzen. Zudem gibt es Frauenberatung heute weltweit zu Themen wie Gesundheit, familiäre und staatliche Gewalt, aber auch zu juristischen und ökonomischen Fragestellungen (vgl. Sickendiek 2011: 139). Im Folgenden werden daher aktuelle Ansätze der Frauenberatung dargestellt.

### 3.2 Aktuelle Ansätze und Arbeitsprinzipien feministischer Frauenberatung

Es ist zu erwähnen, dass die feministische Frauenberatung keine eigenen geschlechterbezogenen Theorien und spezifische Beratungsmethoden besitzt. Sie bezieht sich zunächst auf allgemein geltende Theorien und Ansätze der Beratung und Psychotherapie, wie z. B. auf den Empowermentansatz oder den ressourcen- und lösungsorientierten Ansatz. Dennoch besitzt sie eigene Arbeitsprinzipien, die eine feministische Arbeit ausmachen (vgl. Vogt 2004: 211 f.; Neumann 2012: 172).

Wichtigstes und herausstechendstes Prinzip bildet dabei *Parteilichkeit*. Diese umfasst nach der Literatur viele Aspekte und bedeutet zunächst, dass die betroffene Frau mit ihren individuellen Anliegen im Fokus der Beratung steht und die Beraterin, unabhängig von ihrer eigenen Meinung, auf ihrer Seite ist. Die Frau soll als Person ernst genommen und ihren subjektiven Schilderungen Glauben geschenkt werden (Müller 1991, vgl. nach Bitzan 2002: 253; Freytag 1992, vgl. nach Neumann 2012: 173). Weiter soll sie in ihren Anliegen vertreten werden und in ihrer sozialen und ökonomischen Autonomie sowie einer selbstbestimmten Lebensgestaltung unterstützt werden. Dabei beinhaltet Parteilichkeit die Positionierung der Beraterin gegen jegliche Form von geschlechtsspezifischer und struktureller Gewalt und Diskriminierung und die Förderung von Netzwerken unter Frauen zur gegenseitigen Unterstützung und Stärkung (Sickendieck 2004; Hilsenbeck 1997, vgl. nach Neumann 2012: 173 f.).

Feministische Parteilichkeit hat sich durch patriarchalische Strukturen und vor allem der strukturellen Akzeptanz gesellschaftlicher Gewalt an Frauen entwickelt. Durch sie wurde der Anspruch auf Schutz und das Recht auf Anklage der Täter laut (vgl. Böhnisch et al. 2002: 64)

Parteilichkeit wird seit dem in der feministischen Sozialarbeit als Haltung gesehen, Mädchen und Frauen Raum zu jener Selbstentwicklung zu geben, die ihnen von der Gesellschaft strukturell und in personalen Beziehungen in ganz unterschiedlichen Formen von Entwertung, Nichtachtung und Missdeutung ihrer Erfahrungen verweigert werden kann. (Böhnisch et al. 2002: 64 f.)

Zudem werden durch Parteilichkeit für Frauen und Mädchen gesellschaftlich tabuisierte Themen, wie z. B. Gewalt an Frauen und sexuelle Gewalt aufgedeckt.

Parteilichkeit als Tabubruch bedeutet, ein Konfliktfeld aufzuschließen, dass gesellschaftlich stillgelegt ist, weil es gesellschaftlich gar nicht behandelt werden kann, insofern kein gesellschaftlicher Auftrag, kein öffentlicher Raum dafür da ist. (Böhnisch et al. 2002: 65)

Durch feministische Frauenarbeit wird solch ein Raum erschlossen und in die Praxisfelder der Sozialen Arbeit hineingetragen (Böhnisch et al. 2002: 65).

Genauso wird in der feministischen Arbeit eigenst ein *Frauenraum* geschaffen. Dieser wird als Ort verstanden zu dem ausschließlich Frauen Zugang haben. Er bietet Raum für solidarische Begegnungen unter Frauen und fördert den Beziehungsaufbau zwischen Beraterin und betroffener Frau. Er stellt einen Schutzraum vor männlicher Gewalt dar, indem Frauen frei von patriarchalischen Wertvorstellungen ein Selbstbild entwickeln können (vgl. Neumann 2012: 175). Dabei bietet er „[...] im menschenrechtlichen Kontext einen besonderen Schutz- und Orientierungsrahmen bei interpersonalen oder institutionellen Grenzverletzungen und Gewalterfahrungen“ (Neumann 2012: 175). Dem Konstrukt Frauenraum liegt ein feministisches und ganzheitliches Gesundheitsverständnis zugrunde. Seelische, geistige und körperliche Gesundheit werden im engen Zusammenhang gesehen unter ökonomischen, sozialen, kulturellen, und spirituellen Einflüssen. In Orientierung an Antonovskys Salutogenesekonzept werden psychische und psychosomatische Erkrankungen als Lösungsversuch gesehen um mit extremst belastenden Lebenssituationen umzugehen (vgl. Neumann 2012: 175).

Dabei gilt die *Anerkennung von Differenz* unter den Frauen. Dies meint Wahrnehmung und Akzeptanz von Unterschiedlichkeit in Betrachtung der Aspekte Nationalität, Ethnie, Bildung, sozialökonomischer und rechtlicher Status sowie individuell vorhandene Ressourcen. Ursprünglich war immer von gleicher Betroffenheit aller Frauen ausgegangen wurden, was sich durch die differenzierte Betrachtung geändert hat (vgl. Neumann 2012: 173).

Auch wird im *Beratungsverhältnis* Differenz akzeptiert und nicht Gleichheit vorge-täuscht. In Überlegungen über die Beratungsbeziehung wurde klar, dass ein angestrebtes egalitäres Verhältnis nicht möglich ist und sich das Machtgefälle zwischen Beraterin und Ratsuchender nicht ganz aufheben lässt. Jedoch ist ein reflektierter und transparenter Umgang damit möglich (Sickendieck 2004, vgl. nach Neumann 2012: 174). Im feministischen Beratungssetting versucht die Beraterin das Machtgefälle bis zu einem gewissen Grad abzubauen, damit eine Vertrauensbasis entstehen kann, die sich positiv auf den Beratungsprozess auswirkt. Ziel ist, dass die Betroffene sich öffnen kann und ihre Anliegen preis gibt, damit die Beraterin sie angemessen unterstützen und stärken kann. Wichtig ist dabei jedoch Distanz zu wahren um nicht in die Rolle der Freundin zu rutschen und einen eventuellen Kompetenzabspruch zu erleiden (vgl. Vogt 2004: 212 f. ).

In Anbetracht der Selbstbildentwicklung geht es auch um *Rollenreflexion und Geschlechterdekonstruktion*. Traditionelle und gesellschaftlich verankerte Rollenbilder

sollen hinterfragt und aufgebrochen werden. Dazu gehört auch, dass die Ratsuchende sich mit möglichen Konflikten in der eigenen Familie und im sozialen Umfeld auseinandersetzt. Genauso muss die Beraterin Vorurteile und Stereotypen, die in ihrer Gesellschaft herrschen reflektieren und sich über diskriminierende, rassistische und sexistische Denkmuster und Handlungsstrukturen bewusst sein (Sickendieck 2004; Sickendieck et al. 2008, vgl. nach Neumann 2012: 176).

Feministische Arbeit strebt nach *Autonomie* und fordert „[...] institutionelle [...] Unabhängigkeit und steht für eine Absage an männlich dominierte Institutions-, Denk- und Handlungslogiken und die Entwicklung eigenständiger Denk-, Organisations- und Handlungsmodelle“ (Neumann 2012: 174). So sind feministische Organisationen eigenständige Vereine, die als Nichtregierungsorganisationen unabhängig agieren und keiner kirchlichen oder parteipolitischen Führung unterstehen (vgl. Neumann 2012: 174). Sie sehen sich mit dem *politischen Auftrag* auf gesellschaftliche Missstände und Gewaltverhältnisse aufmerksam zu machen und Frauenrechte einzufordern. Dabei beziehen sie sich auf Analysen der Frauen- und Geschlechterforschung sowie auf ihre eigenen praktischen Erfahrungen (vgl. Neumann 2012: 176).

Da alle Frauenprojekte immer auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Zusammenhänge, in denen Frauen im weitesten Sinn zu Opfern der patriarchalischen Verhältnisse werden zum Ziel haben, mischen sie sich in politische und fachpolitische Diskurse ein. Sie kritisieren v.a. Wahrnehmungsblockaden und Umgangsweisen mit Frauen im sozialen Bereich. (Bitzan 2002: 254)

Feministische Arbeit schafft also alternative Politik und ist innovative Praxis zugleich (vgl. Bitzan 2002: 254). Parallel zu ihr entwickelte sich, im Kontext der zweiten Frauenbewegung, auch die Migrantinnenberatung.

### **3.3 Entwicklungsgeschichte der Migrantinnenberatung**

In der Geschichte der Migrantinnenberatung sind verschiedene Ansätze zu verzeichnen, die eng mit der Einwanderungsgeschichte Deutschlands und politischen Entwicklungen verknüpft sind. Zur Zeit der Gastarbeiteranwerbung von 1955 bis 1973 entstand die sogenannte *Ausländerberatung*, die sich im Sinne der *Ausländerpädagogik* an Defiziten und Problemen der Ausländer orientierte und danach beriet. Dabei waren die ersten Beratungsangebote streng nach Nationalitäten getrennt und unter den großen Wohlfahrtsverbänden, wie der Caritas, der Diakonie und der Arbeiterwohlfahrt aufgeteilt. Auf politischer Ebene traf der Gedanke, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei auf starke Ablehnung und Themen wie eine Zuzugsbegrenzung, Rückkehrförderung aber auch



Integration wurde diskutiert (vgl. Yildiz 2011: 32-36; Auernheimer 1999/Hamburger 1999, vgl. nach Yildiz 2011: 36). Da der Aufenthalt vieler Migrantinnen als Übergangssituation gesehen wurde, konzentrierte sich die Beratung dementsprechend vorrangig auf die Rückkehr der Frauen in ihre Heimatländer oder aber beim Verbleib dieser in der Bundesrepublik auf ihre Assimilation (vgl. Yildiz 2011: 34; Mecheril 2004: 296). Mit dem Verbleib der Menschen im Zusammenhang des Anwerbestopps im Jahr 1973 und dem Familiennachzug, nahm auch die Kritik an der Ausländerpädagogik zu. Vor dem gesellschaftspolitischen Kontext der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 und dem vorherigen Ende des Kalten Krieges entstanden Migrationsbewegungen, die zusammen mit der restriktiven Ausländerpolitik zu rechtsextremen Ausschreitungen in der Bundesrepublik führten. Neben Forderungen nach einer adäquaten Ausländerpolitik, entwickelte sich eine *interkulturelle Pädagogik bzw. Beratung*, die einen Wechsel von der Defizit- zur Ressourcenorientierung forderte und auch die rassistischen Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft in den Blick nahm (vgl. Yildiz 2011: 34-37). Sie verfolgte Ansätze der „[...] Menschenrechtserziehung, Friedenserziehung, Demokratischen Erziehung und Antirassistischen Erziehung“ (Auernheimer 1999/Bundschuh 2008, zitiert nach Yildiz 2011: 37). Zudem sprach sich die interkulturelle Beratung gegen eine Assimilationsforderung und für eine Anerkennung kultureller Differenzen aus. Jedoch steht auch dieser Ansatz auf Grund seiner Kulturalisierungstendenz und dem Beharren auf die Verschiedenheit in der Kritik. Anstatt Probleme zu reflektieren, werden diese auf die kulturelle Differenz zurückgeführt bzw. die Dimension der Kultur fokussiert und weitere Ursachen für Probleme, wie soziale und strukturelle Diskriminierung, nicht berücksichtigt (vgl. Mecheril 2004: 297).

Seit Ende der 1990er Jahre herrscht eine Auseinandersetzung zwischen Vertretern der transkulturellen und der interkulturellen Pädagogik. Dabei stellt die *transkulturelle Pädagogik* eine Weiterentwicklung bzw. Gegenposition zur interkulturellen Pädagogik dar. Letztere soll, nach dem transkulturellen Verständnis, die Fixierung der Kultur-differenzen überwinden zugunsten eines lebenswelt- und ressourcenorientierten Ansatzes, der neben kulturellen auch soziale und individuelle Unterschiede gleichermaßen berücksichtigen soll. Zudem wird mehr interdisziplinäres Agieren und eine Zusammenarbeit mit anderen pädagogischen Zweigen, wie z. B. der feministischen Pädagogik gefordert (vgl. Yildiz 2011: 40 f.; Mecheril 2004/Auernheimer 1999, vgl. nach Yildiz 2011: 40 f.). So gibt es Vorschläge einer Neufassung „[...] des Begriffs der „Interkulturellen sozialen Arbeit“ [Hervorhebung im Original] hin zu einer „Sozialen Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ [Hervorhebung im Original] in der interkulturelle Arbeit [...] emanzipatorische Minderheitspädagogik und antidiskriminierende Soziale Arbeit stärker zusammenfließen“ (Yildiz 2011: 41).

Auch andere Kritiker fordern, aufgrund der inhaltlichen Überarbeitung, eine Verabschiedung der Bezeichnung *interkulturelle Beratung*. Stattdessen soll von *interkulturellen Dimensionen* der Beratung gesprochen werden oder zwischen den spezifischen Beratungen differenziert werden, wie z. B. der *Migrantinnenberatung* (vgl. Mecheril 2004: 297; Mecheril & Castro Varela 2000, vgl. nach Mecheril 2004: 297). Speziell auf ihre Entstehungsgeschichte soll folglich etwas näher eingegangen werden.

Die Entstehung von *Beratungsstellen für Migrantinnen* ist im Kontext der zweiten Frauenbewegung und der Anwerbung von Arbeitsmigrantinnen in den 60er Jahren zu betrachten. Durch den Anwerbestopp in den 70er Jahren und der Globalisierung des Arbeitsmarktes florierte die informelle Arbeitsvermittlung von Frauen in Bereiche der Sexbranche und in Privathaushalte. Geflüchteten und asylsuchenden Frauen wurde kein Schutz gewährt, da geschlechtsspezifische Fluchtgründe zu dieser Zeit weder Aufmerksamkeit noch Anerkennung fanden. In den 80er Jahren wurden Sextourismus und Heiratshandel als gesellschaftliches Problem wahrgenommen, sodass Terre des Hommes, als einer der ersten Organisationen, sich mit dem Thema Frauenhandel auseinandersetzte und durch Vernetzung mit anderen Organisationen konkrete Unterstützungsangebote für die betroffenen Frauen schaffte. Die Frauenprojekte wurden anfänglich nur kirchlich gefördert und bekamen ab 1986 staatliche Mittel. Schritt für Schritt wurden so Bereiche der Bildungs-, Lobby-, und Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut, vor allem aber die professionelle Beratungsarbeit und mit ihr Fachberatungsstellen. In den 90er Jahren stieg durch den Mauerfall und den Umbruch in Mittel- und Osteuropa und dem Ende der kommunistischen Herrschaftssysteme der Bedarf an Beratung, besonders im Bereich des Frauenhandels. Größere Institutionen, wie der Sozialdienst katholischer Frauen, die Caritas, die Arbeiterwohlfahrt und die Diakonie unterstützten nun die Frauenprojekte und halfen bestehende Angebote weiter auszubauen. Parallel dazu veränderte sich auch die Beratungspraxis für Migrantinnen und öffnete sich ihren spezifischen Themen und Problematiken. Dabei wurde Abstand genommen von einer bislang geltenden Opfersichtweise, wie sie in der Frauenbewegung deklariert und seit dem vertreten wurde, zugunsten eines Empowermentansatzes und der Hilfe zur Selbsthilfe (vgl. Duscha et al. 2005: 169-174).

Welche weiteren Ansätze aktuell in der Migrantinnenberatung verfolgt werden, soll folglich ausführlicher dargestellt werden.



### 3.4 Aktuelle Ansätze und Arbeitsprinzipien der Migrantinnenberatung

Eine wichtige Grundvoraussetzung ist die *interkulturelle Qualität* der Beratung, die *interkulturelle Kompetenzen* sowie eine *interkulturellen Öffnung* voraussetzt.

Neben allgemeinen Kompetenzen und Wissen über Beratungsmethoden und Gesprächsführung bedarf es weiterer spezifischer Kompetenzen, die als *interkulturelle Kompetenzen* bezeichnet werden. In der Literatur gibt es keine einheitliche Definition von interkulturellen Kompetenzen. Darla D. Deardorff beschreibt sie als „[...] die Kompetenz, auf Grundlage bestimmter Haltungen und Einstellungen sowie besonderer Handlungs- und Reflexionsfähigkeiten in interkulturellen Situationen effektiv und angemessen zu interagieren“ (Bertelsmann Stiftung 2006: 5). Nach ihr ist der Erwerb interkultureller Kompetenzen ein wechselseitiger Prozess zwischen Haltung und Handlung. Zunächst wird eine positive, unvoreingenommene und respektvolle Haltung erworben, die es stetig weiterzuentwickeln gilt. Damit einher geht die Fähigkeit der kulturellen Selbstreflexion und einer Sichtweise, die Kultur als etwas Dynamisches ansieht. Daraus wiederum entsteht Flexibilität, Empathie sowie Kommunikations- und Handlungsfähigkeit um in interkulturellen Situationen sinnvoll agieren zu können. Haltung und Handlung stehen also in einer dynamischen Interaktion aus der sich interkulturelle Kompetenzen entwickeln (vgl. Bertelsmann Stiftung 2006: 5-9).

Woraus nun konkret interkulturelle Kompetenzen weiter bestehen, wird ebenfalls in der Literatur vielfältig diskutiert und dargestellt. Dabei lassen sich interkulturelle Kompetenzen grob in kognitive Kompetenzen und Handlungskompetenzen unterteilen. Zu den kognitiven Kompetenzen gehören ein Wissensfundus über das Thema Migration sowie sprach-, landes- und kulturspezifische Kenntnisse. Zudem Bedarf es Wissen über kulturell geprägte Handlungs- und Denkmuster und die Auseinandersetzung mit den eigenen kulturellen Gegebenheiten. Weiter sind Kenntnisse über die rechtliche Situation von Migrantinnen, ihre psychosozialen Belastungen und Bewältigungsstrategien von Vorteil. Auch zählt hierzu die Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Rassismus. Handlungskompetenzen werden ein Leben lang durch soziale und berufliche Erfahrungen erworben. Zu ihnen zählen Kommunikationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Empathie, Stresstoleranz, Fähigkeit zur Rollendistanz und Ambiguitätstoleranz, etc.. Durch professionelle Reflektionsgespräche können diese Fähigkeiten zusätzlich eingeübt und vertieft werden (vgl. Pavkovic 2004: 307; Gaitanides 2004: 316 f.; Kalpaka et al. 2010: 78; vgl. Bertelsmann Stiftung 2006: 8 f.).

Darüber hinaus bedarf es der *interkulturellen Öffnung*, da interkulturelle Kompetenzen von einzelnen BeraterInnen allein nicht viel bewirken, wenn es die institutionellen und organisatorischen Bedingungen und Machtverhältnisse nicht zulassen (Eppenstein/Kiesel 2008, vgl. nach Kalpaka et al. 2010: 88). Auch hier werden in der Literatur verschiedene Aspekte zur interkulturellen Öffnung angeführt. Sie wird als Querschnittsaufgabe angesehen und orientiert „[...] sich weitgehend an den Maximen innovativer Sozialer Arbeit [...], die da lauten: Lebenswelt- bzw. Sozialraumorientierung, Individualisierung statt Typisierung, Ressourcenorientierung, Partizipation, Niedrigschwelligkeit, *Empowerment* [Hervorhebung im Original]“ (Gaitanides 2011: 204). Interkulturelle Öffnung bezieht sich auf den konkreten institutionellen Raum und bedeutet für eine Beratungseinrichtung, dass strukturelle Zugangsbarrieren abgebaut und niedrigschwellige Angebote gemacht werden, die zusätzlich durch eine Sozialraumnähe also durch eine gute Erreichbarkeit und auch durch Überschaubarkeit gekennzeichnet sind. Auch soll der Zugang durch Ehrenamtlerinnen und Multiplikatorinnen, die Übersetzer- und Vermittlerfunktionen einnehmen, erleichtert werden. Ziel ist eine gleichberechtigte Versorgung aller Migrantinnen und eine gleichberechtigte Teilhabe an den Angeboten. Dabei soll sich in der Ausgestaltung der Angebote an den Bedarfen der Ratsuchenden orientiert werden, unter Berücksichtigung von Sprache, Kultur und migrationsspezifischen Aspekten. Weiter soll eine Vernetzung mit Regeldiensten und Migrantinnenorganisationen zur sinnvollen Weitervermittlung und zum Empowerment durch soziale Netzwerke beitragen (vgl. Pavkovic 2004: 305 f.; Gaitanides 2004: 315 f.; Gaitanides 2011: 207 f.).

Zudem soll sich eine interkulturelle und antidiskriminierende Ausrichtung in u. a. *Konzepten, Leitbildern und in der Personalpolitik* widerspiegeln. Allen Mitarbeiterinnen soll eine Gleichbehandlung und gleiche Aufstiegschancen zuteil werden unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Genauso soll den Mitarbeiterinnen eine Qualifizierung in interkulturellen Kompetenzen durch Fort- und Weiterbildungen ermöglicht werden. Dies schließt auch Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund ein, da interkulturelle Kompetenzen, anders als Sprach- oder Kulturkenntnisse nicht automatisch vorhanden sind, sondern wie bereits erwähnt durch Wissenserwerb und Reflexionsgespräche gewonnen werden. Daher sollen auch Reflexionsgespräche, in denen die eigene Haltung, Werte, Befangenheit und Vorurteile hinterfragt werden, von allen in Anspruch genommen werden können (vgl. Kalpaka et al. 2010: 90; Gaitanides 2011: 209).

Auch innerhalb der *interkulturellen Teamarbeit* sollen machtfreie Strukturen herrschen die Gleichberechtigung, Solidarität und ein partnerschaftliches Arbeiten fördern. Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen sollte als Bereicherung gesehen werden um

durch unterschiedliche Sichtweisen gemeinsam effiziente Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Durch gemeinsame Fallbesprechungen- und Intervisionen von deutschen Kolleginnen und Kolleginnen mit Migrationshintergrund und der daraus entstehenden Dynamik kann zudem voneinander gelernt und eine gemeinsame Weiterentwicklung angestrebt werden. Auch werden in interkulturellen Teams die eigenen kulturellen Gewohnheiten aber auch die der Organisation intensiver reflektiert. Zudem haben Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund oftmals, aufgrund gemeinsamer Sprache und Migrationsgeschichte, einen Vertrauensvorsprung bei den Ratsuchenden, wovon die Kolleginnen bzw. die Institutionen profitieren können (vgl. Gaitanides 2011: 205, 209; Pavkovic 2004: 308, 310; Besamusca-Janssen & Scheve 1999, vgl. nach Gaitanides 2004: 322).

Oftmals besteht ein Machtgefälle zwischen Beraterin und Klientin aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und Wissen über die eigenen Rechte seitens der Betroffenen. Wichtig ist hier die *Machtbeziehung* bzw. das *Machtgefälle des Beratungsverhältnisses* zu reflektieren damit Selbsthilfepotenziale nicht durch eine Bevormundung und ein Abhängigkeitsverhältnis blockiert werden. Es sollte nach dem Empowerment- und dem ressourcenorientierten Ansatz gehandelt werden (vgl. Gaitanides 2004: 321 f.).

Gerade die *Ressourcenorientierung* spielt im Hinblick auf die Beratung von Migrantinnen eine große Rolle. Es soll davon abgesehen werden die Frau immer nur als Opfer patriarchalischer Strukturen wahrzunehmen und stattdessen gemeinsam mit ihr im Beratungsprozess ihre Selbsthilfepotenziale entdeckt werden. Zum einen spielen personale Ressourcen aus dem sozialen Umfeld eine wichtige Rolle, aber auch die eigenen Handlungskompetenzen. Letztere sind bei Migrantinnen durch den Wechsel des sozialen und kulturellen Umfeldes oftmals viel besser ausgeprägt, wie z. B. Flexibilität, Rollendistanz und Empathie (vgl. Gaitanides 2004: 319 f.).

Eine Beratungsstelle, die versucht obig genannten Aspekten in die Praxis umzusetzen ist agisra e. V..

### **3.5. agisra e. V.: Beispiel einer feministischen Beratungsstelle für Migrantinnen**

agisra e. V., *Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung*, ist eine autonome und feministische Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen, die zunächst 1983 in Frankfurt a. M. und später 1993 in Köln gegründet wurde. Der Verein arbeitet parteiisch für Frauen und Mädchen und informiert und berät diese über ihre Rechte und Möglichkeiten in Deutschland. agisra e. V. leistet

Unterstützung für Frauen, die sich in Gewaltverhältnissen befinden und von verschiedensten Unterdrückungsformen, wie Rassismus, Sexismus oder Klassismus betroffen sind. Dabei hat sich agisra e. V. auf Themen spezialisiert von denen überwiegend Migrantinnen betroffen sind, wie häusliche und sexuelle Gewalt, Zwangsheirat, Genitalbeschneidung und Frauenhandel.

Ziele von agisra e. V. sind die Bekämpfung jeglicher Art von Diskriminierung, die Einhaltung von Menschenrechten für Migrantinnen sowie deren Gleichstellung in der Gesellschaft auf sozialer und rechtlicher Ebene. Die Unterstützungsangebote sind unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, Sprache, Religion, Alter, sexueller Orientierung und Aufenthaltsstatus. Die Beratung ist anonym und kostenlos und findet ausschließlich auf Wunsch der Frau statt.

Das Team von agisra e. V. besteht aus qualifizierten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, die überwiegend selbst einen Migrationshintergrund und selbst Erfahrungen mit unterschiedlichen Diskriminierungsformen gemacht haben.

Mit ihrem Beratungskonzept verfolgen sie lösungs- und ressourcenorientierte, feministische, migrationsspezifische, antirassistische und transkulturelle Beratungsansätze, die unter stetigen Reflexionsprozessen weiterentwickelt werden. Zudem umfasst das Tätigkeitsfeld von agisra e. V. Informations- und Bildungsarbeit in Form von Vorträgen, Seminaren, Fortbildungen und Workshops zu frauen- und migrationsspezifischen Themen. agisra e. V. leistet zusätzlich politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, mischt sich aktiv in die Innenpolitik ein und gestaltet so politische Entscheidungen mit.

Als eine Migrantinnenorganisation unterstützt und fördert agisra e. V. die Selbstorganisation von Migrantinnen, damit diese stärker ihre Interessen in der Gesellschaft vertreten und eigenst Forderungen an die Politik stellen. Neben der kommunalen, landes- und bundesweiten Vernetzung mit anderen Organisationen, ist agisra e. V. Mitglied im Paritätischen, im Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess (KOK) sowie der Plattform for International Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM) (vgl. agisra e. V. 2014; agisra e. V. o. J.a-f).

Wie sie ihre Arbeit konkret in der Praxis umsetzen, damit Migrantinnen eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland haben und ihnen damit Menschenrechte zuteil werden, wird folglich durch eine eigenst durchgeführte empirische Studie näher beleuchtet.

## 4. Eigene empirische Untersuchung

### 4.1 Forschungshypothese und methodische Umsetzung

Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung ist die eingangs in dieser Arbeit erwähnte Annahme, dass es eine feministische Beratung speziell für Migrantinnen geben muss, da diese spezifische Problematiken haben. Zudem erfahren sie Benachteiligung auf allen Ebenen in Deutschland. In Kapitel 2.4 dieser Arbeit wurden die benachteiligenden Lebensverhältnisse der Migrantinnen näher beschrieben. Folglich soll nun durch Interviews mit den Beraterinnen verdeutlicht werden wie sich eine feministische Beratungsarbeit für Migrantinnen unter Betrachtung verschiedener Aspekte gestaltet.

#### 4.1.1 Expertinneninterviews

Zur Überprüfung der Hypothese wurde die qualitative Forschungsrichtung gewählt und empirische Daten mit der Methode der theoriegenerierenden Expertinneninterviews erhoben. Da nur Beraterinnen interviewt wurden ist die Rede von Expertinnen bzw. Expertinneninterviews, mit Ausnahme von Zitaten.

In theoriegenerierenden Experteninterviews steht die „subjektive Dimension“ [Hervorhebung im Original] des Expertenwissens im Mittelpunkt [...]. Mit anderen Worten: Hier zielt unsere Erhebung auf das Deutungswissen der Befragten. Dieses Wissen muss nicht vollständig reflexiv verfügbar sein, auch implizites Wissen ist relevant. Es bedarf daher eines systematischen Interpretations- oder Rekonstruktionsprozesses in der Auswertung des Materials. (Bogner et al. 2014: 25)

Die Expertin von agisra e. V. wird demnach als Vertreterin einer bestimmten Gruppe angesprochen, die die Interviewerin nicht nur mit ihrem Fachwissen bereichert, sondern auch mit Wissen, das für den professionellen Handlungsrahmen relevant ist. Dazu zählen auch persönliche Erfahrungen, Weisheiten oder Dinge aus dem Privatleben. Theoriegenerierende Expertinneninterviews gehören zu den qualitativen Methoden, da hier in Auseinandersetzung und Analyse mit dem empirischen Material neue Erkenntnisse gewonnen und Theorien entwickelt werden sollen. Dabei ist der Gesprächsleitfaden bei dieser Art von Interview offen gestaltet, unterliegt aber trotzdem einer thematischen Strukturierung an dem die Interviewerin sich orientieren kann.

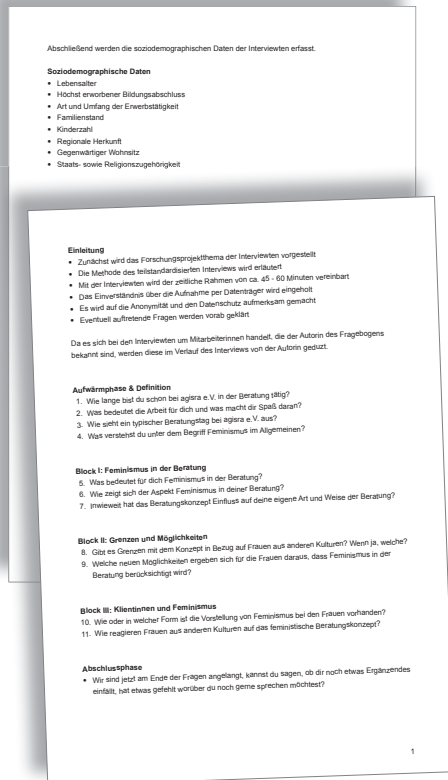


Abbildung 1: Interviewleitfaden  
Quelle: Eigene Darstellung

Der Leitfaden besteht aus einer Aufwärmphase, drei Themenblöcken mit Hauptfragen und einer Schlussphase. Die Aufwärm- und Definitionsphase enthält Fragen zur Berufstätigkeit und zum Verständnis von Feminismus. Vor allem diente sie aber dazu durch allgemeine Fragen die Kommunikation anzuregen. Der erste Themenblock fragt nach der Bedeutung einer feministischen Beratung und wie diese umgesetzt wird unter Berücksichtigung des Beratungskonzeptes. Im Themenblock zwei wird nach Schwierigkeiten und Möglichkeiten in der Beratung gefragt. Themenblock drei bezieht sich auf die Klientinnen, wie diese eine feministische Beratung annehmen. Zum Abschluss folgt eine offene, erzählungsgenerierende Frage für weitere Ergänzungen, Anmerkungen oder Kritik. Der beschriebene Leitfaden wird in Abbildung 2 dargestellt und ist Anhang 1 dieser Arbeit.

### 4.1.3 Auswahl der Expertinnen

Die Auswahl der Stichprobe fand nach dem Prinzip des theoretical sampling statt. Dieses ist ein etabliertes Auswahlverfahren der qualitativen Sozialforschung und „[...] vor allem für theoriegenerierende Expertinneninterviews bedeutsam“, da es auf die theoriegenerierende Datensammlung abzielt (Bogner et al. 2014: 37). „[...] die Bildung der Stichprobe [erfolgt] [...] gezielt nach spezifischen Kriterien [...]“ (Hitzler 2000, zitiert nach Schaffer 2014: 122).

### 4.1.2 Entwicklung des Leitfadens

Zur Vorbereitung und Durchführung der Expertinneninterviews wurde ein Leitfaden entwickelt. „Solche Leitfäden haben eine doppelte Funktion: Sie dienen der Strukturierung des Themenfeldes der Untersuchung sowie als konkretes Hilfsmittel in der Erhebungssituation“ (Bogner et al. 2014: 27). Es geht darum durch die Leitfadenfragen „[...] Gesprächssituationen herzustellen, [...] Schilderungen und Erzählungen von Expertinnen [hervorzurufen], in denen sie Informationen preisgeben oder deutungs-basierte Aussagen und Bewertungen treffen, und zwar fokussiert auf definierte Themen, wie sie für die Forschungsfragestellung relevant sind“ (Bogner et al. 2014: 33).



Bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen von agisra e. V. waren die Kriterien, eine unterschiedliche Nationalität bzw. ein unterschiedlicher Migrationshintergrund der Beraterinnen, ein unterschiedliches Alter und Bildung sowie eine unterschiedlich lange Zugehörigkeit zur Beratungsstelle. „Beim theoretischen Sampling geht es [...] um das Erfassen aller empirischen Varianten und Ausprägungen eines bestimmten Phänomens“ (Bogner et al. 2014: 37). Da es in qualitativen Interviews also primär um Einzelfallverstehen und nicht um die Überprüfung einer Forschungsfrage geht, wurde eine kleine Stichprobe gezogen. Insgesamt wurden acht Beraterinnen von agisra e. V. befragt. Die Stichprobe bestand nur aus Beraterinnen, da bei agisra e. V. ausschließlich weibliche Personen arbeiten.

Im Folgenden wird eine kurze Vorstellung der interviewten Beraterinnen gegeben:

Beraterin I ist Diplom Sozialarbeiterin und seit 7 Jahren bei agisra e. V. in der Beratung tätig. Zusätzlich leistet sie, im Rahmen von agisra e. V., ehrenamtliche Arbeit. Sie ist 41 Jahre alt, geschieden und hat keine Kinder. Sie ist in Bulgarien geboren und aufgewachsen und lebt seit 1998 in Deutschland. Ihr aktueller Wohnsitz ist in Köln. Sie wurde als Kind orthodox getauft, gibt aber an keiner Religion anzugehören. Sie stimmte einem persönlichen Interview am 08.11.2016 zu.

Beraterin II hat einen Masterabschluss in Pädagogik und ist seit 1993, seit der Gründung von agisra e. V. in Köln, dort tätig. Sie gehört zum Leitungsteam von agisra e. V. und ist zusätzlich im Vorstand von PICUM. Sie ist 60 Jahre alt, geschieden und hat zwei erwachsene Kinder. Sie stammt aus dem Iran und lebt gegenwärtig in Köln. Sie besitzt die iranische und deutsche Staatsbürgerschaft und gehört keiner Religion an. Sie erklärte sich am 15.11.2016 für ein persönliches Interview bereit.

Beraterin III ist Diplom Pädagogin und seit über 10 Jahren für agisra e. V. in der Beratung und auch ehrenamtlich tätig. Sie ist 58 Jahre alt und alleinerziehende Mutter von zwei bereits erwachsenen Kindern. Sie ist in Eritrea geboren und dort koptisch-orthodox getauft worden. Sie besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft und wohnt aktuell in Köln. Das Interview fand am 24.11.2016 statt.

Beraterin IV ist Diplom Psychologin, Systemische Beraterin und Gesprächstherapeutin. Sie gehört seit einem Jahr zum Beratungsteam von agisra e. V. Sie ist 42 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Sie besitzt die slowenische Staatsangehörigkeit, ist katholisch und lebt in Köln. Sie stimmte einem persönlichen Interview am 29.11.2016 zu.



Beraterin V ist Diplom Erziehungswissenschaftlerin und war zum Zeitpunkt des Interviews seit siebeneinhalb Monaten für agisra tätig. Sie ist 32 Jahre alt, ledig und hat keine Kinder. Sie hat einen libanesischen Migrationshintergrund und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie gehört keiner Religion an. Ihr aktueller Wohnsitz ist Köln. Das Interview fand am 03.01.2017 statt.

Beraterin VI ist Diplom Pädagogin und arbeitet seit 10 Jahren bei agisra e. V. in der Beratung. Sie ist 42 Jahre alt und alleinerziehende Mutter einer 8-jährigen Tochter. Sie hat die deutsche Staatsangehörigkeit, lebt in Köln und ist Atheistin. Sie erklärte sich am 26.01.2017 für ein persönliches Interview bereit.

Beraterin VII ist Sozialpädagogin, Motopädin und Wendotrainerin. Sie hat fünf Jahre ehrenamtlich für die Beratungsstelle gearbeitet und ist seit 10 Jahren hauptamtliche Beraterin. Sie ist 60 Jahre alt, geschieden und hat einen Sohn. Sie stammt aus dem Iran, gehört keiner Religion an und wohnt gegenwärtig in Köln. Das Interview fand am 02.02.2017 statt.

Beraterin VIII ist Sozialarbeiterin B.A. und gehört seit Januar 2017 zum Team von agisra e. V. Sie ist 33 Jahre alt, ledig und hat keine Kinder. Sie hat einen marokkanischen Migrationshintergrund, besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit und wohnt in Köln. Sie hat keine Religionszugehörigkeit. Sie wurde am 06.02.2017 interviewt.

#### **4.1.4. Durchführung der Expertinneninterviews**

Nachdem der Interviewleitfaden erstellt und Termine mit den Beraterinnen für ein Interview vereinbart wurden, erfolgten die Interviews mit den in 4.1.3 vorgestellten Personen. Die Interviews wurden im Zeitraum vom 08. November 2016 bis zum 06. Februar 2017 durchgeführt.

Zu Beginn der Interviews wurden die Absichten und Ziele der Forschungsarbeit erläutert und kurz auf die einzelnen Themenblöcke des Interviewleitfadens eingegangen. So konnten eventuell auftauchende Fragen vorab geklärt werden. Es wurde ein zeitlicher Rahmen von 45-60 Minuten für das Interview vereinbart. Des Weiteren wurde die schriftliche Erlaubnis zur Aufzeichnung des Interviews als Audiodatei eingeholt und die Erlaubnis zur Nutzung aller aus den Interviews entstandenen Dokumenten. Den Interviewpartnerinnen wurde zudem versichert, dass die Aufzeichnungen ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken, in anonymisierter Form, verwendet werden. Die Interview-Vereinbarung ist Anhang 2 dieser Arbeit.

Alle acht Interviews erfolgten in Form von persönlichen Face-to-Face-Interviews. Diese gehören zu den „[...] qualitativen Befragungsmethoden“ und werden dann eingesetzt wenn das „[...] Erkenntnisinteresse [...] auf den Nachvollzug des subjektiven Sinns [...] des Untersuchten gerichtet [ist]“ und immer dann wenn über ein Forschungsfeld noch nicht viel bekannt ist (Steinert 2000, zitiert nach Schaffer 2014: 121).

Die Interviews fanden in der Räumlichkeit der Beratungsstelle statt und dauerten zwischen 18:08 und 46:21 Minuten. Es ist zu erwähnen, dass „[...] in qualitativen Interviews nicht in allen Gesprächen absolut identische Fragen gestellt werden [müssen], um eine Vergleichbarkeit zwischen den Interviews herzustellen“ (Bogner et al. 2014: 28). Vielmehr kam es darauf an, einen Redefluss bei den Befragten zu den relevanten Forschungsfragen zu erzeugen. So variierten die Formulierungen individuell je nach Gesprächspartnerin und Gesprächssituation. Zudem dient bei „[...] der Erhebung [...] der Leitfaden in erster Linie als Gedächtnisstütze, nicht als „Redeskript“ [Hervorhebung im Original], von dem der Interviewer eine Frage nach der anderen abliest“ (Bogner et al. 2014: 28).

Häufig ergaben sich aus dem Gespräch auch bereits Antworten zu anderen Fragen. Daher war es wichtig flexibel in der Reihenfolge der Fragen auf die Interviewte zu reagieren. Auch ergaben sich im Gesprächsverlauf zum Teil verbundene Themen, die nicht im Interviewleitfaden gelistet waren, aber für den Anlass und die spätere Auswertung von Bedeutung sein konnten. Zum Abschluss des jeweiligen Interviews wurde Raum für weitere Ergänzungen, Fragen oder Kritik gegeben. Es folgte die Erfassung der soziodemografischen Daten der Befragten um zu schauen ob diese zusätzliche Zusammenhänge und Erklärungen bei der späteren Analyse der Interviews liefern würden.

Eine Übersicht aller Interviews ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	<b>Beratungsstelle</b>	<b>Datum</b>	<b>Ort</b>	<b>Dauer</b>
<b>Beraterin I</b>	agisra e. V.	08.11.2016	Köln	46:21 min.
<b>Beraterin II</b>	agisra e. V.	15.11.2016	Köln	18:08 min.
<b>Beraterin III</b>	agisra e. V.	24.11.2016	Köln	40:01 min.
<b>Beraterin IV</b>	agisra e. V.	29.11.2016	Köln	18:37 min.
<b>Beraterin V</b>	agisra e. V.	03.01.2017	Köln	25:20 min.
<b>Beraterin VI</b>	agisra e. V.	26.01.2017	Köln	16:49 min.
<b>Beraterin VII</b>	agisra e. V.	02.02.2017	Köln	24:24 min
<b>Beraterin VIII</b>	agisra e. V.	06.02.2017	Köln	22:58 min

Tabelle 3: Übersicht der Expertinneninterviews

## 4.2 Dokumentation und Auswertungsergebnisse der Expertinneninterviews

Für die Auswertung der Interviews wurden die Audiodateien zunächst mit Hilfe des Programms ExpressScribe transkribiert. Mit dieser Software konnte die Abspielgeschwindigkeit über die Tastatur des Computers gesteuert und die Audiodatei gestoppt sowie vor- und zurückgespult werden. Transkribiert wurde nach dem System von Kuckartz et al., welches sich gut für die Auswertungsmethode nach Mayring eignet, da sich diese eher auf den Inhalt und nicht so sehr auf die Art des Sprechens konzentriert.

Transkriptionen im Rahmen von Evaluation sollen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und benötigen daher ein festes Regelsystem. Dieses richtet sich nach den jeweiligen Absichten und den dafür notwendigen Daten. (Kuckartz et al. 2008: 27)

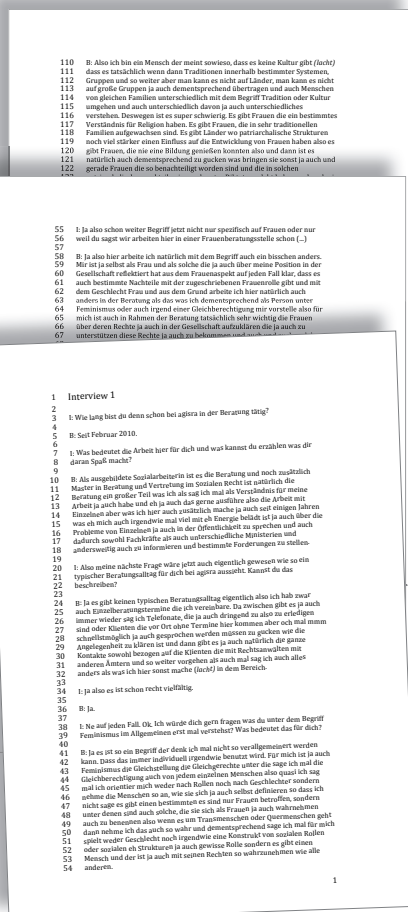


Abbildung 2:  
Beispielseiten eines Transkripts  
Quelle: Eigene Darstellung

So wurde wörtlich transkribiert, also nicht lautsprachlich und vorhandene Dialekte wurden nicht berücksichtigt. „[...] Sprache und Interpunktion [wurde] leicht geglättet, d. h. an das Schriftdeutsch angenähert“ (Kuckartz et al. 2008: 27). So wurde, z. B. aus „da gibt’s“ → „da gibt es“. Alle Angaben, durch die Rückschlüsse auf die befragte Person entstehen konnten, wurden anonymisiert. Wenn es deutlich längere Sprechpausen gab, wurden diese durch Auslassungspunkte dargestellt. Lautäußerungen der Interviewerin wie, z. B. eh, mhm, aha etc. wurden nicht mittranskribiert. Lautäußerungen seitens der Befragten, die ihre Aussagen betonten, wie z. B. ein Lachen, wurden in Klammern festgehalten. Die Interviewerin wurde durch ein *I*, die Befragte durch ein *B* gekennzeichnet. Die Sprachwechsel wurden durch eine Leerzeile verdeutlicht. Die fertigen Transkripte wurden formatiert, d. h. die Kopfzeile wurde mit der jeweiligen Interviewnummer und die Fußzeile mit Seitenzahlen versehen. Am linken Rand wurde eine Zeilennummerierung eingefügt um in der späteren Auswertungsphase die codierten Textstellen bzw. Ankerbeispiele wiederzufinden und Angaben zu den Zitaten geben zu können. Die Transkripte befinden sich als Anhang dieser Arbeit auf der mitangehängten CD.

Das nun vorhandene Material wurde mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Dabei ist das „[...] Anliegen dieser Arbeit [...], eine Methodik systematischer Interpretation zu entwickeln, [...], die die Inhaltsanalyse durch Analyseschritte und Analyseregeln systematisiert und überprüfbar macht“ (Mayring 2015: 50). Das heißt die Analyse und Interpretation erfolgt nach dieser Methode schrittweise, methodisch kontrolliert und regelgeleitet, sodass der gesamte Prozess nachvollziehbar ist.

Zunächst wurde sich ein Überblick über das vorhandene Datenmaterial verschafft und alle Interviews aufmerksam durchgelesen. Dabei wurden interessante Aussagen und sich wiederholende Begrifflichkeiten farbig markiert und Ideen notiert.

Im nächsten Schritt wurde ein Kategoriensystem entwickelt um Informationen für die Beantwortung der Forschungsfrage herauszufiltern. „Das Kategoriensystem stellt das zentrale Instrument der Analyse dar. Auch sie ermöglichen das Nachvollziehen der Analyse für andere, die intersubjektivität des Vorgehens“ (Mayring 2015: 51). Es entstanden sechs Oberkategorien mit teilweise dazugehörigen Unterkategorien. Die Oberkategorien ergaben sich, bis auf eine, deduktiv aus dem bestehenden Leitfaden und beschreiben einen Hauptaspekt. Die Unterkategorien wiederum wurden induktiv aus dem vorhandenen Material gewonnen und gliedern den Hauptaspekt in weitere Teilaspekte. Jede Kategorie bekam eine genaue Bezeichnung und anhand von Codierregeln wurde festgelegt, welche Textstellen der jeweiligen Kategorie zugeordnet werden durften. Die Codierregeln halfen des weiteren dabei die einzelnen Kategorien trennscharf zu halten und erleichterten das Zuordnen von Textstellen. Es ergab sich jedoch die Schwierigkeit, dass einige Aussagen nicht immer eindeutig und ausschließlich einer Unterkategorie zugeordnet werden konnten, da diese mehrere Themenaspekte beinhalteten. So ergab es sich, dass einige Aussagen mehreren Unterkategorien zugeordnet worden.

Die Interviews wurden nun anhand des Kategoriensystems noch einmal durchgearbeitet, relevante Textstellen den Kategorien zugeordnet und für die jeweilige Kategorie Ankerbeispiele, also passende Zitate herausgeschrieben. Zum Schluss wurden die Aussagen der Beraterinnen paraphrasiert, d. h. zu Kernaussagen zusammengefasst. Das gesamte Kategoriensystem mit Ankerbeispielen der Interviews 1-4 und eine Tabelle mit weiteren Ankerbeispielen der Interviews 5-8 befindet sich als Anhang 11 und 12 auf der beigelegten CD.

Im Folgenden werden nun die Ober- bzw. Unterkategorien mit ihren Codierregeln zusammengefasst vorgestellt und anhand dazugehöriger Ankerbeispiele exemplarisch veranschaulicht. Dabei wurde versucht Aussagen aus allen Interviews zu berücksichtigen.

### 4.2.1 OK I: Bedeutung des Begriffs Feminismus

Die Oberkategorie I ergab sich aus der Aufwärmphase des Leitfadens, in der nach dem allgemeinen Verständnis des Begriffs Feminismus gefragt wurde. Nach ihrer Codierregel umfasst sie alle Aussagen der Beraterinnen über ihr individuelles Verständnis darüber was der Begriff Feminismus für sie bedeutet.

Nach Aussagen der Beraterinnen unterliegt der Begriff Feminismus einem gesellschaftlichen und zeitlichen Wandel. Feministische Bewegungen können zu jeder Zeit, an jedem Ort statt finden, mit immer unterschiedlichen Anliegen und Zielen. Dabei haben sich in der Vergangenheit Frauen auch sehr radikal für die Rechte von Frauen eingesetzt.

Also Feminismus ändert sich seit den 70er Jahren, ist immer ein Prozess und vielleicht versteht die ältere Generation unter Feminismus nicht mehr, was wir als junge Leute verstehen [...]. (Beraterin IV, Z. 49-51, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6)

[...] geprägt durch patriarchalische Dominanz, auch in Deutschland, es hat viele Veränderungen gegeben seit den 60ern, 70ern oder auch der ersten Frauenbewegung und des zwanzigsten Jahrhunderts [...]. (Beraterin VI, Z. 30-33, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

[...] eigentlich in jeglicher Lebenslage und Phase und Zeit irgendwie kann Feminismus eine Rolle spielen so. (Beraterin V, Z. 99-100, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] ich bin Anfang der Achtziger hierher gekommen und [...] es gab auch Frauenbewegungen [...] aus Eritrea [...]. Wir haben auch Frauenorganisationen gehabt und ich war ja eine von denen, die Aktivistinnen waren in der Zeit. [...] Viele Feministinnen waren sehr radikal. Sie waren immer gegen Männer [...] mit diesem *down your bell*, was sie gesagt haben. (Beraterin III, Z. 461-468, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Der Begriff wird von den Beraterinnen vielfältig verstanden und umfasst mehrere Aspekte. Für einige Beraterinnen bezieht er sich zunächst auf die Frau und bedeutet die Emanzipation der Frau und ein Wissen darüber welche Rechte einer Frau in der Gesellschaft zustehen, damit diese selbstbewusst eingefordert werden können, denn oftmals werden Frauen in der Gesellschaft auf mehreren Ebenen benachteiligt.

Ich finde Feminismus hat auch ganz viele Gesichter. (Beraterin VIII, Z. 331, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

Also nach meiner Meinung leben wir in einer Gesellschaft, wo Frauen benachteiligt sind in allen Bereichen, gesellschaftlich und sozial und politisch [...]. (Beraterin IV, Z. 45-46, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6)

Es geht nur um Frauenrechte. Ja um Frausein, dass ich als Frau auch Mensch bin und gleichberechtigt bin wie der Mann [...]. (Beraterin III, Z. 454-455, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Feminismus allgemein heißt für die Rechte der Frauen sich einsetzen und das heißt Emanzipation der Frau zu unterstützen und das heißt für mich, dass die Frauen auch in ihrem Leben keine Diskriminierung und Benachteiligung erleben müssen [...]. (Beraterin II, Z. 34-37, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

Damit Frauen ihre Rechte wahrnehmen können muss eine Auseinandersetzung mit patriarchalischen Werten stattfinden und eine Solidarisierung unter Frauen.

Feminismus ist für mich Auseinandersetzung mit patriarchalischen Werten. Genug stark zu sein sich auseinanderzusetzen mit diesen Werten und daraus dann kann man auch sich durchsetzen in dieser Gesellschaft. Erst einmal ihre Rechte wahrnehmen und dann durchsetzen als Mensch als Frau ja. (Beraterin VII, Z. 28-31, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

Solidarität unter Frauen unter Frauen selbst. [...] das ist ein sehr wichtiger Aspekt. (Beraterin VII, Z. 311-315, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

Andere Beraterinnen gaben an, dass sich für sie Feminismus auf alle Geschlechter bezieht. Er bedeutet die Gleichstellung, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung jedes einzelnen Menschen und ein Recht auf freie Entfaltung, unabhängig von Geschlecht, sozialen Rollenkonstrukten und Strukturen. Es geht um Menschen- und Frauenrechte.

Für mich ist ja auch Feminismus die Gleichstellung [...] die Gleichberechtigung auch von jedem einzelnen Menschen [...]. (Beraterin I, Z. 42-44, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] für mich spielt weder Geschlecht, noch irgendwie ein Konstrukt von sozialen Rollen oder sozialen Strukturen ja auch eine gewissen Rolle, sondern es gibt einen Mensch und der ist ja auch mit seinen Rechten so wahrzunehmen wie alle anderen. (Beraterin I, Z. 50-54, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] feministische Bewegung oder feministische Ideologie heißt, es geht nur um Frauenrechte, es geht nur um Menschenrechte. Wenn wir für Menschenrechte kämpfen, dann für alle Menschen, nicht nur für die Väter. Ja für die Frau, für den Mann, für die Tochter und für den Sohn. (Beraterin III, Z. 456-459, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] möglichst freie Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, eben von Frauen aber, ich sage jetzt mal Frauen Sternchen [...] auch von ... ja Transpersonen, Queerpersonen, Intersexpersonen aber [...] bedeutet es für mich auch [...] die möglichst freie Entfaltung für alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht [...]. (Beraterin V, Z. 88-93, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

Es geht darum sich für die Belange und Rechte anderer einzusetzen, sich gegen Diskriminierung und Benachteiligung zu positionieren und eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Gesetze herbeizuführen.

[...] Kampf gegen diese Diskriminierung und dann einfach unterstützen, dass diese Gesellschaftsstrukturen verändert werden. (Beraterin II, Z. 37-38, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

Dabei impliziert Feminismus eine politische, selbstreflektierte Haltung, die jeder einnehmen kann. Frauen wie Männer werden gleichermaßen durch Rollenzuschreibungen eingeengt und sollen gesellschaftliche Konstrukte wie Geschlechterdualität und Geschlechterrollen hinterfragen und aufbrechen. Feminismus kann also von Frauen und Männern betrieben werden. Die Beraterinnen nannten dazu explizite Beispiel aus der Praxis wie Diskussionsabende unter türkischen Männern, die durch ein Projekt in Berlin initiiert werden. Das Ankerbeispiel kann aufgrund seiner Länge hier nicht vollständig abgebildet, jedoch im Anhang nachgelesen werden.

[...] Feminismus ist irgendwie für mich ne bestimmte politische Haltung ... oder ne feministische Haltung irgendwie also das kann jede Person irgendwie einnehmen, die das halt irgendwie möchte und dazu bereit ist sich selbst zu reflektieren [...]. (Beraterin V, Z. 84-87, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] diese Geschlechterrollen, die es [...] gibt und diese Zuschreibungen, gesellschaftlichen Strukturen, ja die schränken Frauen [...] auf eine bestimmte Art und Weise ein aber ich finde, die schränken halt alle anderen Geschlechter auch ein [...]. (Beraterin V, Z. 94-97, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] aber dennoch ist es so, dass wir in dieser Geschlechterdualität leben und diese Geschlechterdualität ist für mich ein Konstrukt, ein menschliches Konstrukt und ich find es total wichtig da immer wieder zu hinterfragen wofür brauchen wir das, wofür dient das? [...] plus diese Rollenzuschreibung, die es in diesem dualistischem System gibt wie das Schwache, das Starke [...]. (Beraterin VI, Z. 33-38, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

[...] in Berlin halt, in Neukölln so Männergruppen gibt. [...] und ich finde, da wird auch [...] Feminismus betrieben [...]. (Beraterin VIII, Z. 332-344, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)<sup>1</sup>

Die Beraterinnen gaben auch an, dass der Begriff Feminismus mit Vorurteilen behaftet ist. Feminismus wird als überholt und antiquiert angesehen, was sogar in den Medien parodiert wird.

<sup>1</sup> Weiter nachzulesen im Anhang 12 Tabelle mit Ankerbeispielen der Interviews 5-8 (siehe beiliegende CD)



In vielen Köpfen der Gesellschaft ist das Bild Frauen gegen Männer verankert. So kommt es auch vor, dass die Ehemänner der ratsuchenden Frauen denken, dass die Beraterinnen gegen Männer sind und hier erst einmal Aufklärung geleistet werden muss. Die Beraterinnen sind nicht gegen Männer, positionieren sich aber gegen patriarchalische Werte, unabhängig davon wer sie vertritt. Ziel ist nicht ein Gegeneinander der Geschlechter, sondern ein Miteinander und der gemeinsame Einsatz gegen Unrecht und Ungleichheit.

Carolyn Kebekus, habe ich letztens [...] gehört von ihr. Sie sei Feministin und obwohl sich der Begriff ja mittlerweile nach unrasiert und ungebumst anhört. (Beraterin VIII, Z. 36-38, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

[...] eine Zeit lang fand ich das auch immer sehr schwierig, mich als Feministin zu bezeichnen weil ich auch dachte der Begriff ist überholt aber eigentlich ist es quatsch halt, also nur weil das in vielen Köpfen der Menschen irgendwie ja eine falsche Assoziation weckt, [...] Das ist auch nicht ein gegen die Männer, sondern es kann auch ein miteinander sein und ja das ist es. (Beraterin VIII, Z. 44-50, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

Ja weil er weiß auch, dass die Frauen hier sehr feministisch sind und gegen Männer sind. Dann muss ich in dieser Situation nochmal sprechen und erzählen, dass wir überhaupt nicht gegen Männer sind. (Beraterin VII, Z. 208-210, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

Wir sind gegen diese Werte, ist egal ob ein Mann diese in der Gesellschaft präsentiert oder eine Frau [...]. (Beraterin VII, Z. 211-212, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

#### **4.2.2 OK II: Feministische Arbeit**

Die Oberkategorie II bezieht sich auf die Umsetzung einer feministischen Beratung und gliedert sich in drei Unterkategorien. Es wird die Haltung der Beraterinnen verdeutlicht, praktische Aspekte in der Beratung und die Umsetzung auf politischer Ebene. Die Oberkategorie wurde aus dem Leitfaden, die drei Unterkategorien aus dem Interviewmaterial abgeleitet.

##### **UK II.I: Haltung der Beraterin**

Dieser Unterkategorie wurden alle Aussagen der Beraterinnen über ihre eigene Haltung, Position und Rolle in der Beratung zugeordnet.

Die Beraterinnen gaben an, dass sie zunächst ihre eigene Rolle als Frau reflektiert haben, Probleme innerhalb der Familie, Gesellschaft etc. kennen und so aus Perspektive einer Frau andere Frauen adäquat unterstützen und beraten können. Dabei spielt

Offenheit, Parteilichkeit und Wertneutralität eine wichtige Rolle. Dies bedeutet, die Hilfe individuell dort anzusetzen, wo die Frauen sie benötigen, sie ernst zu nehmen und ihren subjektiven Schilderungen Glauben zu schenken. Zudem sollten Handlungen oder die Vergangenheit einer Frau nicht bewertet oder kritisiert werden und nicht versucht werden ihr eine Meinung aufzuzwingen oder sie zu bevormunden.

[...] als Frau, die ja auch über meine Position in der Gesellschaft reflektiert hat, aus dem Frauenaspekt [...]. (Beraterin I, Z. 62-63, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] vor allem auch parteiisch mit denen ja auch zu sein, das heißt, dass was mir erzählt wird nicht in Frage gestellt wird und auch nicht interpretiert wird, sondern auch so wahrgenommen wird wie in deren Erlebnis [...]. (Beraterin I, Z. 71-74, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] Offenheit sehr wichtig ist und nicht irgendwie zu sagen, ich bin hier die starke Frau, ich weiß wo es langgeht und du machst etwas falsch. (Beraterin I, Z. 285-287, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] nicht zu kritisieren und auch nicht ihr Leben davor in Frage zu stellen. (Beraterin I, Z. 249-250, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] uns da halt zu reflektieren aber irgendwie auch so Paternalismus zu vermeiden [...]. (Beraterin V, Z. 28-29, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

## **UK II.II: Praktische Umsetzung der Beratung**

Diese Unterkategorie umfasst Aussagen der Beraterinnen über ihre Aufgaben und somit die praktische Umsetzung einer feministischen Beratung.

Als wichtigste Aufgabe sehen die Beraterinnen eine Vertrauensbasis zu schaffen und die Frau in den Fokus der Beratung zu stellen, d. h. sich ganz auf ihre Anliegen zu konzentrieren, ihre Interessen zu vertreten und sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen. Dazu gehören Information und Aufklärung zu rechtlichen, gesundheitlichen und sexuellen Fragen und auch Begleitung zu Behörden, Anwälten etc.. Zudem soll eine Auseinandersetzung mit patriarchalischen Werten, Machtverhältnissen und verschiedenen Unterdrückungsformen wie Sexismus stattfinden.

Also wenn sich dann Vertrauen entwickelt hat [...] dann mit der Zeit kannst du ja dann über viele Sachen auch reden [...]. (Beraterin III, Z. 233-236, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] mir ist wichtig, dass die Frau im Fokus ist, dass ich ihr helfe, dass ich sie dabei stärke sich von manchen Sachen zu befreien, wenn sie zum Beispiel in der Situation ist, wo sie von Gewalt betroffen ist, aber auch, dass sie sich selber verwirklicht als Frau. (Beraterin IV, Z. 70-73, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6)

Ich möchte ganz gerne die Frauen stärken, ihre Rechte erst einmal wahrnehmen, sich auseinandersetzen mit Werten, patriarchalischen Werten, mit Macht auseinandersetzen, mit Sexismus einfach auseinandersetzen und sich durchsetzen in dieser Gesellschaft. (Beraterin VII, Z. 35-38, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

[...] über Verhütungsmittel zu sprechen zum Beispiel [...] über Ernährung [...]. (Beraterin III, Z. 296-298, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Die Beratung soll als Hilfe zur Selbsthilfe gesehen werden, durch die die Frauen ermächtigt werden, Abhängigkeitsverhältnisse und Gewaltsituationen zu durchbrechen und in ihrer Selbstverwirklichung unterstützt werden. Als ein wichtiger Aspekt wurde dabei die psychosoziale Unterstützung genannt. Diese beinhaltet u. a. das Bewusstmachen von Ressourcen, die Stärkung des Selbstvertrauens, des Selbstwertgefühls und der Selbstakzeptanz. Es geht um die Sensibilisierung und Ermutigung der Frauen zur Reflektion ihrer eigenen Rolle als Frau und um die Bestärkung dieser in ihren Wünschen und Träumen. Dabei soll auf Befürchtungen und Ängste eingegangen und gemeinsam Problemlösungsstrategien entwickelt werden.

[...] und meine Aufgabe sehe ich da einfach die Frauen zu unterstützen ihren eigenen Weg zu gehen, also Hilfe zur Selbsthilfe sehe ich das in der Beratung. (Beraterin IV, Z. 19-20, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6).

[...] unser Einsatz ist die Frauen zu befähigen, zu ermächtigen, diese Abhängigkeitsverhältnisse zu durchbrechen und eigenständig zu werden. (Beraterin II, Z. 100-102, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] Selbstermächtigung und Erkennen von Strukturen und was habe ich für Rechte und Möglichkeiten [...]. (Beraterin V, Z. 260-261, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

Sie brauchen ja dann auch psychosoziale Beratung und Unterstützung und wenn ich dann diese Frauen dann ja auch beraten kann, sie unterstützen kann, sie stärken kann, dass sie ja dann auch mit ihren Problemen wie sie damit umgehen können, dass wir gemeinsam in der Beratung auch noch eine Lösung finden können. (Beraterin III, Z. 24-27, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] verstärke sie quasi, sowohl in ihren Wünschen, aber auch in ihren Träumen und auch in ihrem Sein und versuche auch ihre Befürchtungen irgendwie mit ihr nachzugehen [...] wovor hat sie Angst? (Beraterin I, Z. 233-243, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] die Frau [...] an ihre Ressourcen [...] auch zu erinnern, die sie nun einmal auch mitbringt und ja und letztendlich dafür zu sorgen, dass sie selbstständig halt sich ja sich ihre Rechte holt. (Beraterin VIII, Z. 274-276, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

Die Beraterinnen ergänzten zudem, dass sich aus der Beratung auch Auseinandersetzungen mit Begriffen und Einstellungen, Diskussionen und politische Arbeit ergeben können.

Manchmal geht es darum zu sagen wenn eine Frau mir erzählt, dass sie Gewalt in der Ehe erlebt hat und zum Sex gezwungen worden ist, dass ich sage das ist eine Vergewaltigung. Dass ich Worte benutze also andere Worte benutze und dann die Frau sagt ja das ist eine Vergewaltigung. Ich finde es da wichtig das so zu benennen [...]. Das heißt so findet, finde ich, feministische Auseinandersetzung in der Beratung statt, indem auch Sachen noch einmal anders benannt werden. (Beraterin VI, Z. 179-188, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

[...] auch mit ihr politisch zu arbeiten, können wir auch mit ihr Begriffe oder mit dieser Einstellung auch auseinandersetzen [...]. (Beraterin II, Z. 147-148, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

### **UK II.III: Umsetzung auf politischer Ebene**

Diese Unterkategorie umfasst Aussagen der Beraterinnen über politische Aspekte ihrer Arbeit.

Die Beraterinnen beschrieben, dass ein wichtiger Teil ihrer Arbeit politische Arbeit und Lobbyarbeit ist. Sie tragen frauenspezifische Themen der Beratung in die Öffentlichkeit und treten in Austausch mit anderen Beratungsstellen und der Stadt und vertreten dort ihre politische Position. Ziel ist es, Ursachen der Benachteiligung und Unterdrückung aufzudecken und sich gemeinsam mit den Frauen für weitergehende Rechte und gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen.

[...] die Probleme von Einzelnen ja auch in der Öffentlichkeit zu sprechen und auch dadurch sowohl Fachkräfte als auch unterschiedliche Ministerien und andersweitig auch zu informieren und bestimmte Forderungen zu stellen. (Beraterin I, Z. 15-18, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] die Gesellschaft versuchen für alle Frauen zu verändern. Das heißt ist sowohl ist für mich Einzelberatung sehr wichtig aber auch politische Lobby und Informationsarbeit sehr wichtig, die Gesellschaft zu verändern für alle Frauen, auch die den Weg zu uns nicht finden. (Beraterin II, Z. 12-15, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] Ebene der politischen Arbeit, dass agisra auch Lobbyarbeit machen, dass wir irgendwie mit der Stadt in Austausch sind und aber auch mit anderen Beratungsstellen unsere Position vertreten, unsere Grundsätze vertreten und halt so auch nicht nur auf der individuellen Ebene in dieser Beratungsarbeit, sondern halt auch allgemein versuchen was zu verändern [...]. (Beraterin V, Z. 31-36, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] zu gucken was sind das für gesellschaftliche Verhältnisse, die auch dazu führen, dass Frauen überhaupt in solchen Situationen kommen und die halt auch zu kritisieren und versuchen zu verändern. (Beraterin V, Z. 42-44, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] aber auch mit den Frauen zusammen sich für weitergehende Rechte einzusetzen, für gesellschaftliche Veränderungen (Beraterin VI, Z. 46-47, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

#### 4.2.3 OK III: Beratungskonzept

Diese Kategorie ergab sich deduktiv aus der Fragestellung des Leitfadens. Nach den Codierregeln enthält sie Aussagen der Beraterinnen wie das Beratungskonzept entstanden ist, ob diese sich daran orientieren und inwieweit dieses Einfluss auf die Art und Weise der Beratung hat.

Nach Aussagen der Beraterinnen ist das Beratungskonzept aus der Beratungstätigkeit heraus entstanden. Demnach steht das Konzept und die Beratung also in ständiger Interaktion.

Die Beraterinnen geben an, dass dieses ihnen als Orientierungshilfe in der Beratung dient und sie versuchen die verschiedenen Ansätze in der Beratung zu berücksichtigen und umzusetzen.

[...] das Konzept haben wir natürlich aus unserer Beratungstätigkeit herausgefunden, ja das heißt erst mal haben wir Beratung gemacht und danach haben wir gesagt wie wir Beratung machen, müssen wir dann verschriftlichen und natürlich, als wir dieses Konzept entwickelt haben, dann beeinflusst wieder unsere Beratung, das heißt es ist in Interaktion und natürlich ist das Konzept für uns um es umzusetzen [...]. (Beraterin II, Z. 68-73, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] ein Aspekt davon feministisch und [...] ressourcenorientiert, antirassistisch, migrations-spezifisch und es sind auch die Aspekte die wir auf jeden Fall in unserer Beratung berücksichtigen und dann umsetzen. (Beraterin II, Z. 73-77, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] wenn ich berate, beziehe ich mich dann auf dieses Beratungskonzept. (Beraterin III, Z. 137-138, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Auf jeden Fall. Also die Punkte, die im Beratungskonzept aufgezählt sind [...] miteinzubeziehen finde ich total wichtig und macht [...] die Beratung bei agisra aus und [...] es ist besonders an agisra, dass wir uns genau über diese Punkte [...] Feminismus etc. immer wieder auseinandersetzen und nicht auf dem, was wir vor zehn Jahren erarbeitet haben ausruhen sozusagen weil es gibt immer wieder neue Aspekte, Entwicklungen etc. und genau, da findet auch eine ständige Auseinandersetzung statt. (Beraterin VI, Z. 64-74, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

Dabei hängt die Umsetzung des Konzepts immer auch mit der Offenheit und der Annahme der Frau zusammen und so können dementsprechend, je nach Problemlage, manchmal auch nur Teilaspekte des Konzeptes berücksichtigt werden.

Ich versuche es, aber ich versuche jetzt als Beraterin, dass meiner Klientin nicht aufzuzwingen. Also zum Beispiel ich versuche nach agisras Beratung zu gehen, ich bin aber offen dafür wie die Frau das annimmt [...]. (Beraterin IV, Z. 118-120, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6).

Manchmal kann ich komplett unsere Beratungskonzept in der Beratung praktizieren aber manchmal geht es nicht. Manchmal ist es sehr einseitig und die Frau ist nur für eine bestimmtes Problem zu mir gekommen und dann wenn dieses Problem gelöst ist dann geht sie und kommt nicht wieder aber manchmal längere Zeit kommt die Frau. Ich habe Zeit unser komplettes Konzept zu praktizieren in der Beratung. (Beraterin VII, Z. 79-83, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

Beraterinnen, die noch nicht so lange zum Team gehörten haben das Konzept nicht mitentwickelt, befürworten dieses aber. Sie geben an, dass sie sich zwar nicht direkt daran orientieren, ihre Beratung aber im Einklang mit diesem steht da es ihre Einstellung widerspiegelt. Sie sehen ihre Haltung und Selbstreflexion als wichtigen Teil der Beratungsarbeit. Zukünftig möchten sie sich gerne mit ihren Kolleginnen über das Konzept austauschen und sich an der Weiterentwicklung beteiligen.

Also ich habe es ja nicht mitgeschrieben weil es ist ja älter als ich sozusagen dieses Konzept. Ich habe es natürlich irgendwie gelesen. Ich finde es auch gut wobei ich sagen muss ja ich glaube ich weiß nicht, ob ich mich so direkt daran orientiere. Also ich glaube, ich habe das Gefühl, dass meine Beratung wie ich sie mache, im Einklang steht mit dem Beratungskonzept ... nicht desto trotz, dass ich irgendwie so meinen eigenen irgendwie Weg habe auch, [...] dass halt meine Haltung und Selbstreflexion so das Wichtige dabei ist [...]. (Beraterin V, Z. 123-132, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

Ja das kann ich noch nicht so richtig sagen. Es wird sich eher zeigen, wenn ich an Selbstsicherheit gewonnen habe und eigenständig Beratung mache und dann das Ganze auch noch einmal reflektiere. (Beraterin VIII, Z. 81-83, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10).

[...] ich würde sagen, dass ich auch weiterhin Lust habe mich über das Beratungskonzept auszutauschen [...]. (Beraterin V, Z. 132-133, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

#### 4.2.4. OK IV: Grenzen in der Beratung

Diese Kategorie beschreibt Schwierigkeiten und Hürden, die sich in der Beratung ergeben. Sie ist aus der Fragestellung des Leitfadens entstanden. Sie gliedert sich in drei Unterkategorien, die sich aus dem Interviewmaterial ergeben haben. Diese umfassen sozial-gesellschaftliche, strukturelle, und individuelle Ursachen. Dabei ist zu erwähnen, dass die Unterkategorien nicht immer ganz trennscharf sind, da sozial-gesellschaftliche und strukturelle Probleme oftmals voneinander abhängen und sich gegenseitig bedingen und auch individuelle Belastungen durch sie verursacht werden. So ergab sich, dass einige Aussagen mehreren Unterkategorien zugeordnet worden.

##### UK IV.I: Sozial-gesellschaftliche Ursachen

Der Unterkategorie sozial-gesellschaftliche Ursachen wurden alle Aussagen der Beraterinnen zugeordnet, die Hindernisse und Schwierigkeiten in der Beratung beschreiben, die sozial-gesellschaftlich in den Heimatländern der Frauen und auch in Deutschland entstehen.

Nach Aussagen der Beraterinnen ergeben sich Schwierigkeiten in der Beratung daraus, dass viele Frauen in patriarchalischen Gesellschaftssystemen oder auch Diktaturen aufgewachsen sind und ein völlig anderes Verständnis von ihrer Rolle als Frau und ihren Rechten in der Gesellschaft haben. Sie haben eine traditionelle Erziehung genossen und besitzen daher ein traditionelles Rollenverständnis von Mann und Frau mit klar nach Geschlechtern getrennten Aufgaben und Rechten. Dies bedeutet auch, dass vielen Frauen in ihren Heimatländern, aufgrund ihres Geschlechts gar keine Rechte zustehen und sie dementsprechend auch keinerlei Wissen über ihre Rechte haben.

Mädchen und Frauen werden innerhalb dieser Rollenmuster erzogen und daraus ergeben sich auch Hürden und Hemmnisse der Selbstverwirklichung und so und da finde ich es wichtig in der Beratung immer wieder hinzugucken, zu stärken, zu empowern [...]. (Beraterin VI, Z. 43-46, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

[...] Frauen, die auch je nachdem aus ganz patriarchalischen Gesellschaften gekommen sind und dann [...] je nachdem ob die Ehe arrangiert war oder [...] eine Zwangsverheiratung war [...] sie es nicht anders kennen [...]. (Beraterin III, Z. 89-90, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)



Es gibt Frauen, die ein bestimmtes Verständnis für Religion haben. Es gibt Frauen, die in sehr traditionellen Familien aufgewachsen sind. Es gibt Länder wo patriarchalische Strukturen noch viel stärker einen Einfluss auf die Entwicklung von Frauen haben, also es gibt Frauen, die nie eine Bildung genießen konnten [...] auch unter Diktatur gelebt haben und auch nie eine Entscheidung selbst treffen können [...]. (Beraterin I, Z. 121-129, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

Es können also auch noch religiöse Ansichten der Frauen hinzukommen, die die Beratung erschweren können und auch mangelnde formale Bildung. Viele Frauen haben in ihren Heimatländern starke Benachteiligung erfahren, unter der sie ein Leben lang leiden. Sie haben keinerlei Bildung erfahren und sind teilweise Analphabetinnen, da es ihnen niemals ermöglicht wurde zur Schule zu gehen. Die Beraterinnen gaben an, dass neben diesen Aspekten auch fehlende Sprachkenntnisse die Beratung erschweren und diese Frauen eine besondere Begleitung brauchen.

[...] eine Klientin hatte[...] ihre Situation mit ihrem Mann [...] geschildert [...] , der auch einfach abgehauen ist und mit einem Haufen Schulden sie hat sitzen lassen und dann hat sie mir gesagt, das ist eine Prüfung Gottes [...]. (Beraterin V, Z. 278-282, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] Frauen, die keine Bildung haben [...] wenn sie sagt, also ich leide ja auch mein ganzes Leben darunter, dass ich dementsprechend nicht in der Schule gewesen bin und das nicht erlernen konnte und aus dem Grund kann ich weder einen Job irgendwie bekommen. (Beraterin I, Z. 195-201, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] sie wissen manchmal auch nicht was sie machen sollen, was sie lassen sollen [...] das verwirrt ja auch noch und die Sprache kommt auch noch dazu. (Beraterin III, Z. 278-280, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Weiter gaben die Beraterinnen an, dass einige Frauen sogar aus polygamen Gesellschaften kommen, in denen es als normal und rechtens angesehen wird, dass ein Mann mehrere Ehefrauen hat, dies aber ein Aspekt ist unter dem die Frauen sehr leiden.

[...] Frauen, die aus polygamen Gesellschaften gekommen sind, [...]. [...] sie leiden auch sehr weil die Männer heiraten ja auch noch andere Frauen. [...] in ihren Herkunftsländern, das ist ja dann auch legal, [...] bei der einen auf der Heiratsurkunde stand, dass er bis vier Frauen heiraten darf. (Beraterin III, Z. 430-435, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Ein weiterer Aspekt den die Beraterinnen angaben war, dass viele Frauen traumatisierende Erfahrungen gemacht haben, die die Beratungsarbeit zunächst erschweren kann und viel Einfühlungsvermögen erfordert. So haben viele Frauen psychische und physische Gewalt in unterschiedlichen Formen erlitten. Die Beraterinnen erzählten von Fällen der Genitalbeschneidung, Unterdrückung durch den Ehemann und häuslicher Gewalt.

[...] häusliche Gewalt zum Beispiel oder [...] Genitalbeschneidung zum Beispiel. Also solche frauenspezifischen Sachen [...]. (Beraterin III, Z. 216-218, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] Mann, der sie schlägt, der sie dann erniedrigt [...]. (Beraterin III, Z. 96-97, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Trotz Gewalterfahrungen schaffen es viele Frauen nicht ihre Männer zu verlassen. Sie befinden sich in Abhängigkeitsverhältnissen, die sie nur schwer durchbrechen können. Ihnen fehlen soziale Kontakte, die sie unterstützen und sie befürchten ohne den Mann nicht zurecht zu kommen und kehren oft nach einer Trennung wieder zurück zur Familie.

[...] Frauen in schwierigen Situationen neigen dazu immer wieder ja auch zurück zu der Familie zu wollen [...]. (Beraterin I, Z. 208-209, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] keine [...] Perspektive entwickelt werden kann auf Grund [...] fehlender sozialer Kontakte [...]. (Beraterin I, Z. 175-176, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] Frauen dann Ängste haben [...] dass ich dann irgendwie [...] erstmal auf der Straße lande oder halt in eine Wohnungslosenunterkunft oder so muss wenn ich jetzt mich vom Mann trenne, dann kann ich mir das gerade nicht vorstellen [...] oder das ist dann mit den Kindern und ne aus solchen irgendwie Ängsten [...]. (Beraterin V, Z. 292-298, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] vielen Frauen fällt es schwer sich von dem Mann zu trennen, weil sie denken, ohne Mann alleine in einer Wohnung wie kann ich denn leben? [...] Eine Frau muss doch einen Mann haben. Das ist dann erst einmal dieser religiöse Glauben und dann diese gesellschaftlichen Vorstellungen auch noch, eine Frau [...] akzeptiert in der Community oder Gesellschaft, wenn sie einen Mann hat. (Beraterin III, Z. 390-395, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Oftmals schaffen sie es auch nicht aus den Gewaltsituationen auszubrechen, weil sie diese wegen ihrer Familie aushalten müssen. Der soziale Druck und Rollenerwartungen der Familie und der Community sind nicht zu unterschätzen, selbst wenn diese noch in den Heimatländern leben. Sie haben einen bedeutenden Einfluss auf das Ansehen der Frau und spielen eine wichtige Rolle im Leben der Frau. Die Frauen leben nur für ihren Mann und ihre Kinder und werden für alle Geschehnisse verantwortlich gemacht. Daher haben es Alleinstehende, getrennt lebende oder geschiedene Frauen auch viel schwerer. Sie bekommen keinerlei Unterstützung der Familie und Community, werden sogar verfolgt und bedroht. Dennoch ist es wichtig die Frau zu unterstützen auch ohne ihre Familie eine Perspektive zu entwickeln.

Viele Frauen kommen nicht aus der Gewaltsituation raus, weil sie in diesem Trauma sind, weil sie das wegen der Familie aushalten müssen [...]. (Beraterin IV, Z. 106-108, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6).

[...] die leben nicht nur für sich. Sie leben für den Mann. Sie leben für die Kinder. Sie leben für die Familie, die in ihren Herkunftsländern sind. Die machen auch Druck dann und sie werden von dieser Community unterdrückt. (Beraterin III, Z. 100-103, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Aber für die Frau das ist schwer, weil sie muss sich ja dann mit allen [...] auseinandersetzen, mit ihrer eigenen Mutter, eigenem Vater, Schwiegereltern, auch noch die ganze Verwandtschaft [...] wo meistens der Frau die Schuld gegeben wird, du bist doch eine Frau, das ist dein Mann, du musst alles machen. (Beraterin III, Z. 117-122, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] eine Perspektive zu entwickeln und dann zu gucken ob noch der Kontakt zu der Familie so wichtig ist oder nicht. (Beraterin I, Z. 217-219, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

Weiterhin wurde genannt, dass Frauen Abhängigkeitsverhältnisse aus Gründen der Gewohnheit und Bequemlichkeit nicht durchbrechen können oder wollen. In vielen Fällen hat der Ehemann Jahre lang alle Aufgaben außerhalb des Hauses für sie übernommen und nun müssten sie diese alleine regeln.

[...] Eigenständig zu werden ist auch harte Arbeit. Das heißt dann muss man alles selbst erledigen oder organisieren. (Beraterin II, Z. 110-111, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] und es ist auch diese Bequemlichkeit in dem Moment, aber längerfristig ist es Abhängigkeit, die auch meine Rechte einschränken kann [...]. (Beraterin II, Z. 113-115, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

Es kommt auch vor, dass Ehemänner Druck auf ihre Frauen ausüben und ihnen eine Beratung bei agisra e. V. verbieten um ein Abhängigkeitsverhältnis aufrecht zu erhalten. Eine Beraterin berichtete hierzu anschaulich über ein Fallbeispiel im Kontext der Heiratsmigration, welches aufgrund der Länge ausführlicher im Anhang nachgelesen werden kann.

[...] und manchmal die Frauen sprechen und sagen mein Mann muss nicht erfahren, dass ich hier bin weil er total gegen agisra ist. (Beraterin VII, Z. 203-204, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

[...] eine marokkanische Frau in der Beratung und ich kenne es halt aus der marokkanischen Community [...] Der Mann ist wahrscheinlich hier in Deutschland geboren und aufgewachsen, hat auf jeden Fall eine deutsche Staatsbürgerschaft, ist Ingenieur, also studiert, gebildet, hat die Frau hier nach Deutschland geholt und seit dem darf sie halt irgendwie nichts machen. (Beraterin VIII, Z. 235-239, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)<sup>2</sup>

Die Hürden in der Beratung und mit denen die Frauen zu kämpfen haben sind vielfältig und existieren auf mehreren Ebenen. Viele Frauen sind von Sexismus und Rassismus betroffen und erleiden mehrfach Diskriminierung.

[...] Alltagssexismus, auf der Straße wenn ich jetzt um elf Uhr nachts oder zwölf Uhr nachts dreimal überlege, ob ich auf der Straße allein gehe oder nicht oder was passiert mir? (Beraterin II, Z. 173-175, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] die meisten Frauen, die zu uns kommen sind betroffen von intersektioneller Diskriminierung. Das heißt einmal Diskriminierung auf Grund des Geschlechts. [...], einmal Diskriminierung auf Grund ihrer ethnischen Herkunft oder Religion oder Sprache oder Aussehen. (Beraterin II, Z. 163-167, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

Hier wird bereits deutlich, dass diese Schwierigkeiten auf mehreren Ebenen verursacht werden, nicht nur sozial-gesellschaftlich, sondern auch strukturell. Daher wird nun im folgenden näher auf strukturelle Ursachen eingegangen.

#### **UK IV.II: Strukturelle Ursachen**

Diese Unterkategorie umfasst Aussagen zu Hindernissen und Schwierigkeiten, die durch politische und institutionelle Strukturen in den Heimatländern der Frauen und in Deutschland verursacht werden.

Zunächst sind auch hier, wie bereits in der Unterkategorie zuvor, patriarschalische Gesellschaftsstrukturen und Diktaturen in den Heimatländern der Frauen als Ursache für eine erschwerende Beratung zu nennen. Wie bereits erwähnt verursachen solche Strukturen ein grundlegendes unterschiedliches Verständnis von Geschlechterrollen und damit verbunden verschiedene soziale Probleme u. a. Gewalt durch Ehemann und Familie. Darüber hinaus bedeutet dies auch, dass Frauen in solchen Strukturen willkürliche staatliche Gewalt erfahren haben. Sie können in ihren Heimatländern ihre Haltung nicht in der Öffentlichkeit präsentieren und ihre Rechte einfordern, weil sonst Freiheitsentzug oder im schlimmsten Fall die Todesstrafe droht. Dementsprechend haben Frauen gelernt

---

<sup>2</sup> Weiter nachzulesen im Anhang 12 Tabelle mit Ankerbeispielen der Interviews 5-8 (siehe beiliegende CD)

sich zurückzuhalten, Benachteiligung und Unrecht zu ertragen und es hinzunehmen keine eigene Meinung haben zu dürfen und keine Entscheidungen selber treffen zu können.

[...] in manchen Ländern kann man solche Haltungen nicht offen präsentieren weil man sonst im Gefängnis landet oder es folgt die Todesstrafe. (Beraterin IV, Z. 163-164), agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6).

Ein weiterer problematischer Aspekt, welcher der vorherigen Unterkategorie zugeordnet wurde, aber hier noch einmal zu erwähnen ist, sind polygame Gesellschaftsstrukturen. Da diese in manchen Ländern staatlich legitimiert sind und der Staat anerkennt, dass ein Mann mehrere Ehefrauen haben darf, hält er so Unrecht an Frauen aufrecht. Dementsprechend kommen diese Frauen stark belastet in die Beratung und brauchen ein hohes Maß an psychosozialer Unterstützung.

Die Beraterinnen gaben zudem an, dass die Beratung durch deutsche Politik und Gesetze erschwert wird. Frauen werden in ihren Rechten eingeschränkt und in Abhängigkeiten gehalten. So ist z. B. eine Frau, die im Rahmen einer Familienzusammenführung nach Deutschland kommt, mit ihrem Aufenthaltsstatus für die ersten drei Jahre an ihren Mann gebunden. Sie hat keinen eigenständigen Aufenthalt und bleibt in Abhängigkeit von ihrem Mann. Diese Situation wird oft durch die Männer ausgenutzt und so kommt es, dass die Frauen Gewalt ertragen und sich nicht trennen. Hinzu kommt, dass die Frauen ohne eigenen Aufenthaltstitel keine Arbeitserlaubnis bekommen und von Sozialleistungen abhängig sind.

[...] es gibt auch leider Strukturen, die die Frauen, die Rechte der Frauen auch einschränken, abhängig machen, vom Ehemann zum Beispiel, wenn die auf Grund von Familienzusammenführung hier hin gekommen sind und innerhalb von drei Jahren abhängig sind oder sie sind abhängig von Sozialleistungen wenn die nicht arbeiten können [...]. (Beraterin II, Z. 94-99, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] Frauen als Heiratsmigrantinnen hierher gekommen und noch keine drei Jahre verheiratet, haben noch kein eigenständiges Aufenthaltsrecht und sind deswegen abhängig von der Beziehung und erleben in diesen Situationen der Abhängigkeit häufig Gewalt durch den Partner, wo sie das Gefühl haben sie können sich daraus nicht lösen weil dann verlieren sie auch das Aufenthaltsrecht. (Beraterin VI, Z. 121-126, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

Auch werden Frauen von gesetzlicher Seite nicht geschützt und in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt, wenn keine zwingenden Aufenthaltsgründe nachgewiesen werden können. Die Beraterinnen nannten als Beispiel die Zwangsprostitution, bzw. Frauenhandel wo frauenspezifische Gewalt und Verfolgung oder Traumatisierungen oftmals schwer nachzuweisen sind und diskriminierende und beschämende Anhörungen von Frauen stattfinden.

[...] dass es da ganz viele gesetzliche Grenzen einfach gibt oder Frauen in jetzt Italien hierhin flüchten, lange in Italien waren [...] zur Prostitution gezwungen worden und wieder zurück müssen nach Italien, weil das Aufenthaltsrecht es kaum hergibt oder minuziös nachweisen müssen was da passiert ist, was auch total schwierig ist [...]. (Beraterin VIII, Z. 144-148, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

Ja vor allem den Beweis zu erbringen finde ich halt irgendwie einfach auch total schwierig und vor allen Dingen hat die Frau auch gar keine Entscheidungsmöglichkeit zu sagen, so das möchte ich erzählen, das möchte ich nicht erzählen, sondern je mehr sie erzählt und je mehr sie sich auszieht irgendwie, finde ich gerade auch sehr passend gerade irgendwie bei der Thematik Prostitution, also intime Sachen, die ihr passiert sind und die traumatisch waren, also das irgendwie alles auszupacken. Klar das muss irgendwie nachgewiesen werden für den Aufenthaltstitel aber ich finde es halt echt schwierig für die Betroffenen [...]. (Beraterin VIII, Z. 163-169, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

[...] in dem Fall wäre es halt super, wenn man einen Therapeuten findet, der ein Gutachten erstellt. [...] aber es kann natürlich auch so laufen, dass der Therapeut gar nicht so viel entdeckt, dass sie vielleicht halt nicht traumatisch irgendwie welche Folgen hat also erlebt hat aber traumatisiert wird sie sein aber [...] jeder verarbeitet das halt anders und dann hat sie Pech irgendwie um hier in Deutschland bleiben zu können weil das müsste eigentlich mindestens da sein [...]. (Beraterin VIII, Z. 173-17, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10).

Die Beraterinnen gaben an, dass es erschwerend ist mit Frauen zu arbeiten, die einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben, da diese sich nicht auf die Beratung einlassen können und nicht zur Ruhe kommen so lange ihre Situation nicht geklärt ist.

[...] Frauen die quasi ja auch einen unsicheren Aufenthalt haben, die nie zur Ruhe kommen können [...], mit denen kann man ja auch nicht so starkend erfolgreich arbeiten [...]. (Beraterin I, Z. 138-141, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

Ein weiteres Problem stellt Klassismus und institutioneller Sexismus dar. Letzterer Aspekt wurde auch in der zuvorigen Unterkategorie dargestellt, bezieht sich aber nicht nur auf die soziale Ebene, sondern ist auch auf struktureller Ebene zu finden. Frauen werden auf Grund ihrer Herkunft und ihres Geschlechts diskriminiert und benachteiligt. Sie sind nur in niedrig bezahlten Anstellungen und benötigen zusätzlich Leistungen vom Jobcenter oder sie sind ganz ohne Einkommen und auf Sozialleistungen angewiesen. Damit einhergehend gestaltet sich die Wohnungssuche erschwerend und auch Behördengänge werden zum Hürdenlauf.

[...] Klassismus, das heißt die sind oft auf Sozialleistungen angewiesen oder sie sind in niedrig bezahlten Jobs. (Beraterin II, Z. 165-169, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] Sexismus in den Institutionen, bei der Wohnungssuche, bei der Jobsuche, bei Behördengängen und [...] in der Gesetzgebung. (Beraterin II, Z. 176-177, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] Ausländeramt, also ich mein, ganz ehrlich, Willkommenskultur ist da nicht unbedingt angebracht oder ich habe jetzt auch zweimal eine Begleitung zum Sozialamt gemacht, also es ist dann halt immer, man stößt da total auf Unfreundlichkeit, also als wenn das ein Bewerbungskriterium ist bei denen. (Beraterin VIII, Z. 214-217, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

Die Beraterinnen erzählten zudem, dass die Frauen immer wieder berichten, dass es ihnen erschwert wird an Sprach- oder Integrationskursen teilzunehmen oder arbeiten zu gehen, da es an Angeboten der Kinderbetreuung und Kindergartenplätzen mangelt.

Die Angebote mit Kinderbetreuung für Deutschkurse oder für Integrationskurse sind sehr wenig. Das hindert viele Frauen. (Beraterin III, Z. 151-152, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] Probleme wegen der Kindern selbst dann ja auch Integrationskurse zu besuchen, weil im Kindergarten fehlt ein Platz. (Beraterin III, Z. 313-314, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Diese gesellschaftlich und strukturell verursachten Probleme wirken sich natürlich auch auf individueller Ebene aus, was Fortschritte in die Beratung zunächst verhindern kann.

#### **UK IV.III: Individuelle Ursachen**

Diese Unterkategorie umfasst Aussagen zu Hindernissen und Schwierigkeiten, die sich aus dem Befinden der Frauen ergeben.

Neben traumatisierenden Gewalterfahrungen, die bereits in der UK IV.I erwähnt wurden, wirken sich die sozial und strukturell verursachten Probleme zusätzlich negativ auf die Frauen aus. Sie stehen unter extremer Belastung, die zunächst die Beratungsarbeit erschweren kann und viel Einfühlungsvermögen erfordert. Die Beraterinnen gaben an, dass es schwer ist die Frauen zu stärken und dass in Krisen ihre Wahrnehmung häufig selektiv ist und sie weniger handlungsorientiert sind. Aufgrund ihrer als aussichtslos scheinenden Situation leiden viele unter psychischen und psychosomatischen Erkrankungen.

[...] Frauen [...], die nie zur Ruhe kommen können oder auch unter Gewalt leiden, mit denen kann man ja auch nicht so stärkend erfolgreich arbeiten [...]. (Beraterin I, Z. 138-141, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] Sachen, die ihr passiert sind und die traumatisch waren [...]. (Beraterin VIII, Z. 167, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)



[...] in Krisen weniger handlungsorientiert [...]. (Beraterin I, Z. 298, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] sie leiden ja auch psychisch sehr viel, psychosomatisch. (Beraterin III, Z. 418, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Ich kenne das von meinen Klientinnen. Eine zum Beispiel, die hat oft Durchfall. Ich bin mit ihr zum Arzt, habe sie begleitet, sie ist so viel untersucht worden, hatte nichts gehabt. Das war nur psychosomatisch. (Beraterin III, Z. 418-421, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] eine war partout nervös aber bei ihr zum Beispiel hat das vier Jahre oder so gedauert. Bei der anderen, was ich ja wegen Durchfall gesagt habe, sogar länger. Aber so ne die werden viel viel krank bis sie die Entscheidung treffen. Das ist sehr schwer. (Beraterin III, Z. 426-429, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Wie sich hier deutlich zeigt, lässt sich abschließend zu dieser gesamten Kategorie festhalten, dass es trotz einer guten Beratung immer Hürden gibt mit denen die Frauen, die beraten werden, wie auch die Beraterinnen zu kämpfen haben. Dabei entstehen diese immer im Zusammenspiel sozialer, gesellschaftlicher, struktureller und individueller Aspekte, bestärken sich gegenseitig und sind daher schwer aufzuheben.

Trotz aller Schwierigkeiten gibt es dennoch Möglichkeiten und Chancen, die sich aus der Beratung ergeben.

#### **4.2.5. OK V: Möglichkeiten und Chancen durch die Beratung**

Oberkategorie V ergab sich aus dem Leitfaden und umfasst Aussagen der Beraterinnen zu Möglichkeiten, Chancen und Perspektiven, die sich aus der Beratung und Information für die Frauen bieten.

Die Beraterinnen geben an, dass den Frauen oft erst durch die Beratung ihre Kompetenzen, Ressourcen und Potenziale bewusst werden und sie es nach einiger Zeit der Stärkung schaffen sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien.

[...] befreiend für die Frauen, das heißt unabhängig werden, Abhängigkeit durchbrechen [...]. (Beraterin II, Z. 108-109, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] durch diese rechtlichen Informationen, die wir irgendwie geben, sich den Frauen manchmal ganz neue Möglichkeiten auftun weil sie [...] in einer sehr großen Abhängigkeit sind, in einer gedachten und irgendwie dadurch, dass sie halt eben nicht wissen, was für Gesetze sind und, dass sie eben sich halt auch ein Stück weit aus dieser Abhängigkeit befreien können ohne [...] mit einer Abschiebung rechnen zu müssen oder ohne dann ohne Wohnung dazustehen [...]. (Beraterin V, Z. 202-208, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] es ist schon häufig so, dass die Frauen raus gehen und einen anderen Gesichtsausdruck haben, einen informierteren, gelösteren, eine aufrechtere Haltung ... ja gestärkt sind. (Beraterin VI, Z. 148-150, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

Es entsteht Raum eigene Wünsche und Träume zu reflektieren und eine eigene Lebensperspektive zu entwickeln. Die Frauen übernehmen Eigenverantwortung und treffen Entscheidungen für ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben. Viele fangen an sich selbst zu verwirklichen und besuchen nach den Integrationskursen eine Schule oder machen eine Berufsausbildung. Sie fangen an Dinge alleine zu unternehmen, knüpfen Kontakte zu anderen Frauen, die vielleicht in einer ähnlichen Situation waren und bauen sich ein soziales Netzwerk auf.

[...] Informationen führen dazu [...] Reflektion auch gegeben ist [...] eine Perspektive aufgebaut werden kann [...] Möglichkeiten in Frage gestellt werden durch das Gespräch durch bestimmte Vorschläge [...] durch ja auch Überdenken [...] habe ich das auch persönlich als Wunsch [...] sehe ich da jetzt eine Chance [...]. (Beraterin I, Z. 152-160, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

Sie können dann andere Perspektiven ... von einer anderen Perspektive in die Gesellschaft einsehen. (Beraterin VII, Z. 154-155, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

[...] Nach den Integrationskursen [...] auch noch in einen internationalen Förderkurs gehen oder ja auch noch eine Ausbildung machen. (Beraterin III, Z. 283-285, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Viele Frauen sagen, dass sie hier auch lernen, was Frauenrechte bedeutet und sind auch glücklich, wenn sie im Kontakt mit anderen Frauen sind und sie sich dann auch entwickeln. (Beraterin IV, Z. 147-150, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6).

Die Frauen, die in der Beratung über ihre Rechte aufgeklärt wurden und diese wahrnehmen, sind Vorbilder für ihre eigenen Töchter und geben ihr Wissen an diese weiter. Zudem nutzen sie ihr Wissen für die eigene Kindererziehung und erziehen ihre Söhne und Töchter gleichberechtigt zu autonomen Individuen. Im Hinblick auf eine neue Partnerschaft entsteht die Möglichkeit eine gleichberechtigte Beziehung auf Augenhöhe zu führen.

[...] Frauen, die ja auch gestärkt in ihren Rechten sind [...] die Kinder so zu erziehen, dass die Kinder ja auch selbstbewusst ja auch entscheiden können auch gegen bestimmte künstliche Strukturen ja auch verhandeln werden und gegebenen Falls auch Männer auch ganz andere Möglichkeiten ja auch in einer Partnerschaft sehen. (Beraterin I, Z. 452-457, agisra e. V., 08.11.2016, siehe Anhang 3)

[...] sie soll ihre Tochter und ihre Kinder allgemein auch frei erziehen, zwischen Jungen und Mädchen dann auch keinen Unterschied. (Beraterin III, Z. 200-201, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Die Beraterinnen ergänzen, dass die Frauen auch erlernen mit Diskriminierung umzugehen und für sich einzustehen. Unter Umständen entsteht sogar die Bereitschaft und das Interesse politisch aktiv zu werden und sich mit anderen Frauen zu Selbstorganisationen zusammen zu schließen.

[...] auch mit Diskriminierung umgehen. [...] für ihre Rechte [...] dann auch kämpfen. (Beraterin III, Z. 360-362, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Und ich glaube, dass auch viele Frauen mit Migrationshintergrund auch sehr neugierig sind und viele sind auch politisch engagiert also es gibt viele von verschiedenen Ländern, auch Kolleginnen, die in Arbeitskreisen sind [...]. (Beraterin IV, Z. 200-203, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6).

Viele dieser Möglichkeiten, die die Frauen für sich nutzen fallen unter die Hauptaspekte der Ziele, die in der Beratung verfolgt werden.

#### **4.2.6. OK VI: Ziele der Beratung**

Dieser Kategorie hat sich aus dem vorhandenen Interviewmaterial erschlossen. Ihr wurden alle Aussagen zu den Zielen der Beratungsgesprächen zugeordnet.

Zusammengefasst sind die wichtigsten Ziele, nach Angaben der Beraterinnen, dass die Frauen ein Wissen über ihre Rechte erlangen und ihre Autonomie gestärkt wird. Sie sollen wirtschaftlich und sozial unabhängig werden und ihre eigenen Interessen vertreten können. Wichtigste Voraussetzungen dafür sind, dass die Frauen deutsch lernen und sich erfolgreich in der Gesellschaft integrieren.

[...] eigenständig wird so sozial, gesellschaftlich, aber auch rechtlich, dass die Frau ihre Interessen selbst vertreten kann, wirtschaftlich auch unabhängig wird, das heißt am besten dann einen gut bezahlten Job hat und dann eigentlich für sich sorgt [...] selbständig leben kann. (Beraterin II, Z. 43-47, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] das ist für mich wichtig, dass die Frau eigenständig und selbständig wird. Ihre Interessen zu vertreten ist natürlich wichtig in der Gesellschaft, deutsch zu lernen, weil mit deutsch kann sie ihre Rechte wissen und ihre Rechte verteidigen in Deutschland. (Beraterin II, Z. 56-59, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

[...] dass sie unabhängig von Ehemann, von Vater, von Bruder, von einer männlichen Begleitung agieren kann und dann leben kann. (Beraterin II, Z. 59-61, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

#### 4.2.7. OK VII: Belastung der Beraterinnen

Diese Oberkategorie ergab sich als einzige induktiv aus dem Interviewmaterial und umfasst Aussagen über Aspekte, die die Beraterinnen persönlich belasten.

Die Beraterinnen gaben an, dass auch sie selbst Belastungen durch ihre Beratungstätigkeit spüren. Diese entstehen durch einen stressigen Beratungsalltag aufgrund vieler Termine und Beratungsgespräche und oftmals direktem Handlungsbedarf.

Stressig sieht so ein Tag aus. (Beraterin VI, Z. 23, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

[...] dann kommen die Frauen, die Termine haben und dann kommen auch Frauen, die keine Termine haben, die nur so da sind. Typisch bei agisra ist, weil viele Frauen sind so in Not, wenn die von häuslicher Gewalt betroffen sind, in ein Krankenhaus müssen, aber auch wegen dem Aufenthaltsstatus, dass man wirklich sofort handeln muss. Man kann jetzt nicht in zwei Wochen einen Termin geben. (Beraterin IV, Z. 32-38, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6)

Dabei müssen sie schwierige Themen, wie frauenspezifische Gewalt, auch selbst aushalten und akzeptieren, dass sich die betroffenen Frauen in Gewaltverhältnissen befinden, aus denen sie sich nicht befreien können oder möchten.

Ja das ist ja dann über unterschiedliche Probleme oder Gewalt jetzt, ob das Genitalbeschneidung ist oder unterschiedliche frauenspezifische Verfolgungen oder Krieg, Hunger, alles Mögliche. So etwas zu erfahren macht ja keinen Spaß. Oder Probleme mit Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis oder häusliche Gewalt. Sowas kann ja keinen Spaß machen [...]. (Beraterin III, Z. 38-43, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

[...] bei gewalttätigen irgendwie Partnern, ja wenn die Frau irgendwie sich trennt und dann entscheidet doch wieder zurück zu gehen oder so ja das irgendwie auszuhalten halt zu wissen, dass da irgendwie jetzt halt so ein Gewaltverhältnis irgendwie so weiter besteht [...]. (Beraterin V, Z. 174-178, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

Frauen sagen, ne dann halte ich vielleicht lieber diese Gewaltsituation, sei es jetzt psychische oder physische Gewalt so aus ja dann akzeptiere ich das natürlich irgendwie auch [...]. (Beraterin V, Z. 301-304, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

Trotz der Belastungen nannten die Beraterinnen auch positive Aspekte ihrer Arbeit.

#### 4.2.8. OK VIII: Persönliche Relevanz der Arbeit

Diese Kategorie ergab sich aus der Fragestellung des Leitfadens und umfasst Aussagen der Beraterinnen was ihnen an ihrer Tätigkeit Spaß macht und für sie von Bedeutung ist.

Die Beraterinnen erzählten, dass sie trotz der Belastungen ihre Arbeit gerne ausführen und sie ihnen Spaß macht. Es bedeutet ihnen viel, die Frauen beraten, unterstützen und stärken zu können. Dabei werden sie durch Erfolgserlebnisse selber bestärkt und auch in ihrer Arbeit bestätigt.

Das ist so ein bisschen wie so eine Art Traumjob [...]. (Beraterin V, Z. 19-20, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] es macht mir Spaß Frauen zu unterstützen, die zu beraten und denen in verschiedenen Lebenslagen zu helfen [...]. (Beraterin IV, Z. 9-11, agisra e. V., 29.11.2016, siehe Anhang 6)

[...] am Ende, wenn ich dann mit den Frauen lange Zeit gearbeitet habe und empowert habe und den Weg gezeigt habe, dass sie dann selbständig ihr Leben führen können. Das gibt mir dann auch Power und mehr Spaß [...]. (Beraterin III, Z. 28-31, agisra e. V., 24.11.2016, siehe Anhang 5)

Einerseits gaben die Beraterinnen an, die schwierigen Themen als Belastung zu empfinden. Andererseits berichteten sie aber auch, dass sie die Auseinandersetzung mit frauenspezifischen Themen sehr wichtig und interessant finden, weil es den Einsatz für Migrantinnen und ihre Rechte bedeutet.

Alles macht mir Spaß, besonders die Arbeit mit den Frauen, Frauen stärken, Frauen unterstützen, sich in patriarchalischen Gesellschaften durchsetzen. Auseinandersetzung machen mit vielen Themen, wie Rassismus, wie Sexismus. (Beraterin VII, Z. 10-12, agisra e. V., 02.02.2017, siehe Anhang 9)

Ich finde es halt einfach total spannend in einem Arbeitsfeld zu arbeiten, in dem man sich einfach nur für Frauenrechte einsetzt, spezifisch dann nochmal Frauenrechte von und für Migrantinnen einfach, was ich nochmal, finde ich irgendwie thematisch ganz wichtig finde, dass es da speziell für spezifisch halt noch etwas gibt und das ist eigentlich das, was mir Spaß macht und vor allen Dingen [...] es ist Arbeit irgendwie also ich verdiene damit mein Geld und gleichzeitig darf ich mich [...] mit Inhalten auseinandersetzen, wo andere das vielleicht eher privat machen müssen. (Beraterin VIII, Z. 11-17, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

In dem Zusammenhang ist ihnen auch wichtig, dass ihre Tätigkeit Soziale Arbeit und politischer Intervention verbindet und sie so Einfluss auf gesellschaftliche Geschehnisse nehmen können. Dabei ist ihnen ein Miteinander und Solidarität untereinander sehr wichtig.

[...] die Arbeit macht mir zum großen Teil Spaß, ich meine es gibt auch Momente, die ich traurig bin, die ich wütend bin, die ich mich handlungsunfähig fühle aber zum großen Teil macht es Spaß weil wir können auch viele Frauen unterstützen, empower und natürlich auch auf die Geschehnisse auch in der Gesellschaft auch Einfluss nehmen. (Beraterin II, Z. 15-19, agisra e. V., 15.11.2016, siehe Anhang 4)

Also wichtig für mich war, dass ich die politische Arbeit, [...] hier weitermachen kann [...]. Und auf der einen Seite diese Kombination von Sozialer Arbeit aber auch politischer Intervention finde ich total wichtig. (Beraterin VI, Z. 11-15, agisra e. V., 26.01.2017, siehe Anhang 8)

[...] dieses Einsetzen irgendwie auch auf der politischen Ebene, das irgendwie finde ich wichtig oder das kann irgendwie auch Spaß bringen aber auch die Art von Miteinander, die wir hier haben untereinander, dass ich das Gefühl habe es gibt auch ein persönliches Interesse an den verschiedenen Mitarbeiterinnen, Praktikantinnen oder Ehrenamtlichen. Das macht mir auch Spaß. (Beraterin V, Z. 47-52, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

Als letzten Aspekt nannten sie, dass durch ihre Unterschiedlichkeit aber gemeinsame Haltung Austausch im Team und Auseinandersetzungen über Begrifflichkeiten entstehen an denen sie selber wachsen und sich weiterentwickeln können. Gerade die jüngeren und neueren Beraterinnen gaben an von den älteren Beraterinnen zu profitieren und viel zu lernen, was zum Vorteil der Ratsuchenden ist.

[...] dadurch, dass ich jetzt [...] in dieser Beratungsstelle arbeite mit ganz vielen verschiedenen Frauen aber wir alle eine feministische Einstellung haben, vielleicht denken wir auch nicht das gleiche dazu aber darüber auch in Auseinandersetzung sind, in Austausch ... ja dass [...] ich daran auch viel lerne und irgendwie wachse [...]. (Beraterin V, Z. 316-320, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] vielleicht kreiert so eine feministische Haltung dadurch, dass ... [...] wir eine Diskussion über bestimmte Begriffe irgendwie haben, [...] neue feministische Ideen und Gedanken [...] und das finde ich irgendwie toll. (Beraterin V, Z. 332-339, agisra e. V., 03.01.2017, siehe Anhang 7)

[...] ich lerne einfach gerade sehr viel und das kommt dann halt anderen Frauen ja zu Gute. (Beraterin VIII, Z. 19-20, agisra e. V., 06.02.2017, siehe Anhang 10)

#### 4.2.9. Bedeutung der soziodemographischen Daten

Im Hinblick auf die soziodemographischen Daten ergab sich, dass die Beraterinnen trotz unterschiedlich langer Zugehörigkeit zur Beratungsstelle, vorherigen unterschiedlichen Ausbildungen, unterschiedlichen Alters und Nationalität etc., ähnliche, sich ergänzende oder sogar deckungsgleiche Aussagen trafen. Folglich lässt sich daraus schließen, dass

unter allen Beteiligten ein Konsens darüber besteht was eine feministische Beratung für Migrantinnen ausmacht und wie diese umgesetzt werden soll. Religiöse Ansichten spielen dabei keine Rolle, da die meisten Beraterinnen angaben keiner Religion anzugehören. Die Hälfte der befragten Beraterinnen sind Mütter u. a. auch alleinerziehende Mütter und können sich daher gut in die Lage von Ratsuchenden mit Kindern versetzen. Bis auf eine Beraterin haben alle einen Migrationshintergrund, was darauf schließen lässt, dass sie selbst auch ähnliche Erfahrungen wie die ratsuchenden Frauen gemacht haben.

Weiter folgt nun, nach der Durchführung und Auswertung der Interviews, eine kritische Reflektion und Bewertung der angewandten Methode, der Durchführung der Interviews und des Forschungsprozesses.

### 4.3 Kritische Reflektion und Evaluation der empirischen Untersuchung

Konklusiv erwies sich die *Methode der theoriegenerierenden Expertinneninterviews* für diese Arbeit als passend, da die persönlichen Meinungen und Erfahrungen der Expertinnen eine wichtige Rolle für das Ergebnis spielen. Es ist anzumerken, dass sich nicht komplett neue Erkenntnisse aufgetan haben. Grundsätzlich bestätigen, die Beraterinnen aber mit ihrem fachlichen und praktischem Wissen Aspekte der Theorie, was später in dieser Arbeit noch ausführlicher dargestellt wird.

Natürlich kann durch die Auswahl einer derart kleinen Stichprobe das Ergebnis nicht als allgemeingültig betrachtet werden. Durch diese Arbeit soll zunächst ein genereller Überblick über das Thema gegeben werden.

Bei der *Durchführung der Interviews* kann nicht ausgeschlossen werden, dass aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen oder durch das Verhalten der Interviewerin und der Befragten Interviewfehler aufgetreten sind.

Interviewfehler kommen [...] durch ungünstige Rahmenbedingungen zustande. Etwa wenn durch die Wahl des Termins [...] Zeitdruck entsteht und die Antwortbereitschaft sinkt. Oder wenn durch die Wahl des Ortes [...] Sorgen um die Privatsphäre entstehen. (Bortz & Dörig 2016: 364)

Trotz ausführlicher Planung, Entwicklung eines Interviewleitfadens und der Durchführung der Interviews in einem ausschließlich dafür vorbereiteten Raum, verlief kein Expertinneninterview wie geplant. Ablenkungen in Form von Klingeln des Telefons oder Türschellen, Geräusche von draußen oder Störungen durch Dritte ließen sich nicht kontrollieren. Daher wäre es sinnvoll gewesen, gleich zu Beginn die anderen



Anwesenden darüber zu informieren, dass ein Interview statt findet und um Rücksichtnahme zu bitten und Telefone in dem Raum stumm zu schalten oder zu entfernen. Zudem waren die Interviewpartnerinnen teilweise unter Zeitdruck und wirkten gestresst, obwohl vorher ein Termin und ein zeitlicher Rahmen mit ihnen vereinbart worden war. Dabei sollten „[...] verfälschende Antworten durch die Befragungspersonen [...] bei qualitativen Interviews durch individuell zugeschnittene, flexible und entspannte Interviewsituationen vermieden werden“ (Dörig und Bortz 2015: 363). So wäre bei manchen Interviews eine entspanntere Atmosphäre erstrebenswert gewesen um Antwortverzerrungen zu vermeiden.

Zudem „[...] [ist es] unstrittig, dass die Person, die ein Interview durchführt, das Ergebnis entscheidend beeinflussen kann („interviewer-related error“) [...]“ (Dörig und Bortz 2015: 360). So ist rückblickend zu sagen, dass durch das Verhalten der Interviewerin Antwortverzerrungen hervorgerufen worden sein könnten durch zustimmendes Nicken oder durch Zustimmung zu Einstellungen der Befragten. „Das ideale Interviewverhalten [jedoch] wird in der völligen *Neutralität* [Hervorhebung im Original] gegenüber Thema und Befragtem gesehen“ (Schnell et al. 2013: 316). Aufgrund von Vorwissen, dass im Praktikum gewonnen wurde und Vertrauensbeziehungen zu den Beraterinnen, war es jedoch schwer sich von Vorannahmen zu befreien und vollkommen neutral zu verhalten.

Zur *Evaluation des Forschungsprozesses* müssten die klassischen Gütekriterien der empirischen Sozialforschung Objektivität, Reliabilität und Validität herangezogen werden. Diese greifen jedoch für die qualitative Forschung zu kurz, da sie eher der quantitativen Logik Rechnung tragen. Anders als die quantitative Forschung, die versucht „[...] die Wirklichkeit verzerrungsfrei abzubilden [...] [anhand] standardisierter, situationsempfindlicher Methoden“, geht die qualitative Forschung davon aus, dass „[d]er Untersuchungsgegenstand [...] nie einfach [vorliegt] und [...] nur noch angemessen repräsentiert werden [muss]; er muss vielmehr in seiner Bedeutung durch Interpretation erschlossen werden“ (Bogner et al. 2014: 92 f.). Die qualitative Logik geht zudem davon aus, dass sich der Untersuchungsgegenstand bereits durch den Eingriff des Forschers verändert und sich Subjekte und Situationen stetig weiterentwickeln. Es wird deutlich, „dass die Übernahme der im Kontext des naturwissenschaftlichen Erkenntnisideals entwickelten Gütekriterien wenig erfolgversprechend ist“ (Bogner et al. 2014: 93). Dies wird besonders am Gütekriterium der Objektivität deutlich, denn bei den Interviews kann es keine Durchführungsobjektivität geben, da jede weitere Interviewerin oder jeder weitere Interviewer sich anders verhalten würde und jede neue Interviewsituation mit den Beraterinnen anders verlaufen würde. Es wird also niemals identische Ergebnisse bei der Befragung der gleichen Expertinnen geben.

Da es also nun keine einheitlichen Kriterien zur Evaluation des Forschungsprozesses gibt, müssen *spezifische Gütekriterien* angewendet werden, die Mayring wie folglich beschreibt:

*Verfahrensdokumentation:* „Das schönste Ergebnis ist wissenschaftlich wertlos, wenn nicht das Verfahren genau dokumentiert ist, mit dem es gewonnen wurde“ (Mayring 2002: 144). Es müssen also alle Schritte der Forschungsarbeit dargestellt und begründet werden um den Forschungsprozess für andere nachvollziehbar zu gestalten. „Dies betrifft die Explikation des Vorverständnisses, Zusammenstellung des Analyseinstrumentariums, Durchführung und Auswertung der Datenerhebung“ (Mayring 2002: 145). Dementsprechend wurde das theoretische Vorverständnis bereits eingangs dieser Arbeit erläutert, die einzelnen Schritte des Erhebungs- und Auswertungsprozesses der Interviews offengelegt und anhand des Kategoriensystems die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse gewährleistet. Dabei wurden auftretende Schwierigkeiten thematisiert.

*Argumentative Interpretationsabsicherung:* „Interpretationen spielen eine entscheidende Rolle in qualitativ orientierten Ansätzen. Interpretationen lassen sich aber nicht beweisen [...]“ (Mayring 2002: 145). Daher müssen die Interpretationen immer am Material abgesichert, argumentativ begründet werden und in sich schlüssig sein. So wurden die Interpretationen anhand der Auswertungen und der Originalzitate aus den Interviews vorgenommen und im Text mit Ankerbeispielen belegt. Zudem bestand bei der Analyse der theoriegenerierenden Expertinneninterviews die Gefahr, dass „[...] die eigene Interpretation [...] durch eine vorgängige [Ansicht] geprägt [war]“ (Bogner et al. 2014: 83). Daher war es wichtig theoretisches Vorwissen, das in der Praxisphase gewonnen wurde und die eigenen Erwartungen zu reflektieren und kontrollierbar zu machen, damit diese keinen Einfluss auf die Ergebnisse nehmen konnten.

*Regelgeleitetheit:* Die qualitative Forschung ist ein offener Prozess und so sollten die Analyseschritte im laufenden Forschungsprozess verändert und angepasst werden können um dem Untersuchungsgegenstand näher zu kommen. Dies darf jedoch nicht völlig unsystematisch und willkürlich geschehen. „Auch qualitative Forschung muss sich an bestimmte Verfahrensregeln halten, systematisch ihr Material bearbeiten“ (Mayring 2002: 145 f). Daher müssen Regeln festgelegt, diese überprüft und wenn nötig überarbeitet werden. So ergaben sich bei der Entwicklung von Regeln und festgelegten Arbeitsschritten mehrere Korrekturschleifen. Ober- und Unterkategorien zur Auswertung der Expertinneninterviews und die dazugehörigen Codierregeln mussten mehrfach modifiziert werden. Dies war bedingt durch stetig neue Informationen und Aussagen der Beraterinnen, die mit in die Analyse einfließen. So blieb der Forschungsprozess offen und dennoch regelgeleitet.

*Nähe zum Gegenstand:* In der qualitativen Forschung soll möglichst nah an die Alltagswelt der Befragten angeknüpft werden. „Anstatt Versuchspersonen ins Labor zu holen, versucht man ins »Feld« [Hervorhebung im Original] zu gehen, in die natürliche Lebenswelt der Beforschten“ (Mayring 2002: 146). So fanden die Interviews in der Beratungsstelle, also am alltäglichen Arbeitsplatz der Beraterinnen statt. Genauso soll eine Interessenübereinstimmung mit den Beforschten erreicht werden, indem an realen, konkreten sozialen Problemen angesetzt wird. „Durch diese Interessenannäherung erreicht der Forschungsprozess eine größtmögliche Nähe zum Gegenstand“ (Mayring 2002: 146). Dies wurde erreicht indem die Interviewpartnerinnen zu Aspekten ihres Beratungsalltages, zu nahen gegenwärtigen Problematiken aus der Beratungspraxis befragt wurden.

*Kommunikative Validierung:* Hiermit ist gemeint, dass „[d]ie Gültigkeit der Ergebnisse, der Interpretationen [...] auch dadurch [überprüft werden können], indem man sie den Beforschten nochmals vorlegt, mit ihnen diskutiert“ (Mayring 2002: 146). Dementsprechend wurden die Antworten teilweise, jedoch nicht alle, mit den Beraterinnen diskutiert und sich auch rückversichert, dass die Aussage richtig verstanden wurden.

Nach der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen empirischen Studie, sollen nun noch einmal die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst dargestellt werden, ein Vergleich zur Theorie gezogen und ein Ausblick geboten werden.

## 5. Interpretationsergebnisse und Diskussion

### 5.1 Menschenrechte für Migrantinnen durch eine feministische Frauenberatung

*Feministische Bestrebungen bzw. eine feministische Arbeit* hat die Gleichstellung, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung jedes einzelnen Menschen, unabhängig von Geschlecht, sozialen Rollenkonstrukten und Strukturen zum Ziel. Es geht darum sich gemeinschaftlich und solidarisch für die Belange von Menschen einzusetzen, gegen Diskriminierung und Benachteiligung und bei der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Gesetze mitzuwirken.

Eine *feministische Frauenberatung* ist daher nicht, wie es in den Köpfen der Gesellschaft verankert ist, männerfeindlich und antiquiert, sondern gerade in Bezug auf Migrantinnen eine Notwendigkeit, damit ihnen Menschenrechte zuteil werden.

Dabei impliziert eine feministische Beratung eine gewisse *Haltung und Arbeitsprinzipien*.

Wichtigstes und herausstechendstes Prinzip feministischer Arbeit stellt *Parteilichkeit* dar. Die ratsuchende Frau steht im Fokus aller Bemühungen und wird in all ihren Interessen und Anliegen vertreten und in der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt. Gleichzeitig geschieht im Rahmen psychosozialer Beratung die Stärkung der Frauen durch *Empowerment und Ressourcenorientierung* um Abhängigkeitsverhältnisse und Gewaltsituationen zu durchbrechen.

In der Beratung orientieren sich die Beraterinnen an dem *Beratungskonzept von agisra e. V.*, das aus der Beratungstätigkeit heraus entstanden ist. Es beinhaltet neben feministischen auch migrationsspezifische und antirassistische Ansätze, die unter stetigen Reflexionsprozessen weiterentwickelt werden. Konzept und Beratung beeinflussen sich gegenseitig und stehen in ständiger Interaktion.

Im Beratungskontext müssen die Beraterinnen berücksichtigen, dass der Unterstützung und den Veränderungsmöglichkeiten der Frauen in ihrer Lebenswelt *Grenzen* gesetzt sind, die den Entwicklungs- und Veränderungswünschen entgegenstehen oder diese zumindest einschränken können. Diese Grenzen können *sozial-gesellschaftlich, strukturell und individuell* verursacht werden und sind nicht immer ganz klar voneinander zu trennen.

So können Probleme z. B. durch patriarchalische Gesellschaftsstrukturen entstehen in denen Frauen ohne Rechte aufwachsen und dementsprechend ein völlig anderes Rollenverständnis besitzen. Auch leben sie in anderen sozialen Verhältnissen unter denen sie Benachteiligung, Druck von Familie und Community sowie Gewalt des Ehemanns ertragen und Abhängigkeitsverhältnisse nicht durchbrechen können. Diese Verhältnisse werden zusätzlich von staatlicher Seite aufrecht erhalten und legitimiert, wodurch sich Probleme ergeben, die strukturell begünstigt und auch verursacht werden. So erfahren die Frauen in Deutschland mehrfach Diskriminierungen und sind von mehreren Unterdrückungsmechanismen gleichzeitig betroffen. Es existieren Klassismus und institutioneller Sexismus und es werden Einschränkungen und Abhängigkeiten durch diskriminierende Gesetze geschaffen, die z. B. das Aufenthaltsrecht der Frauen bestimmen. Diese vielfachen Belastungen zeigen sich oftmals in Form psychosomatischer und psychischer Erkrankungen der Frauen, wodurch zunächst Fortschritte in der Beratung verhindert werden können.

Trotz Grenzen, die die Arbeit der Beraterinnen erschweren und die Entwicklung der Frau einschränken, gilt es gemeinsam einen Weg zu finden aus dem sich *Möglichkeiten und Chancen* bieten, um die individuelle Lebenssituation der Frau zu verändern und zu verbessern. So wird der Frau ermöglicht eine Lebensperspektive aufzubauen, selbständig

zu werden und sich selbst zu verwirklichen. Es entstehen neue Blickrichtungen in der Kindererziehung und Partnerschaft und die Möglichkeit der politischen Partizipation.

Dabei sind die Möglichkeiten, die die Frauen für sich individuell wahrnehmen deckungsgleich mit den *Zielen*, die durch die Beratung erreicht werden sollen. Die wichtigsten Punkte sind dabei, dass die Frau ein Wissen über ihre Rechte besitzt und ihre Interessen vertreten kann. Genauso soll sie sozial und wirtschaftlich unabhängig werden um autonom ihr Leben gestalten zu können. Wichtigste Voraussetzung ist dabei die erfolgreiche Integration der Frau in der deutschen Gesellschaft.

Die *Beratungstätigkeit* kann aufgrund schwieriger Themen, wie frauenspezifische Gewalt, sehr *belastend* sein. Dennoch wird die Auseinandersetzung mit solchen Themen als *interessant* und die Tätigkeit bei agisra. e. V. als sehr *wichtig* beschrieben, da sie Soziale Arbeit und politische Intervention verbindet und den Einsatz für Migrantinnen und ihre Rechte bedeutet.

Zusätzlich bedeutet die Arbeit in einem *transkulturellen Team* Bereicherung und Weiterentwicklung durch Vielfalt, Austausch und Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten, was gleichzeitig eine Qualitätssicherung und Professionalisierung der Beratung bedeutet.

Schlussendlich lässt sich also festhalten, dass Migrantinnen spezifische Problematiken haben, die angemessen nur in einer speziellen Beratung eigenst für sie behandelt und gelöst werden können und u. a. frauenspezifisches sowie migrationsspezifisches Wissen und Handlungsansätze erfordert, die nur eine feministische Beratung für Migrantinnen bieten kann.

## 5.2 Theorie-Praxis-Transfer

In diesem Kapitel soll betrachtet werden, inwieweit theoretische Aspekte einer feministischen Frauenberatung und einer Migrantinnenberatung bei agisra e. V. im Hinblick auf die Beratungspraxis umgesetzt werden.

Das Besondere bei agisra e. V. ist, dass dort Aspekte einer feministischen Frauenberatung und Migrantinnenberatung vereint werden, die sich auch in dem verschriftlichten Beratungskonzept von agisra e. V. widerspiegeln. Es wird eine lösungs- und ressourcenorientierte, transkulturelle und antirassistische sowie feministische Beratung fokussiert.

Zunächst sind Ansätze einer allgemeinen psychosozialen Beratung mit dem

*Empowermentansatz und dem Ressourcen- und lösungsorientierten Ansatz* wiederzufinden, welche in der Literatur bei einer feministischen Frauenberatung und auch bei einer Migrantinnenberatung Anwendung finden.

Darüber hinaus gibt aber auch spezifische Arbeitsprinzipien einer feministischen Beratung, wie *Parteilichkeit und der Frauenraum*. Letzterer wird bei agisra e. V. dadurch geschaffen, dass ausschließlich Beraterinnen in der Beratungsstelle tätig sind und Männern der Zugang zu den Räumlichkeiten verwehrt bleibt.

Die *Anerkennung von Differenz* zeigt sich dadurch, dass jede Frau beraten wird, unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, Bildung, Sprache, Religion, Alter, sexueller Orientierung und Aufenthaltsstatus.

Im Hinblick auf das *Beratungsverhältnis* wird eine Vertrauensbasis angestrebt damit die ratsuchenden Frauen sich öffnen und über ihre Anliegen sprechen. Dabei soll eine Bevormundung vermieden werden und nur Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden.

In den Interviews wurde beschrieben, dass die feministische Arbeit bei agisra e. V. auch *Rollenreflexion und Geschlechterdekonstruktion* beinhaltet, die durch Auseinandersetzung mit patriarchalischen Strukturen, Normen und Werten stattfindet.

Wie bereits erwähnt strebt feministische Arbeit nach *Autonomie* und so ist agisra e. V. eine autonome Beratungsstelle, die unabhängig von Staat oder Kirche agiert. Auch verfolgen sie den *politischen Auftrag* der Durchsetzung und Einhaltung von Menschenrechten für Migrantinnen.

Neben den feministischen Aspekten finden sich auch spezifische Aspekte einer Migrantinnenberatung. So ist zum Aspekt der *interkulturellen Kompetenzen* zu sagen, dass fast alle Beraterinnen selbst einen Migrationshintergrund haben und so sprach-, landes- und kulturspezifische Kenntnisse besitzen. Kognitive Kompetenzen und Handlungskompetenzen, wie sie in der Literatur beschrieben werden, werden durch Fortbildungen, Fallinterviews sowie Supervisionen erworben und erweitert.

Eine *interkulturelle Öffnung* findet dadurch statt, dass die Beratungsstelle sich zentral in Köln befindet und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist, da es eine gute Anbindung zu Bus und Bahn gibt. Es wird versucht Zugangsbarrieren abzubauen indem aufsuchende Arbeit betrieben wird oder Frauen auch ohne vorherige terminliche Vereinbarung die Beratung wahrnehmen können. Dies gestaltet sich jedoch aufgrund eines hohen Beratungsbedarfes teilweise schwierig. Auch sind bei agisra e. V.



Ehrenamtlerinnen tätig und es werden Multiplikatorinnen ausgebildet, die die Beraterinnen in ihrer Arbeit u. a. als Übersetzerinnen und Vermittlerinnen unterstützen. Dabei richtet sich ihre gemeinsame Arbeit nach den Bedarfen der Hilfesuchenden, unter Berücksichtigung von Sprache, Kultur und migrationspezifischen Aspekten.

agisra e. V. ist kommunal, NRW- und bundesweit sowie innerhalb von Europa mit anderen Institutionen und Einrichtungen vernetzt und unterstützt Migrantinnenorganisationen, damit Migrantinnen ihre Interessen vertreten und Forderungen an Politik und Gesellschaft stellen können.

Eine interkulturelle und antidiskriminierende Ausrichtung zeigt sich, neben dem Beratungskonzept auch im Leitbild und in der Personalpolitik. Innerhalb des interkulturellen Teams herrschen machtfreie Strukturen und ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Arbeitsklima. Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen wird als Bereicherung wahrgenommen, da durch die unterschiedlichen Sichtweisen neue Dynamiken und Weiterentwicklungen entstehen.

Abschließend lässt sich sagen, dass Theorie und Praxis auffallend nah beieinander liegen. Es lässt darauf schließen, dass aus der Beratungstätigkeit bzw. der Sozialen Arbeit eigene praktische Erkenntnisse an die Theorie herangetragen werden und diese stetig reformieren. So trifft es auch zu, dass die Beraterinnen in den Interviews über viele Problematiken berichtet haben, die auch in der Literatur beschrieben werden, wie z. B. frauenspezifische Gewalt und aufenthaltsrechtliche Probleme.

Nach intensiver Auseinandersetzung mit der Literatur und dem empirischem Material, folgt abschließend eine kritische Diskussion und ein Ausblick zum vorgestellten Thema.

### **5.3 Fazit und Ausblick**

Zusammenfassend und abschließend zu dieser Arbeit ist festzuhalten, dass jährlich viele Migrantinnen aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland kommen, darunter Spätaussiedlerinnen, Arbeitsmigrantinnen, geflüchtete und asylsuchende Frauen sowie Frauen die im Kontext der Familienzusammenführung migrieren. In Deutschland angekommen, bringt die neue Lebenssituation Schwierigkeiten und Probleme in allen Lebensbereichen mit sich, die sie nicht alleine bewerkstelligen können. Sie erfahren Benachteiligung, Diskriminierung, Marginalisierung und Vorenthaltung ihrer Rechte aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Herkunft. Dabei werden die Probleme auf mehreren Ebenen, sozial, gesellschaftlich und strukturell verursacht und wirken sich individuell



aus. Daher bedarf es einer feministischen Frauenberatung für Migrantinnen, die sie in frauen- und migrationsspezifischen Problematiken und Anliegen informiert, berät und unterstützt, damit ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und somit Menschenrechte zuteil werden. Das Besondere und Wichtige dabei sind ihre eigenen Prinzipien und Ansätze wie Parteilichkeit und interkulturelle Kompetenzen, durch die erst eine adäquate und bedarfsorientierte Beratung möglich wird, da sie Geschlechterdifferenzen und rassistische Strukturen in den Blick nimmt.

Fast sarkastisch scheint, dass autonome, feministische Beratungsstellen, genau wie die ratsuchenden Migrantinnen, um ihre Daseinsberechtigung kämpfen müssen in einem männlich dominierten Arbeitsmarkt und keine staatliche Finanzierung erhalten.

Dabei ist es indiskutabel, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Integration der Frauen in die deutsche Gesellschaft leisten. Es kommt die Frage auf wie es ohne solche frauen- und migrationsspezifischen Angebote und Unterstützungen durch Beratungsstellen aussehe? Wer würde sich den Frauen annehmen? Ganz klare Antwort ist, dass es unabdingbar ist, dass es eine feministische Beratung für Migrantinnen geben muss und diese weder als antiquiert, noch überholt angesehen werden sollte, da sie sich mit aktuellen Themen auseinandersetzt. agisra e. V. steht exemplarisch dafür wie auch zukünftig eine frauenspezifische Soziale Arbeit in einer modernen Migrationsgesellschaft wie Deutschland aussehen kann. Für sie bedeutet ihre feministische Beratung die Gleichstellung, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung jedes einzelnen Menschen, unabhängig von Geschlecht, sozialen Rollenkonstrukten und Strukturen. So steigt eine feministische Beratung in die Gender-Debatte ein und kann als Menschenrechtsprofession verstanden werden, die sich für alle Menschen einsetzt, unabhängig von biologischem Geschlecht, empfundener Geschlechterzugehörigkeit und sexueller Orientierung. Denn den Blick weitergerichtet fällt auf, dass es nicht nur Frauen sind, die von Benachteiligung, Mehrfachdiskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind, sondern alle Menschen. Zukunftsperspektivisch bleibt dann auch Parteilichkeit kein Phänomen einer frauenspezifischen Arbeit. agisras Parteilichkeit mit Frauen lässt sich damit begründen, dass die Beraterinnen schlichtweg nun einmal in einer Beratungsstelle speziell für Frauen tätig sind. Eine parteiliche Haltung im Kontext der Genderfrage ist dann als eine professionell, reflektierte Arbeitshaltung und Methodik zu sehen, die die betroffene Person ins Zentrum aller Bemühungen stellt und alle Geschlechter in ihrem Geschlechterdasein stärkt. Zudem führt sie wie auch in der Theorie beschrieben dazu, dass tabuisierte Themen in die Öffentlichkeit getragen werden um so auf Missstände aufmerksam zu machen.

Es gilt also Individuen in ihrer Verschiedenheit zu betrachten, Räume zu schaffen für alle Menschen und sich für gleiche Rechte für alle Menschen einzusetzen. Es geht um Menschenrechte.

**IV. Anhangsverzeichnis**

Anhang 1: Interviewleitfaden .....	85
Anhang 2: Interview-Vereinbarung .....	87
Anhang 3: Interview 1 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 4: Interview 2 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 5: Interview 3 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 6: Interview 4 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 7: Interview 5 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 8: Interview 6 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 9: Interview 7 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 10: Interview 8 .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 11: Kategoriensystem .....	(siehe beiliegende CD)
Anhang 12: Tabelle mit Ankerbeispielen der Interviews 5-8 .....	(siehe beiliegende CD)

## Anhang 1: Interviewleitfaden

### Einleitung

- Zunächst wird das Forschungsprojektthema der Interviewten vorgestellt
- Die Methode des teilstandardisierten Interviews wird erläutert
- Mit der Interviewten wird der zeitliche Rahmen von ca. 45 - 60 Minuten vereinbart
- Das Einverständnis über die Aufnahme per Datenträger wird eingeholt
- Es wird auf die Anonymität und den Datenschutz aufmerksam gemacht
- Eventuell auftretende Fragen werden vorab geklärt

Da es sich bei den Interviewten um Mitarbeiterinnen handelt, die der Autorin des Fragebogens bekannt sind, werden diese im Verlauf des Interviews von der Autorin geduzt.

### Aufwärmphase & Definition

1. Wie lange bist du schon bei agisra e.V. in der Beratung tätig?
2. Was bedeutet die Arbeit für dich und was macht dir Spaß daran?
3. Wie sieht ein typischer Beratungstag bei agisra e.V. aus?
4. Was verstehst du unter dem Begriff Feminismus im Allgemeinen?

### Block I: Feminismus in der Beratung

5. Was bedeutet für dich Feminismus in der Beratung?
6. Wie zeigt sich der Aspekt Feminismus in deiner Beratung?
7. Inwieweit hat das Beratungskonzept Einfluss auf deine eigene Art und Weise der Beratung?

### Block II: Grenzen und Möglichkeiten

8. Gibt es Grenzen mit dem Konzept in Bezug auf Frauen aus anderen Kulturen? Wenn ja, welche?
9. Welche neuen Möglichkeiten ergeben sich für die Frauen daraus, dass Feminismus in der Beratung berücksichtigt wird?

### Block III: Klientinnen und Feminismus

10. Wie oder in welcher Form ist die Vorstellung von Feminismus bei den Frauen vorhanden?
11. Wie reagieren Frauen aus anderen Kulturen auf das feministische Beratungskonzept?

### Abschlussphase

- Wir sind jetzt am Ende der Fragen angelangt, kannst du sagen, ob dir noch etwas Ergänzendes einfällt, hat etwas gefehlt worüber du noch gerne sprechen möchtest?

Abschließend werden die soziodemographischen Daten der Interviewten erfasst.

**Soziodemographische Daten**

- Lebensalter
- Höchst erworbener Bildungsabschluss
- Art und Umfang der Erwerbstätigkeit
- Familienstand
- Kinderzahl
- Regionale Herkunft
- Gegenwärtiger Wohnsitz
- Staats- sowie Religionszugehörigkeit

## Anhang 2: Interview-Vereinbarung

### Interview-Vereinbarung

Vorname, Name  
agisra e.V.  
Martinstr. 20a  
50667 Köln Heumarkt  
Tel.: 0221-124019  
Email: info@agisra.org

Ort des Interviews: Beratungsstelle agisra e.V.  
Datum des Interviews:

Ich, die Interviewte, erkläre

Ich habe an dem oben genannten Interview teilgenommen und war mit der Aufzeichnung des Interviews als Audiodatei einverstanden. Ich überlasse Frau Fileccia für das Studienprojekt/die Bachelor-Thesis als Schenkung alle Nutzungsrechte an den im Rahmen des Interviews entstandenen Dokumenten und stimme einer Verwendung für ausschließlich wissenschaftliche Zwecke in anonymisierter Form zu.

Datum:

---

Unterschrift der Interviewpartnerin

---

Unterschrift Interviewerin

## V. Literaturverzeichnis

agisra e. V. (2014): *Das Leitbild von agisra e. V.*

agisra e. V. (o. J.a): *Vorstellung der Organisation agisra e. V.*

agisra e. V. (o. J.b): Willkommen bei agisra e.V. Köln. Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, [online]  
[http://www.agisra.de/index.php?de\\_home](http://www.agisra.de/index.php?de_home) [29.07.2017].

agisra e. V. (o. J.c): Formen der Gewalt an Frauen im Migrationsprozess, [online]  
[http://www.agisra.de/index.php?de\\_gewalt-an-frauen-im-migrationsprozess](http://www.agisra.de/index.php?de_gewalt-an-frauen-im-migrationsprozess) [29.07.2017]

agisra e. V. (o. J.d): Was wir tun, [online]  
[http://www.agisra.de/index.php?de\\_was-wir-tun](http://www.agisra.de/index.php?de_was-wir-tun) [29.07.2017]

agisra e. V. (o. J.e): Bildungsangebote und Seminare, [online]  
[http://www.agisra.de/index.php?de\\_bildungsangebote-und-seminare](http://www.agisra.de/index.php?de_bildungsangebote-und-seminare) [29.07.2017]

agisra e. V. (o. J.f): agisra e.V., [online]  
[http://www.agisra.de/index.php?de\\_agisra-ev](http://www.agisra.de/index.php?de_agisra-ev) [29.07.2017]

Albrecht, Hans-Jörg (2006): Illegalität, Kriminalität und Sicherheit, in: Jörg Alt und Michael Bommes (Hrsg.), *Illegalität. Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*, Wiebaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 60-80.

Apitsch, Ursula/Schmidbaur, Marianne (2010): Care und Reproduktion. Einleitung, in: Ursula Apitsch/Marianne Schmidbaur (Hrsg.), *Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen*, Opladen und Farinfton Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 11-22.

BAMF (2016a): Aufenthalt in Deutschland, [online] <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Aufenthalt/WichtigeInformationen/wichtigeinformationen-node.html> [14.06.2017].

- BAMF (2016b): Sichere Herkunftsstaaten, [online]  
<http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/Sonderverfahren/SichereHerkunftsstaaten/sichere-herkunftsstaaten-node.html> [30.06.2017].
- BAMF (2016c): Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen, [online]  
<http://www.bamf.de/DE/Infothek/FragenAntworten/ZugangArbeitFluechtlinge/zugang-arbeit-fluechtlinge-node.html> [15.06.2017].
- Bertelsmann Stiftung (2006): *Interkulturelle Kompetenz – Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts? Thesenpapier der Bertelsmann Stiftung auf Basis der Interkulturellen-Kompetenz-Modelle von Dr. Darla K. Deardorff*. Gütersloh.
- Bielefeldt, Heiner (2006): Menschenrechte ‘irregulärer’ Migrantinnen und Migranten, in: Jörg Alt/Michael Bommes (Hrsg.), *Illegalität. Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81-93.
- Bitzan, Maria (2002): Fraueninitiativen, Frauenbüros und Frauenzentren, in: Karl August Chassé/Hans-Jürgen von Wensierski (Hrsg.), *Praxisfelder der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*, 2. Auflage, Weinheim und München: Juventa Verlag, 245-255.
- BMFSFJ (Hrsg.) (2000): *Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen*.
- BMBF (2016): Anerkennungsgesetze der Bundesländer, [online]  
<https://www.anererkennung-in-deutschland.de/html/de/laendergesetze.php>  
[10.07.2017].
- BMBF (o. J.a): Anerkennungsgesetz des Bundes, [online]  
[https://www.anererkennung-in-deutschland.de/html/de/anererkennungsgesetz\\_des\\_bundes.php](https://www.anererkennung-in-deutschland.de/html/de/anererkennungsgesetz_des_bundes.php) [10.07.2017].
- BMBF (o. J.b): EU-Anerkennungsrichtlinie, [online]  
[https://www.anererkennung-in-deutschland.de/html/de/eu\\_anerknennungsrichtlinie.php](https://www.anererkennung-in-deutschland.de/html/de/eu_anerknennungsrichtlinie.php) [12.07.2017].



- BMBF (o. J.c): Berufliche Anerkennung für Spätaussiedler, [online]  
<https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/spaetaussiedler.php>  
[12.07.2017].
- BMBF (o. J.d): Berufsankennung für Flüchtlinge, [online]  
<https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/1843.php> [12.07.2017].
- BMBF (o. J.e): Anerkennung im Schulbereich, [online]  
[https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/anerkennung\\_im\\_schulbereich.php](https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/anerkennung_im_schulbereich.php) [10.07.2017].
- BMBF (o. J.f): Anerkennung im Hochschulbereich, [online]  
[https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/anerkennung\\_im\\_hochschulbereich.php](https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/anerkennung_im_hochschulbereich.php) [10.07.2017].
- BMI (Hrsg.) (2016): *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2015.*
- BMJV (o. J.a): Asylgesetz (AsylG). § 3a Verfolgungshandlungen, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/\\_\\_3a.html](https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/__3a.html) [06.06.2017].
- BMJV (o. J.b): Asylgesetz (AsylG). § 26a Sichere Drittstaaten, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/\\_\\_26a.html](https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/__26a.html) [30.06.2017].
- BMJV (o. J.c): Asylgesetz (AsylG). Anlage I (zu § 26a), [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/anlage\\_i.html](https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/anlage_i.html) [30.06.2017].
- BMJV (o. J.d): Asylgesetz (AsylG). § 56 Räumliche Beschränkung, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/\\_\\_56.html](https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/__56.html) [30.06.2017].
- BMJV (o. J.e): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) § 7 Aufenthaltserlaubnis, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_7.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__7.html) [17.06.2017].
- BMJV (o. J.f): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) § 8 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_8.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__8.html) [17.06.2017].

- BMJV (o. J.g): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) § 9 Niederlassungserlaubnis, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_8.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__8.html) [17.06.2017].
- BMJV (o. J.h): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) § 9a Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_9a.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__9a.html) [17.06.2017].
- BMJV (o. J.i): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) § 12a Wohnsitzregelung, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_12a.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__12a.html) [01.07.2017].
- BMJV (o. J.j): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) § 44 Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_44.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__44.html) [14.06.2017].
- BMJV (o. J.k): Aufenthaltsgesetz - AufenthG. § 44a Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_44.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__44.html) [14.06.2017].
- BMJV (o. J.l): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG). § 60 Verbot der Abschiebung, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_44.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__44.html) [14.06.2017].
- BMJV (o. J.m): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG). § 60a Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung), [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_44.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__44.html) [15.06.2017].
- BMJV (o. J.n): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG). § 61 Räumliche Beschränkung, Wohnsitzauflage, Ausreiseeinrichtungen, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_\\_61.html](https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/__61.html) [30.06.2017].

- BMJV (o. J.o): Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz - BVFG) § 6 Volkszugehörigkeit, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/bvfg/\\_\\_\\_6.html](https://www.gesetze-im-internet.de/bvfg/___6.html) [12.06.2017]
- BMJV (o. J.p): Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU - FreizügG/EU) § 2 Recht auf Einreise und Aufenthalt, [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/freiz\\_gg\\_eu\\_2004/\\_\\_\\_2.html](https://www.gesetze-im-internet.de/freiz_gg_eu_2004/___2.html) [15.06.2017].
- BMJV (o. J.q): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Art 16a [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_16a.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_16a.html) [17.06.2017]
- BMJV (o. J.r): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Art 116 [online]  
[https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_116.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html) [12.06.2017]
- BMZ (o. J.): Begriffsbestimmungen und Erläuterungen. Flüchtling, Asylsuchender, Binnenvertriebener, Klimamigrant, UNHCR, [online]  
[http://www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/hintergrund/definition\\_fluechtling/index.jsp](http://www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/hintergrund/definition_fluechtling/index.jsp) [06.06.2017].
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*, Ralf Bohnsack/Uwe Flick/Christian Lüders/Jo Reichertz (Hrsg.), Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Böhnisch, Lothar/Funk, Heide (2002): *Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen*, Lothar Böhnisch/Heide Funk/Karl Lenz (Hrsg.), Weinheim und München: Juventa Verlag.
- bpb (2005): Aussiedler, [online] <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56394/aussiedler> [10.06.2017].
- bpb (2012): Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland nach 1950, [online]  
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138012/geschichte-der-zuwanderung-nach-deutschland-nach-1950> [10.06.2017].

- bpb (2017): Experimentierfeld der Migrationspolitik: Die Herausforderung der Aussiedlerintegration im Wandel der Zeit, [online]  
<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/240110/die-herausforderung-der-aussiedlerintegration-im-wandel-der-zeit>  
[12.06.2017].
- DaMigra e. V. (2017): Öffnet den Arbeitsmarkt für Frauen\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte, [online]  
<http://www.damigra.de/mitteilungen/pressemitteilung-juni-2017> [26.06.2017].
- DaMigra e. V. (o. J.a): Antidiskriminierung und Empowerment, [online]  
<http://www.damigra.de/themen/antidiskriminierung/> [27.06.2017].
- DaMigra e. V. (o. J.b): Flucht und Asyl, [online]  
<http://www.damigra.de/themen/frauen-und-flucht/> [08.07.2017].
- Der Paritätische Gesamtverband (2016): Arbeitshilfe. Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthaltG auch für anerkannte Flüchtlinge: Praxistipps und Hintergründe, [online] [http://fluechtlingshilfe-kreis-viersen.de/wohnsitzregelung-nach-§-12a-aufenthg-auch-fuer-erkannte-fluechtlinge/](http://fluechtlingshilfe-kreis-viersen.de/wohnsitzregelung-nach-%2512a-aufenthg-auch-fuer-erkannte-fluechtlinge/) [07.06.2017].
- DGB Bildungswerk (o. J.): Arbeitsmarkt, [online]  
[https://www.migration-online.de/schlagwort.\\_cGFnZS5zaWQ9Mw\\_.html](https://www.migration-online.de/schlagwort._cGFnZS5zaWQ9Mw_.html)  
[17.06.2017].
- do Mar Castro Varela, María (2003): Zur Skandalisierung und Re-Politisierung eines bekannten Themas: »Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt«, in: María do Mar Castro Varela und Dimitria Clayton (Hrsg.), *Migration, Gender, Arbeitsmarkt. Neue Beiträge zu Frauen und Globalisierung*, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, S. 8-29.
- do Mar Castro Varela, María (2011): Diskriminierung, in: Gudrun Ehlert/Heide Funk/Gerd Stecklina (Hrsg.), *Wörterbuch Soziale Arbeit und Geschlecht*, Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 90-92.
- Dörig, Nicola/Bortz, Jürgen (2015): *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*, 5. Auflage, Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.

- Duscha, Tippawan/Howe, Christiane/Joo-Schauen, Jae-Soon (2005): agisra - Neue Wege für Migrantinnen. Eine etwas andere Erzählung - Genesis und Auseinandersetzungen über Rassismus und Frauenhandel in einem feministischen Frauenprojekt, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, o. Jg., o. Nr., S. 169-190.
- Enste, Dominik/Schneider, Friedrich (2006): Schattenwirtschaft und irreguläre Beschäftigung: Irrtümer, Zusammenhänge und Lösungen, in: Jörg Alt/Michael Bommes (Hrsg.), *Illegalität. Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*, Wiebaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-59.
- Franz, Adelheid (2006): Lebenssituation, soziale Bedingungen, Gesundheit: Menschen ohne Krankenversicherung, in: Jörg Alt/Michael Bommes (Hrsg.), *Illegalität. Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*, Wiebaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 180-190.
- Gaitanides, Stefan (2004): Interkulturelle Kompetenz in der Beratung, in: Frank Nestmann/Frank Engel/Ursel Sickendiek (Hrsg.), *Das Handbuch der Beratung. Disziplinen und Zugänge*, Bd. 1, Tübingen: dgvt-Verlag, S. 313-325.
- Gaitanides, Stefan (2011): Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste, in: Thomas Kunz/Ria Puhl (Hrsg.), *Arbeitsfeld Interkulturalität. Grundlagen, Methoden und Praxisansätze der Sozialen Arbeit in der Zuwanderungsgesellschaft*, Weinheim und München: Juventa-Verlag, S. 204-215.
- Großmaß, Ruth/Schmerl, Christiane (2004): Psychosoziale Beratung und Genderrelation, in: Edith Glaser/Dorle Klika/Annedore Prengel (Hrsg.), *Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft*, Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 540-555.
- Han, Petrus (2003): *Frauen und Migration. Strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Han, Petrus (2009): *Soziologie der Migration*, 3. Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Ingenhorst, Heinz (1997): *Die Russlanddeutschen. Aussiedler zwischen Tradition und Moderne*, Frankfurt a.M. und New York: Campus-Verlag.

- Kalpaka, Annita/ Mecheril, Paul (2010): »Interkulturell«. Von spezifisch kulturalistischen Ansätzen zu allgemein reflexiven Perspektiven, in: Sabine Andresen/Klaus Hurrelmannel/Christian Palentien/Wolfgang Schröer (Hrsg.), *Migrationspädagogik*, Weinheim und Basel: Beltz Verlag, S. 77-98.
- Kuckartz, Udo/Dresing, Thorsten/Rädiker, Stefan/Stefer, Claus (2008): *Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis*, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lutz, Helma/Palenga-Möllenbeck, Ewa (2010): Care-Arbeit, Gender und Migration. Überlegungen zu einer Theorie der transnationalen Migration im Haushaltsarbeitssektor in Europa, in: Ursula Apitsch/Marianne Schmidbaur (Hrsg.), *Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen*, Opladen und Farinfton Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 143-175.
- Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*, 5. Auflage, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 12. Auflage, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Mecheril, Paul (2004): Beratung: Interkulturell, in: Frank Nestmann/Frank Engel/Ursel Sickendiek (Hrsg.), *Das Handbuch der Beratung. Disziplinen und Zugänge*, Bd. 1, Tübingen: dgvt-Verlag, S. 295-304.
- Neumann, Cornelia (2012): Praxis feministischer Frauenberatung bei Gewalt. Beispiel aus einer allgemeinen Frauenberatungsstelle (NRW), in: Bauer Annemarie/Gröning Katharina/Hoffmann Cornelia/Anne-Christin Kunstmann (Hrsg.), *Grundwissen Pädagogische Beratung*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 170-186.
- Nuscheler, Franz (1995): *Internationale Migration - Flucht und Asyl*, Opladen: Leske und Budrich.
- Oswald, Ingrid (2007): *Migrationssozilogie*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

- Pavkovic, Gari (2004): Beratung für Migranten, in: Frank Nestmann/Frank Engel/Ursel Sickendiek (Hrsg.), *Das Handbuch der Beratung. Disziplinen und Zugänge*, Bd. 1, Tübingen: dgvt-Verlag, S. 305-311.
- Potts, Lydia/Prasske Brunhilde (1993): *Materialien zur Frauenforschung. Frauen, Flucht, Asyl. Eine Studie zu Hintergründen, Problemlagen und Hilfen*, Robert Schreiber (Hrsg.) Bd. 16, Bielefeld: Keine Verlag.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2007): *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen*.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2008): *Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht*.
- Ragunathan, Mira/Ünsal, Nadiye/Naqshband Saboura/Karadas Nevruz/Messaoudi, Loubna (2017): *Positionspapier des Dachverbands der Migrantinnenorganisationen (DaMigra e. V.) zur Bundestagswahl 2017*, DaMigra e. V. (Hrsg.), Berlin.
- Rohr, Elisabeth (2002): Frauen auf der Flucht, im Exil und in der Migration, in: Elisabeth Rohr/Mechtild M. Jansen (Hrsg.), *Grenzgängerinnen*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 11-34.
- Rohr, Elisabeth/Jansen, Mechtild M. (2002): Grenzgängerinnen, in: Elisabeth Rohr/Mechtild M. Jansen (Hrsg.), *Grenzgängerinnen*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 7-9.
- Schaffer Hanne (2014): *Empirische Sozialforschung für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*, 3. Auflage, Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser Elke (2013): *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 10. Auflage, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Sickendiek, Ursel/Engel, Frank/Nestmann, Frank (2002): *Beratung. Eine Einführung in sozialpädagogische und psychosoziale Beratungsansätze*, Weinheim und München: Juventa Verlag.



- Sickendiek, Ursel (2011): Frauenberatung, in: Gudrun Ehlert/Heide Funk/Gerd Stecklina (Hrsg.), *Wörterbuch Soziale Arbeit und Geschlecht*, Weinheim und München: Juventa Verlag, 137-139.
- Sonntag-Wolgast, Cornelia (2006): Illegalität aus dem Blickwinkel der Innenpolitik – ein verdrängtes Problem, in: Jörg Alt/Michael Bommes (Hrsg.), *Illegalität. Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 128-131.
- Thierse, Wolfgang (2006): Grußwort, in: Jörg Alt/Michael Bommes (Hrsg.), *Illegalität. Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-21.
- Treibel, Anette (2008): *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht*, Klaus Kurrelmann (Hrsg.), 4. Auflage, Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Vogt, Irmgard (2004): Frauen und Beratung, in: Frank Nestmann/Frank Engel/Ursel Sickendiek (Hrsg.), *Das Handbuch der Beratung. Disziplinen und Zugänge*, Bd. 1, Tübingen: dgvt-Verlag, S. 209-217.
- Westphal, Manuela (1997): *Aussiedlerinnen. Geschlecht, Beruf und Bildung unter Einwanderungsbedingungen*, Bd 26, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Worbs, Susanne/Baraulina, Tatjana (2017): *BAMF-Kurzanalyse. Geflüchtete Frauen in Deutschland: Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt*, BAMF (Hrsg.), Nürnberg.
- Yildiz, Yalzin (2011): Von der Ausländersozialarbeit zur interkulturellen Sozialen Arbeit, in: Thomas Kunz/Ria Puhl (Hrsg.), *Arbeitsfeld Interkulturalität. Grundlagen, Methoden und Praxisansätze der Sozialen Arbeit in der Zuwanderungsgesellschaft*, Weinheim und München: Juventa-Verlag, S. 32-43.

## **VI. Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit,

- dass ich die vorliegende Studienarbeit selbstständig angefertigt,
- keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt,
- die wörtlich oder dem Inhalt nach aus fremden Arbeiten entnommenen Stellen, bildlichen Darstellungen und dergleichen als solche genau kenntlich gemacht und
- keine unerlaubte fremde Hilfe in Anspruch genommen habe.

Köln, 04.09.2017

---

Ort, Datum

---

Unterschrift